

Globalisierung und ihre Folgen für die Familie: Tagungsband zur gemeinsamen Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Familie (AGF) und des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb). (2007). *Globalisierung und ihre Folgen für die Familie: Tagungsband zur gemeinsamen Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Familie (AGF) und des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg* (ifb-Materialien, 3-2007). Bamberg. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-109959>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Globalisierung und ihre Folgen für die Familie

Tagungsband zur gemeinsamen Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Familie (AGF) und des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg

Sandra Buchholz

Dirk Hofäcker

Lydia Kleine

Ruth Limmer

Marina Rupp

© 2007 Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb)
D-96045 Bamberg
Hausadresse: Heinrichsdamm 4, D-96047 Bamberg

Leiter: Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld
Tel.: (0951) 965 25 - 0
Fax: (0951) 965 25 - 29
E-mail: sekretariat@ifb.uni-bamberg.de

Jeder Nachdruck und jede Vervielfältigung - auch auszugsweise - bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg.

Die Druckkosten des Materialienbandes übernahm das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Inhaltsverzeichnis

Globalisierung und Veränderung für die Familien in modernen Gesellschaften	6
1. Zielsetzung dieser Tagung und dieses Beitrages	6
2. Der Prozess der Globalisierung.....	6
3. Klassifikation der Länder und nationale Veränderungen	7
4. Konsequenzen der Globalisierung	11
5. Konsequenzen für die Familien	12
6. Effekte der Globalisierung auf Berufseinstieg und Familiengründung	13
7. Effekte der Globalisierung auf Entwicklung von Lebens- und Familienverläufen im internationalen Vergleich.....	15
8. Familie als Gegenmodell	16
Unsicherer Job = keine Kinder	17
1. Einleitung.....	17
2. Arbeitsmarktflexibilisierung in Deutschland: ein reguliertes Experiment, das vor allem auf Kosten junger Menschen geht.....	18
3. Der Berufseinstieg und die Etablierung junger Menschen im Erwerbsleben seit Mitte der 1980er Jahre – aktuelle Forschungsergebnisse.....	21
3.1 Der Übergang von Bildung ins Erwerbsleben.....	22
3.2 Das Risiko befristeter Beschäftigung.....	24
3.3 Die Chancen, sich sicher im Erwerbsleben zu etablieren.....	25
4. Die Auswirkungen zunehmender Erwerbsunsicherheiten unter jungen Menschen auf die Familienplanung.....	27
4.1 Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.....	27
4.2 Beschäftigungsunsicherheit und das Aufschieben der Familienphase.....	29
5. Zusammenfassung und Diskussion.....	31
Mobil, flexibel und erfolgreich? Berufliche Mobilität und ihre individuelle Bedeutung	33
Verbreitung mobiler Lebensformen	34
Wer wird in welcher Form beruflich mobil?	34
Entstehungszusammenhang: Berufliche Mobilität – erwählt oder erzwungen?	35
Dauer der Lebensform und Platzierung in Familienbiographie	35
Gesamtbelastung der mobilen Lebensform	36
Bedeutung beruflicher Mobilität für Partnerschaft und Familienentwicklung.....	38
Resümee & Ausblick	38
Globalisierung und die Entwicklung von Erwerbs- und Familienverläufen im internationalen Vergleich	40
1. Familie und Globalisierung: Einführung in die Thematik.....	40
2. „Nationale Filter“: Politikansätze im internationalen Vergleich	42
2.1 Nationale Arbeitsmärkte und Beschäftigungssysteme	43
2.2 Nationale Sozial- und Familienpolitik.....	47
2.3 Kulturelle Normen und Wertvorstellungen	51

3. Globalisierung und die Konsequenzen für Familien und Erwerbsverläufe – ein internationaler Vergleich	54
3.1 Das deutsche Modell: Beschäftigung im Wandel - Familie in der Krise?	55
3.2 Italien: Familienorientierung oder Überlastung der Familie?	56
3.3 Das skandinavische Modell: Langfristige Sicherheit durch den Staat?	57
3.4 Das amerikanische Modell: Ist nichts sicherer als (planbare) Unsicherheit?... ..	59
4. Zusammenfassung: Familie und Globalisierung – was kann Deutschland lernen?...	60
Literatur.....	63

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1	Sozialleistungen und Armutsquote im Ländervergleich.....	47
Tab. 2	Familienpolitische Ausgaben, Kinderbetreuungsleistungen und Kinderarmut im Ländervergleich (Durchschnittswerte 1990-2000)	49
Tab. 3	Einstellungen zu staatlicher Arbeitsmarktpolitik und Familie im Ländervergleich (starke und mittlere Zustimmung zu u.g. Aussagen)	52
Tab. 4	Politikansätze und kulturelle Wertvorstellungen im Ländervergleich.....	53

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Ländertypologie anhand von Wohlfahrtsregimes	9
Abb. 2	Globalisierungsstand der Industrienationen.....	10
Abb. 3	Veränderte Einbettung	12
Abb. 4	Ausmaß gesetzlicher Kündigungsschutzregelungen in der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Vergleich (2003).....	19
Abb. 5:	Befristete Arbeitsverträge unter abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) im März 2004, nach Altersgruppen.....	21
Abb. 6	Der Übergang in die erste Erwerbstätigkeit nach Verlassen des Bildungssystems, nach Bildungsabschlusskohorte und Bevölkerungsgruppe.....	23
Abb. 7	Befristete Arbeitsverträge unter jüngeren abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende), 1985 bis 2004.....	25
Abb. 8	Anteil der Berufsanfänger, die nach (maximal) zweieinhalb Jahren wieder arbeitslos sind, nach Bildungsabschlusskohorte und Bevölkerungsgruppe	27
Abb. 9	Geburten je 100 Frauen, West- und Ostdeutschland, 1950 bis 1999.....	28
Abb. 10	Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes, West- und Ostdeutschland, 1975 bis 2000	29
Abb. 11	Übergang zur Vaterschaft und Arbeitslosigkeit.....	30
Abb. 12	Die beiden meistgenannten Gründe gegen Kinder von kinderlosen, aber in Partnerschaft lebenden 20- bis 49-Jährigen, 2005	31
Abb. 13	Die eigene mobile bzw. nichtmobile Lebensform wird als belastend oder sehr belastend wahrgenommen (Anteil in %)......	37
Abb. 14	Umfang des gesetzlichen Kündigungsschutzes und Langzeitarbeitslosigkeit im Ländervergleich, 2003	44
Abb. 15	Durchschnittliche Höhe und Dauer von Arbeitslosigkeit, 1990-2000.....	45
Abb. 16	Die Verarbeitung des Globalisierungsprozesses durch nationale Institutionen im Ländervergleich	61

Globalisierung und Veränderung für die Familien in modernen Gesellschaften

Dr. Marina Rupp/Lydia Kleine¹

1. Zielsetzung dieser Tagung und dieses Beitrages

Die Fachtagung hat sich zum Ziel gesetzt, Trends und Effekte der Globalisierung aufzuzeigen, primär jene, die Auswirkungen auf die Familien haben. Insbesondere Effekte der Entwicklungen seit den 1980er Jahren auf den Lebenslauf und die Berufsverläufe sollen hier betrachtet werden.

Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Daten aus verschiedenen OECD-Ländern und vergleichen die Entwicklungen in unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimen. Da Verlaufs- und Entwicklungsaspekte eine zentrale Rolle der Betrachtung spielen, wurden bei der Untersuchung, die diesen Darlegungen zu Grunde liegt, Lebensverlaufstudien und Längsschnittuntersuchungen ausgewertet. Die Analysen wurden im Rahmen des Globallife Projektes (1999 bis 2005) an der Universität Bamberg durchgeführt.

2. Der Prozess der Globalisierung

Der Begriff Globalisierung beschreibt die Annäherung und Vernetzung der Nationen und Regionen in einer internationalen Dimension. Die wichtigsten vier Globalisierungsmechanismen, die unser Leben verändern, sind:

- Internationalisierung der Märkte,
- Verstärkung des Standortwettbewerbs,
- Zunahme weltweiter Vernetzung durch neue Kommunikations- und Informationstechnologien und
- vermehrte Instabilität und Verwundbarkeit lokaler Märkte durch externe weltweite Schocks.

Am weitesten fortgeschritten ist der Trend auf der ökonomischen Ebene: Durch den Abbau von Schranken wie Zöllen und Handelsbegrenzungen und den Ausbau des Transportwesens haben sich die Transfer- und Kommunikationsdichte zwischen den Ländern stark erhöht. Die Öffnung der Märkte schafft zudem die Möglichkeit von internationalen Kooperationen und bedingt die Zunahme multinationaler Konzerne, welche ihrerseits als treibende Kräfte im Globalisierungsprozess agieren. Dadurch findet eine Verlagerung der Konkurrenz auf ein internationales Niveau statt, mit entsprechenden Konsequenzen für die Maßstäbe und Preisgefüge. Produkte aus Niedriglohnländern und Produktkopien sind Beispiele für eine Vielfalt von Folgeeffekten. Damit verbunden ist auch eine Zunahme globaler, internationaler Normen, die ihrerseits eine sinkende nationale Selbstständigkeit der Länder, aber auch der Länderunionen

¹ Dieser Beitrag ist anders als die anderen lediglich eine Ausformulierung des Vortrages und basiert auf einer Präsentation, die Karin Kurz ausgearbeitet hat, jedoch selbst nicht bei unserer Fachtagung referieren konnte.

– wie der EU – und eine zunehmende Einflussnahme von „außen“ (durch internationale Verbände, Vereinigungen etc.) bedingt.

Eine Basis für die kulturelle Globalisierung bilden die gemeinsame Sprache und neue Kommunikationswege. Hier sind die Medien – allen voran Fernsehen und Internet – zentrale Plattformen für Austausch und Information im internationalen Raum. Sie vermitteln nicht nur Informationen über das Tagesgeschehen am anderen Ende der Welt, sondern auch über kulturelle und soziale Charakteristika.

Diese zunehmende Verflechtung geht einher mit Veränderungen im politischen Bereich. Hier finden allerdings auch gegenläufige Prozesse statt: Während es zum einen gilt, Grenzen abzubauen, Angleichungen vorzunehmen, Transparenz und Durchlässigkeit zu sichern, können zum anderen regionale oder nationale Interessen nicht einfach negiert werden. Zu deren Befriedigung ist es jedoch nicht selten erforderlich, Grenzen zu erhalten bzw. zu ziehen, um an nationalen Besonderheiten, Ausnahmen und Sonderstati festzuhalten (vgl. Blossfeld et al.).

Mit zunehmenden Aktionsmöglichkeiten, erhöhtem Austausch, Kommunikation und Handel im Globalisierungsprozess, entsteht also parallel eine neue, globale und internationale Dimension von Problemen, die weder regional noch national zu bearbeiten sind. Als Beispiele hierfür können neben den bereits beschriebenen Globalisierungseffekten auch die Kontrolle des Internet oder auch der Klimaschutz angeführt werden.

Der Globalisierungsschub hat sich in den letzten Jahren erkenntlich fortgesetzt. Dabei zeichnet vor allem die wirtschaftliche und politische Integration für diese Entwicklung verantwortlich, während die soziale Globalisierung nur langsam voranschreitet (Dreher 2007:1).

3. Klassifikation der Länder und nationale Veränderungen

Die Auswirkungen der Globalisierung treffen alle modernen Nationalstaaten. In welcher Weise sich diese Entwicklungen auf die einzelnen Länder auswirken, hängt dabei in hohem Maße von deren wirtschaftlicher Entwicklung und der Ausgestaltung des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme ab. Die Effekte der Globalisierung werden also durch diese unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen gefiltert, das heißt auch, dass manche Länder und bestimmte soziale Gruppen mehr als andere von den positiven bzw. den negativen Folgen der Globalisierung betroffen sind. Um diese nationalen Veränderungen zu erfassen, ist eine Klassifikation der Länder, anhand relevanter Kriterien des Arbeitsmarktes, des Beschäftigungssystems sowie der Bedeutung bzw. Steuerungskraft des Marktes und der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme, nützlich.

In der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung greift man häufig auf eine Typologie der unterschiedlichen Wohlfahrtsmodelle zurück, die zunächst vier Kategorien umfasste: Konservative, sozialdemokratische, liberale und so genannte „familienorientierte“ Staaten (Esping-Andersen 1990, Ferrera 1996).

Konservative Staaten bilden den historisch betrachtet ersten Typ und lassen sich auch als „korporatistische“ kontinentaleuropäische Sozialstaaten nach dem Bismarck-Prinzip beschreiben. Ein charakteristisches Merkmal ist die erwerbsarbeitszentrierte Sozialversicherung, die staatlich reguliert wird, aber durch eigenständige Träger organisiert wird. Der Fokus liegt

jedoch nicht auf der Einbeziehung aller Gesellschaftsmitglieder über eine eigene Partizipation am Erwerbssystem als Zugangsvoraussetzung – dies würde eine Vollbeschäftigung beider Geschlechter erforderlich machen. Ziel ist vielmehr auch die mittelbare soziale Sicherung von Personen, die sich nicht auf dem Arbeitsmarkt befinden. Traditionell wird dies durch das Modell des male-breadwinner gelöst: Ein Familienmitglied – in der Regel der Mann bzw. Vater – übernimmt die Funktion des Familienernährers durch seine Erwerbstätigkeit und von dieser leiten sich die Sicherungsansprüche der weiteren Familienmitglieder – v.a. Ehefrau und Kinder – ab. Das System weist durchaus familienfreundliche Züge auf, denn es garantiert u.a. Leistungen ohne Rücksicht auf Familiengröße und Einkommenshöhe (z.B. in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung im 20. Jahrhundert). Es ist allerdings sehr stark am traditionellen Familienmodell der lebenslangen Hausfrauenehe orientiert und daher für neue, flexiblere Lebens- und Familienformen weniger gut angepasst.

Der „sozialdemokratische“ skandinavische Typ hat eine umfangreiche, staatlich verantwortete und durchgeführte soziale „Dienstleistungsproduktion“ hervorgebracht. Hier wird vor dem Hintergrund des Gleichheitsgrundsatzes soziale Sicherheit für jedermann als Bürgerrecht verstanden. Die Einbindung in das System erfolgt individuell, d.h. grundsätzlich über die Erwerbspartizipation – jedoch auf der Basis von Vollbeschäftigung bei Geschlechtergleichheit. Ein weiteres Merkmal dieser Staaten ist die Zielsetzung einer gerechten Einkommensverteilung.

Im Gegensatz zu diesen beiden Modellen garantiert das liberale angelsächsische Beveridge-System nur eine Grund- und Mindestsicherung, die staatliche Verantwortung für das Soziale ist vergleichsweise eingeschränkt. Damit setzt das System auf die individuelle Vorsorge, die über den Markt vermittelt wird.

Der vor allem in Südeuropa vorfindliche Typ des Sozialstaats stellt einen eigenständigen – vierten – sozialpolitischen Entwicklungspfad dar (vgl. Esping-Andersen 1998: 19 f., Schulte 1998: 11) und wird als „familienorientiert“ bezeichnet. Diese Familienorientierung ist allerdings missverständlich, da Staaten ihre Politik gerade nicht auf eine besonders starke Absicherung und Unterstützung der Familie gründen. Statt dessen kennzeichnet dieses Systeme, dass sie den Familien ein hohes Maß an Verantwortung in Bezug auf die soziale Sicherung aufbürden, während die staatliche Intervention zurückhaltend ist. Die soziale Sicherung orientiert sich sehr stark am Erwerbstatus und weist selbst im Bereich der Mindestsicherung Lücken auf, so dass die familialen und verwandtschaftlichen Netze in hohem Maße gefordert sind.

Diese vier ursprünglichen Typen wohlfahrtsstaatlicher Systeme mussten aufgrund der jüngeren politischen Entwicklung vor allem in Osteuropa um eine weitere Kategorie ergänzt werden. Denn die osteuropäischen Staaten lassen sich aufgrund des noch andauernden Transformationsprozesses nicht in dieses Schema einordnen. Sie werden daher als eigene Gruppe unter dem Titel „post-sozialistische Staaten“ geführt.

In der nachfolgenden Darstellung werden die fünf Ländergruppen anhand zentraler Merkmale charakterisiert und einige typische Vertreter benannt. Die Regime unterschieden sich folglich vor allem in Bezug auf ihre aktive bzw. passive Arbeitsmarktpolitik und ihre sozialen Leistungen für Familien (Mills/Blossfeld 2003:197).

Abb. 1: Ländertypologie anhand von Wohlfahrtsregimes

Liberale Staaten:

- Flexible Beschäftigung
- Geringe Standardisierung der Berufe
- Zentrale Bedeutung des Marktes
- Marginaler Wohlfahrtsstaat

USA, GB, Australien, Kanada

Konservative Staaten:

- Hohe Beschäftigungssicherheit der Insider
- Große Standardisierung der Berufe
- Großzügige Unterstützung der Outsider
- Wohlfahrtsstaat bezieht sich auf Haushalte

Deutschland, Niederlande, (Frankreich)

Post-Sozialistische Staaten:

Heterogene Entwicklungsrichtungen
im Transformationsprozess

Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien, Estland

Sozialdemokratische Staaten:

- Moderate Beschäftigungssicherheit
- Aktive Arbeitsmarktpolitik
- Wohlfahrtsstaat fördert soziale und geschlechtsspezifische Gleichheit

Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland

Familienorientierte Staaten:

- Starke Insider/Outsider-Spaltung
- Passive Beschäftigungspolitik
- Marginaler Wohlfahrtsstaat
- Umfassende Familienunterstützung

Spanien, Italien, Mexiko, Irland

Quelle: Karin Kurz

Diese verschiedenen Typen resultieren aus der unterschiedlichen historischen Entwicklung und aus der jeweiligen nationalen Gewichtung der Sozialpolitik in der Vergangenheit; sie haben unterschiedliche Finanz- und Wirtschaftskapazitäten, verschiedene gewerkschaftliche Organisationsgrade sowie unterschiedliche verfassungsrechtliche Strukturen und dementsprechend auch jeweils mit anderen gesellschaftlichen Problemen zu kämpfen. Während in einigen Staaten das Problem der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit vorherrscht, fehlen anderswo hochqualifizierte Arbeitskräfte usf. (vgl. Ferrera u.a. 2000: 2 f.).

Die unterschiedlichen staatlichen Investitionsniveaus für unterschiedliche soziale Bereiche (Gesundheit, Rente, Arbeitslosigkeit, Familie etc.) sind von den einzelnen Staaten nicht willkürlich gewählt, sondern spiegeln oftmals sowohl ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch gesellschaftliche Präferenzen wider.

Schon diese kurze Charakteristik zeigt deutlich, mit welcher unterschiedlichen Voraussetzungen die Nationen am Globalisierungsprozess partizipieren und wie verschieden dementsprechend die Möglichkeiten sind, dessen Konsequenzen entgegenzusteuern oder abzufedern.

Globalisierung vollzieht sich demnach differenziert nach den jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen in unterschiedlichem Tempo und Ausmaß. Einige Länder sind früher und stärker, andere später und/oder in geringerem Umfang in diesen Verflechtungsprozess involviert. Um die Stärke, in der ein Land von Globalisierungstrends betroffen ist, auszudrücken, wurde daher an der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Hochschule Zürich ein Index entwickelt.

Dieser Globalisierungsindex erfasst

- Ströme von Gütern, Kapital, Dienstleistungen,
 - den Umfang der staatlichen Kontrolle von Kapital- und Güterflüssen,
 - die Verbreitung von Informationen, Ideen und Bildern sowie
 - die Beteiligung von Staaten an internationalen Organisationen
- und fasst dies in einer Kennzahl zusammen.

Abb. 2 Globalisierungsstand der Industrienationen

2007 KOF Index of Globalization*

	country	Globalization Index
1.	Belgium	91.96
2.	Austria	91.60
3.	Sweden	89.89
4.	United Kingdom	89.29
5.	Netherlands	89.15
6.	France	87.71
7.	Canada	87.49
8.	Switzerland	85.53
9.	Finland	84.84
10.	Czech Republic	84.46
11.	Denmark	84.27
12.	Ireland	83.09
13.	Portugal	83.06
14.	Spain	82.52
15.	Germany	82.48
16.	Singapore	82.14
17.	Hungary	81.15
18.	Australia	80.91
19.	United States	80.83
20.	Italy	80.61
21.	Poland	78.22
22.	Norway	77.75
23.	Malaysia	75.81
24.	Greece	74.94
25.	Luxembourg	74.18
26.	New Zealand	73.46
27.	Slovak Republic	72.58
28.	Estonia	72.11
29.	Israel	70.83
30.	United Arab Emirates	70.39
31.	Russian Federation	69.91
32.	Chile	69.91
33.	Croatia	69.30
34.	Slovenia	68.82
35.	Iceland	67.75
36.	Bulgaria	65.51
37.	China	65.26
38.	Korea, Rep.	64.82
39.	Jordan	64.74
40.	Japan	64.22

Quelle: Dreher 2007:3

Gemessen an diesem Index, der 23 Variablen einbezieht, führt Belgien die Spitze der untersuchten 122 Ländern an, gefolgt von Österreich und Schweden. Deutschland platziert sich an 15. Stelle. Bemerkenswert ist auch, dass die meisten EU-Mitgliedstaaten zu den 40 am stärksten globalisierten Ländern zählen, was bedeutet, dass sie demnach alle stark von den Effekten der Globalisierung betroffen sind.

4. Konsequenzen der Globalisierung

Trotz aller Unterschiedlichkeit der institutionalisierten Rahmenbedingungen, welche, wie gezeigt, Globalisierungseffekte kanalisieren, wird im Folgenden versucht, zentrale Konsequenzen der Globalisierung zu benennen. Dabei gibt es wie stets zwei Seiten zu betrachten: die Chancen und die Risiken.

Als gravierender Nutzen dieser Entwicklung wird die Erhöhung der Produktivität angesehen. Da für größere Märkte produziert wird, kann effektiver gearbeitet werden. Wissenstransfer und Austausch von Know-how potenzieren Verbesserungen und verstärkte Konkurrenz wirkt motivierend. Bedeutsam ist auch die Beschleunigung der wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse hin zu Dienstleistungsgesellschaften. Diese Trends gehen Hand in Hand mit der Niveauerhöhung in der Berufsstruktur, was durch den technischen Fortschritt und Verschiebungen in den Wirtschaftssektoren gestützt wird. Gleichzeitig nehmen unqualifizierte Tätigkeiten ab, somit wird das Tätigkeitsspektrum insgesamt gesehen anspruchsvoller und abwechslungsreicher. Durch den Wegfall von Grenzen können Arbeitsmöglichkeiten in anderen Ländern zudem immer unproblematischer wahrgenommen werden. Dies korrespondiert mit einer steigenden Bedeutung von Wissen und Information, also der Verstärkung des Trends zur Wissensgesellschaft. Im Alltag profitieren die Menschen von der wachsenden Produktpalette, günstigen Angeboten, räumlicher Mobilität, Freizügigkeit bei der Wohnortwahl und einem ausgesprochen hohen Informationspotenzial. Sie können Investitionen in anderen Ländern vornehmen, an der internationalen Börse Werte anlegen, oder via Internet im Ausland „shoppen“, Kontakte aufbauen etc.

Die internationale Verflechtung bedingt allerdings auch, dass die Märkte stärker und häufiger von Turbulenzen betroffen sind, da es mehr unerwartete (Markt-)Entwicklungen gibt und Geschehnisse am „anderen Ende der Welt“ unmittelbar auf die hiesigen Märkte durchschlagen können und umgekehrt. Damit steigt das Risikopotenzial auf allen Märkten. Als Reaktion auf schnelle und vor allem auch schnell übermittelte Veränderungen sind die global orientierten Unternehmen zu Anpassungsleistungen gezwungen, es kommt zu schnellen Um- und Restrukturierungen der Wirtschaft. Dieser Trend der wachsenden Geschwindigkeit des sozialen und ökonomischen Wandels bedingt eine abnehmende Vorhersagbarkeit der Entwicklungen, also steigende Unsicherheit.

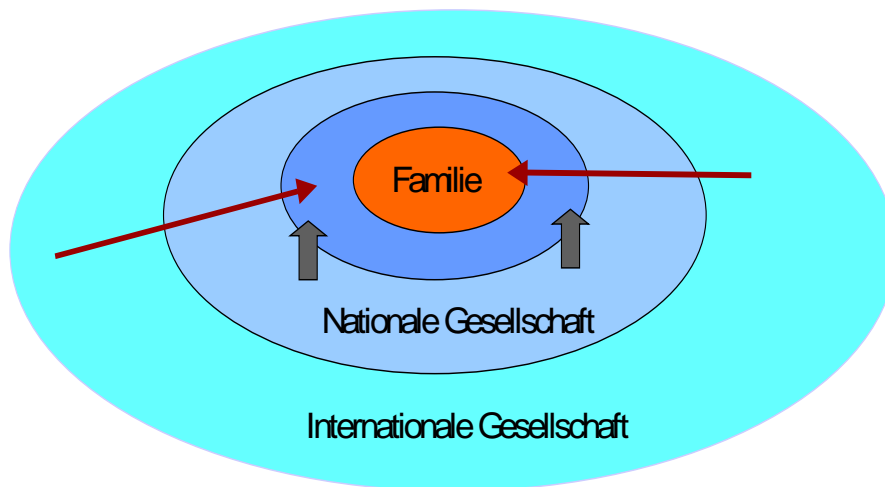
Durch die Verflechtung und die Zunahme international agierender Akteure nehmen die Steuerungspotenziale auf nationaler Ebene ab. Dies bezieht sich zum einen auf ausgleichende Interventionen in die marktwirtschaftlichen Prozesse, zum anderen aber auch auf die grundlegenden Möglichkeiten, nationale Rahmenbedingungen zu fixieren, wenn Länder als Wirtschaftsstandorte nun in einem neuen Kontext miteinander in Konkurrenz treten. Der damit einhergehende wachsende Bedarf an Flexibilität in der Wirtschaft steht einer steigenden Un-

sicherheit des sozialen Lebens gegenüber und hat somit nachhaltige Konsequenzen für alle Akteure.

5. Konsequenzen für die Familien

Die geschilderten Entwicklungen wirken sich mittelbar und unmittelbar auch auf die Familie und das Individuum aus. In Bezug auf die soziale Einbettung der Familie ist somit nicht mehr nur an lokale, kulturelle und nationale gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu denken, sondern zunehmend auch an internationale also globale Faktoren.

Abb. 3 Veränderte Einbettung



Quelle: Eigene Darstellung

Generell beinhalten die Globalisierungsprozesse demnach das Risiko, dass der Schutz der Familie durch den Wohlfahrtsstaat abnimmt. Diese Tendenz wird – vor allem in Deutschland – durch den demographischen Wandel noch verstärkt. Die Konsequenzen dieser Entwicklungen für die Sicherungssysteme werden beispielhaft für Deutschland vorgestellt.

- Ein zentrales Problem der Sicherungssysteme wird in der Leistungsfähigkeit des bestehenden Rentensystems angesichts sinkender Beitragszahler, steigender Empfängerzahlen und zunehmender Bezugsdauer gesehen. Der so genannte Generationenvertrag reicht angesichts veränderter Proportionen zwischen junger und alter Generation und bei zugleich hoher Arbeitslosigkeit nicht mehr als alleinige Basis der Altersvorsorge aus; eine zusätzliche private Vorsorge erscheint erforderlich und wurde in Deutschland auch in das Sicherungssystem aufgenommen.
- Ähnliche Probleme zeigen sich im Gesundheitssystem. Auch hier sind im Zuge der demographischen Alterung Einnahmen und Ausgaben längst in ein Missverhältnis geraten und es sind zusätzlich private Leistungen – vor allem über Zuzahlungen und Ausgrenzung von Leistungsarten – eingefordert worden.
- Ein weiteres Beispiel für die Rückführung von Sozialstaatlichkeit ist die Absicherung der Arbeitsmarktrisiken. Wiederum sind starke Einschnitte im Leistungsspektrum vorgenommen worden. Darüber hinaus beherrschte in diesem Kontext die Erwägung, die Sub-

sidiarität auszudehnen die Diskussion – ein weiteres Anzeichen für zunehmende Eigenverantwortung und Risikobelastung der Individuen und ihrer Familien.

Angesichts solcher Entwicklungstrends bei sinkenden nationalstaatlichen Steuerungspotentialen lässt sich festhalten, dass Globalisierung die Unsicherheit für Familien erhöht. Dies betrifft nicht nur die Sicherungssysteme, sondern auch viele weitere Aspekte, bei denen eine abnehmende Schutzfunktion des nationalen Staates zu verzeichnen ist (z.B. Gesetzgebung, Fragen der Sicherheit, ethische Diskussionen). Schnelle Anpassung der Firmen an Marktbedürfnisse sowie hoher Konkurrenzdruck führen zu starken Schwankungen in der Nachfrage nach Arbeitskräften. Mächtige Gruppen am Arbeitsmarkt (z.B. Arbeitgeber) streben daher an, die im Globalisierungsprozess steigende Unsicherheit vermehrt an weniger mächtige Gruppen (z.B. bestimmte Arbeitnehmergruppen) weiterzugeben. Durch die steigende Verlagerung von Risiken auf Familien und ihre Mitglieder und die damit einhergehende wachsende Bedeutung individueller Kompetenzen und Fähigkeiten ergeben sich beim Umgang mit den auftretenden Unsicherheiten noch relevante Differenzen, d.h. bestimmte Akteursgruppen und soziale Gruppen sind stärker von den Risiken betroffen, während andere sich diesen eher entziehen können.

Konsequenzen dieser Entwicklungen werden auch für die Solidarbeziehungen erwartet. Durch die Instabilität der Lebensverhältnisse wird die Reziprozität von Vertrauensbeziehungen unterminiert, d.h. das Vertrauen darauf, für geleistete Unterstützung bei Bedarf eine Gegenleistung zu erhalten, schwindet. Dies betrifft alle Ebenen: Partnerschaften, Familienbeziehungen und Wohlfahrtsstaat erleiden einen Vertrauensverlust, da unsicher ist, ob Investitionen, Vorleistungen je eine Entsprechung erhalten. Es kann z.B. nicht sicher davon ausgegangen werden, dass die Kindergeneration in der Lage ist, die Eltern später einmal materiell oder auch praktisch zu versorgen.

Vor diesem Hintergrund wird es zunehmend schwieriger, rationale Entscheidungen zu treffen: Wenn unklar ist, von welchen Entwicklungen ausgegangen werden kann, wenn sich Regeln und Chancen schnell ändern, sind Bewertungen trügerisch. Das bedeutet, dass zusätzliche Entscheidungsmechanismen notwendig werden, wie etwa Wertorientierungen, Spontanität und Risikobereitschaft.

6. Effekte der Globalisierung auf Berufseinstieg und Familiengründung

Als besonders betroffene Gruppen der Globalisierung kristallisierten sich in der Globalife-Studie Berufseinsteiger, Arbeitslose und Frauen nach einer familiären Erwerbsunterbrechung heraus. Sie sind in besonderem Maß von der erhöhten Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt betroffen. Dies dokumentiert sich insbesondere für junge Erwachsene in einer zunehmenden Verlängerung und Destabilisierung des Übergangs von der beruflichen Ausbildung in das Erwerbsleben; allgemein kommt es für die o.g. ‚Risikogruppen des Arbeitsmarktes‘ zudem zu einem Anstieg prekärer, atypischer Beschäftigungsformen (z.B. Teilzeitarbeit oder befristete Beschäftigung). Als globale Entwicklung zeigt sich die verstärkte Bedeutung individueller Fähigkeiten und Leistungen. In Verbindung mit der Absenkung des Risikoschutzes steigen Leistungs- und Flexibilitätsdruck. Die Arbeitnehmerschaft polarisiert sich zunehmend in sogenannte „Insider“ des Arbeitsmarktes (v.a. Männer mit kontinuierlichen und sicheren Be-

schäftigungsverhältnissen) und Outsider (v.a. Frauen und junge Erwachsene), die zunehmend in „Bastelbiographien“ gedrängt werden (vgl. Blossfeld et al.).

Die angeführten Entwicklungen bergen weiterhin Konsequenzen für die einzelnen Individuen in der Verkürzung der Zeithorizonte für ihre Entscheidungen, die sich aus der Schnelllebigkeit der modernen Gesellschaften ergeben. Entsprechende Anpassungszwänge auf individueller Ebene lassen langfristige „Selbstbindungen“ immer kritischer erscheinen, denn es stellt sich die Frage, wie angesichts der hohen Unsicherheiten in der eigenen Lebensperspektive dauerhafte Verpflichtungen eingehalten werden können. Dies beginnt schon bei der (Paar-)Beziehung. Bereits frühzeitig müssen junge Paare erkennen, dass die erwartete Mobilität und Flexibilität – etwa zur beruflichen Etablierung – zu neuen Fragestellungen und evtl. Belastungen führen können, wenn der Partner nicht mitziehen kann oder möchte. Der Schwierigkeit, eine Bindung an einen Ort oder einen Haushalt einzugehen, wird zum einen durch die Verbreitung „neuer“ Beziehungsformen, wie „living-apart-together“ oder Comuterehen (Peuckert 2006) begegnet. Allerdings deuten viele Befunde darauf hin, dass diese Beziehungen höheren Stressfaktoren ausgesetzt sind und letztlich weniger stabil sind als traditionellere. Strohmeier zufolge ist „die bürgerliche Kernfamilie (noch) kein Auslaufmodell, aber sie befindet sich – in erster Linie bei städtischen Mittelschichtangehörigen – auf dem Rückzug“ (Strohmeier 1993: 21f.).

Wenn schon die Partnerschaftsgestaltung unter diesen Vorzeichen mit Erschwernissen behaftet ist, wie sieht es dann bei der Familie aus? Tatsächlich werden so langfristige und verantwortungsvolle Aufgaben wie die Elternschaft typischerweise mit „soliden“ Verhältnissen assoziiert (Allensbach 2004). Wer eine Familie gründen will, der sollte – so der normative Konsens, der vor allem in Westdeutschland dominiert – beruflich etabliert und materiell abgesichert sein. Eine Voraussetzung, die unter den globalen Bedingungen zunehmend schwieriger zu erfüllen ist.

Viele junge Menschen im gebärfähigen Alter haben diese Sicherheit nicht, da sie spät und oftmals mit unsicheren Arbeitsverhältnissen in das Erwerbsleben eintreten. Sie haben keine berufliche Perspektive, die ihnen für die nächsten 20 Jahre die Existenz garantiert. Und sie wissen zudem, dass in einigen Bereichen und Betrieben die Elternschaft als „Hemmschuh“ wirkt. Eingeschränkte Verfügbarkeit für berufliche Belange und geringere Flexibilität werden antizipiert und senken den „Wert“ der Arbeitskraft. Vor allem bei Frauen kann sich die Mutterschaft als Karrierefeind herausstellen. Vor dem Hintergrund der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für Frauen steht die Tatsache, dass vor allem bei Akademikerinnen der Zeitpunkt der Geburt nach hinten verschoben wird. Im Jahr 2003 waren 68% der Akademikerinnen in Deutschland noch kinderlos, dieser Anteil senkte sich in der Gruppe der zwischen 35 und 40-jährigen Akademikerinnen – von ihnen hatten noch 35% keine Kinder (Saleth 2005: 18). Das Hinauszögern der Entscheidung zur Elternschaft sowie der Verzicht auf Kinder ist somit eine individuelle Entscheidung, die auf der Abwägung wirtschaftlicher und sozialer Faktoren beruht (vgl. Blossfeld et al.).

Aber auch für Männer wird es zunehmend schwieriger die Vaterrolle auszufüllen, da diese heute nicht nur aus der erschwerten Absicherung der materiellen Basis für die Familie besteht, sondern auch in einer aktiven Rolle in der Familie, womit sich auf dieser Seite ganz ähnliche Probleme wie bei den Frauen und zudem völlig neue Probleme ergeben. Die sinken-

de Absicherung im Sozialstaat bedingt noch stärkere Verantwortlichkeit in der Familie, so dass die Hürden für die Familiengründung einerseits, aber auch der Druck in Richtung Anpassung an die Anforderungen des Erwerbssektors erhöht werden. Auch zeigen Forschungsergebnisse, dass mobile Beziehungsformen häufiger kinderlos bleiben und Mobilität für die Paare mit und ohne Kinder ein erhöhtes Trennungsrisiko beinhaltet (Schneider et al. 2001). Mobilitätsanforderungen scheinen demnach schwer vereinbar mit familialen Bedürfnissen. Negative Auswirkungen auf die Familien sind aber auch aus den Belastungen durch Arbeitslosigkeit sowie beruflichen und finanziellen Sorgen zu verzeichnen. Aus dieser Perspektive lässt sich zusammenfassen, dass das sichere Netz, das vor allem in Deutschland (West) als zentrale Rahmenbedingung für Familie angesehen wird, heute in vielen Fällen – wenn überhaupt – erst spät im Lebensverlauf erreicht wird.

7. Effekte der Globalisierung auf Entwicklung von Lebens- und Familienverläufen im internationalen Vergleich

Die beschriebenen Wandlungsprozesse im Zuge der Globalisierung führen in den verschiedenen Länderkontexten nicht zu dem gleichem Ergebnis. Abhängig vom nationalen Kontext in Analogie zu Andersens Differenzierung der Wohlfahrtsstaatenregime kommt es zu unterschiedlichen Lebensverläufen, da die national fest verankerten institutionellen Strukturen die Globalisierungsprozesse in spezieller Weise filtern. Beispielsweise ist bei der Entscheidung über eine Familiengründung nicht das absolute Unsicherheitsniveau ausschlaggebend, sondern das subjektiv empfundene relative Unsicherheitsniveau in Bezug zu den nationalen Verhältnissen.

In den konservativen Wohlfahrtsregimen drängen neben den bereits beschriebenen Entwicklungen fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und damit einhergehende Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu einer Entscheidung zwischen Kindern und Karriere. Dies gilt für Deutschland in besonderem Maße, wie die aktuelle Diskussion um den Ausbau der Kinderbetreuung und die Neukonzeption des Elterngeldes zeigen.

In den Insider-Outsider-Märkten Südeuropas kommt es im Zuge der globalen Entwicklungen insbesondere für junge Menschen zu einer vermehrten Arbeitslosigkeit und zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Diese Länder verzeichnen in Folge eine besonders niedrige Geburtenrate. Dabei ergeben sich geschlechtsspezifisch unterschiedliche Effekte: Junge Männer können angesichts mangelnder materieller Basis immer seltener die Rolle des „Familienernährer“ übernehmen – sie verschieben deswegen Familiengründung immer häufiger auf einen späteren Zeitpunkt. Junge Frauen dagegen lassen sich grob in zwei unterschiedliche Gruppen aufteilen: Frauen, die in unqualifizierten Positionen arbeiten, identifizieren sich angesichts unbefriedigender beruflicher Perspektiven verstärkt mit der traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter, während Frauen in qualifizierten Positionen sich oft für eine Erwerbskarriere und damit gegen Kinder entscheiden.

Die liberalen Länder wurden lange Zeit zu den am meisten globalisierten Ländern gezählt. Sie haben mit wachsenden Einkommensverlusten bei wenig Unterstützung für die Familien zu kämpfen. Besonders betroffen von den globalen Entwicklungen sind Frauen mit geringem Einkommen, da sie vor dem Hintergrund mangelnder institutioneller Kinderbetreuung, das

Problem haben, eine Betreuung zu organisieren und zu finanzieren, um ihrer Arbeit nachgehen zu können.

In den sozialdemokratischen Staaten Skandinaviens werden Unsicherheit induzierende Effekte durch die sozialen Systeme und die Arbeitsmarktpolitik abgedeckt. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist, dass Frauen umfassend und nahezu vollständig in den Arbeitsmarkt integriert sind und die Vereinbarkeit von Kind und Erwerbsleben durch umfassende öffentliche Betreuung gewährleistet wird. Der hohe Grad der sozialen Absicherung und die individuelle Einbindung lassen langfristige Entscheidungen eher zu und zwar unabhängiger vom Status der Partnerschaft oder Herkunftsfamilie. Auch wenn die Geburtenrate hier unter der Netto-Reproduktionsrate liegt, haben diese Länder eine vergleichsweise hohe Geburtenrate.

8. Familie als Gegenmodell

Die aufgezeigten Auswirkungen, die aus der zunehmenden Unsicherheit und Flexibilisierung resultieren, zeigen zugleich, dass Familie als etwas Beständiges, Verlässliches gedacht wird, als ein Ort, der Sicherheit und Geborgenheit vermittelt, an dem das Individuum – und ganz besonders Kinder und Unterstützungsbedürftige – versorgt und gepflegt werden. Dies setzt vor allem in der konservativen Denktradition voraus, dass der Familie ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen und zwar dauerhaft. Diese werden im klassischen Modell von einem Elternteil durch Erwerbsbeteiligung bereit gestellt, wodurch der Sicherheit der Verdienstmöglichkeiten der Männer und Väter besondere Bedeutung zukommt.

Wie – so lautet nun die Frage – kann Familie die Erwartungen erfüllen, wenn sie selbst unter Rahmenbedingungen existieren muss, die unsicher sind und ihr zunehmend weniger Unterstützung bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben gewähren. Wie sollen junge Menschen das Wagnis einer Familiengründung eingehen, wenn die basalen Voraussetzungen für die Existenzsicherung fehlen oder zumindest nicht langfristig belastbar erscheinen? Aber ist dies tatsächlich ein zwingender Grund, sich gegen Familie zu entscheiden? Eigentlich nicht: Beispiele aus der Vergangenheit zeigen, dass Krisen und Unsicherheit nicht zu dauerhaftem Verzicht auf Nachwuchs führen müssen und dass schwierigere Situation durch die Solidarität und den Zusammenhalt der Familien gemeistert wurden. Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass fehlende Sicherheit im sozialen System durch größere Flexibilität der Familie aufgefangen werden können. So setzen z.B. amerikanische Familien auf Doppelverdienerschaft, um das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes zu begrenzen. Ein anderes Beispiel für Anpassungsstrategien ist die Tatsache, dass Familie gerade bei Gruppen, die im Globalisierungsprozess Ausgrenzung und Benachteiligung erfahren, als attraktiver Lebensbereich wahrgenommen wird (s.o.). Die Herausforderungen, denen wir angesichts der Globalisierung und ihrer Folgen gegenüber stehen, sind von einer neuen unbekanntem und daher schwer einzuschätzenden Dimension: „Familie als gelebte Wirklichkeit erweist sich immer noch als angestrebte Lebensform, an Bedeutung verloren hat jedoch Familie als institutioneller Rahmen sozialer Sicherung“ (Voges 1996:82). Es ist daher fraglich, ob es einen generellen Trend geben wird, oder – was ich für wahrscheinlicher halte – eine stark differenzierte Entwicklung unterschiedlicher Modelle der Lebensgestaltung in Bezug auf das Verhältnis „globalisierte Moderne und Familie“

Unsicherer Job = keine Kinder

(Sandra Buchholz)

Über die Entwicklung der Arbeitsmarktchancen junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und die Auswirkungen zunehmender Erwerbsunsicherheiten auf die Familienplanung².

1. Einleitung

Die Zunahme von Beschäftigungsflexibilität ist in der Bundesrepublik Deutschland seit einigen Jahren ein stark diskutiertes Thema. Es scheint für viele Sozialwissenschaftler kein Zweifel daran zu bestehen, dass der Arbeitnehmer von heute im höchsten Maße flexibel sein muss (vgl. z.B. Beck, 1986, 2002; Voß und Pongratz 1998; Bonß 1999, 2002; Bonß und Zinn 2003). Ihnen zufolge sind die Zeiten einer langfristigen Anstellung bei demselben Arbeitgeber und in demselben Beruf, die sichere Karriereentwicklung sowie stabile Erwerbsmuster längst vorüber und Relikte aus vergangenen Zeiten des Wirtschaftswachstums:

„[...] das Normalarbeitsverhältnis in Gestalt unbefristeter Vollzeitbeschäftigung [wird] zum Auslaufmodell einer vergangenen historischen Epoche. [...] Angesichts der radikalen Flexibilisierung der Produktion und sich ständig ändernder Arbeitsmarktbedingungen dürfen Menschen weder mit einer bestimmten Arbeit noch an einen bestimmten Ort allzu fest zusammenwachsen: [sie] sind vielmehr mit prinzipiellen Mobilitätsanforderungen konfrontiert und können nicht mehr mit Beschäftigungsverhältnissen rechnen, die zeitlich und örtlich von Dauer sind.“ (Bonß und Zinn 2003: 34-35)

Jüngere Forschungsarbeiten zeigen jedoch, dass Deutschland noch weit entfernt ist vom absolut flexibilisierten Arbeitnehmer (vgl. z.B. Erlinghagen 2002; Kurz, Hillmert und Grunow 2006; Wagner 2000). Vor allem der Kern der Beschäftigten am Arbeitsmarkt, nämlich Männer in der mittleren Karrierephase, scheint von Beschäftigungsflexibilisierung relativ stark verschont geblieben zu sein. So ist die überwältigende Mehrheit von ihnen auch heute noch in einem unbefristeten Vollzeitarbeitsverhältnis beschäftigt. Ihre Betriebszugehörigkeitsdauer ist weiterhin sehr lang und im Zeitvergleich nahezu konstant geblieben. Diese hohe Beschäftigungsstabilität und -sicherheit – trotz gesteigerter Flexibilitätsanforderungen von Seiten der Arbeitgeber in Zeiten zunehmender Globalisierung (siehe Rupp in diesem Band) – ist in Deutschland vor allem dem relativ umfassenden Arbeitsrecht zu verdanken.

Damit soll aber nicht gesagt sein, dass in Deutschland keinerlei Flexibilisierung von Beschäftigung stattgefunden hat. Vielmehr ist es so, dass die Risiken von Beschäftigungsflexibilisierung in Deutschland systematisch einzelnen Gruppen am Arbeitsmarkt aufgebürdet werden und wurden – vor allem nachwachsenden und neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Generationen. Bildungsabsolventen und junge Erwerbstätige hatten es in den vergangenen zwei Jahr-

² Die im vorliegenden Beitrag vorgestellten Ergebnisse gründen sich auf das Forschungsprojekt „GLOBALIFE – Lebensläufe im Globalisierungsprozess“ an den Universitäten Bielefeld und Bamberg sowie das Forschungsprojekt „flexCAREER – Flexibilitätsformen beim Berufseinstieg und in der frühen Erwerbskarriere“ am Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.

zehnten immer schwerer, sich am Arbeitsmarkt zu behaupten und im Erwerbsleben sicher Fuß zu fassen. Dies hatte und hat nachhaltige Auswirkungen darauf, ob und wann junge Menschen in Deutschland eine Familie gründen. Im vorliegenden Beitrag soll anhand jüngerer Forschungsergebnisse nachgezeichnet werden, wie sich die Situation junger Menschen am deutschen Arbeitsmarkt seit Mitte der 1980er Jahre entwickelt und wie sich dies auf den Übergang zur Elternschaft ausgewirkt hat.

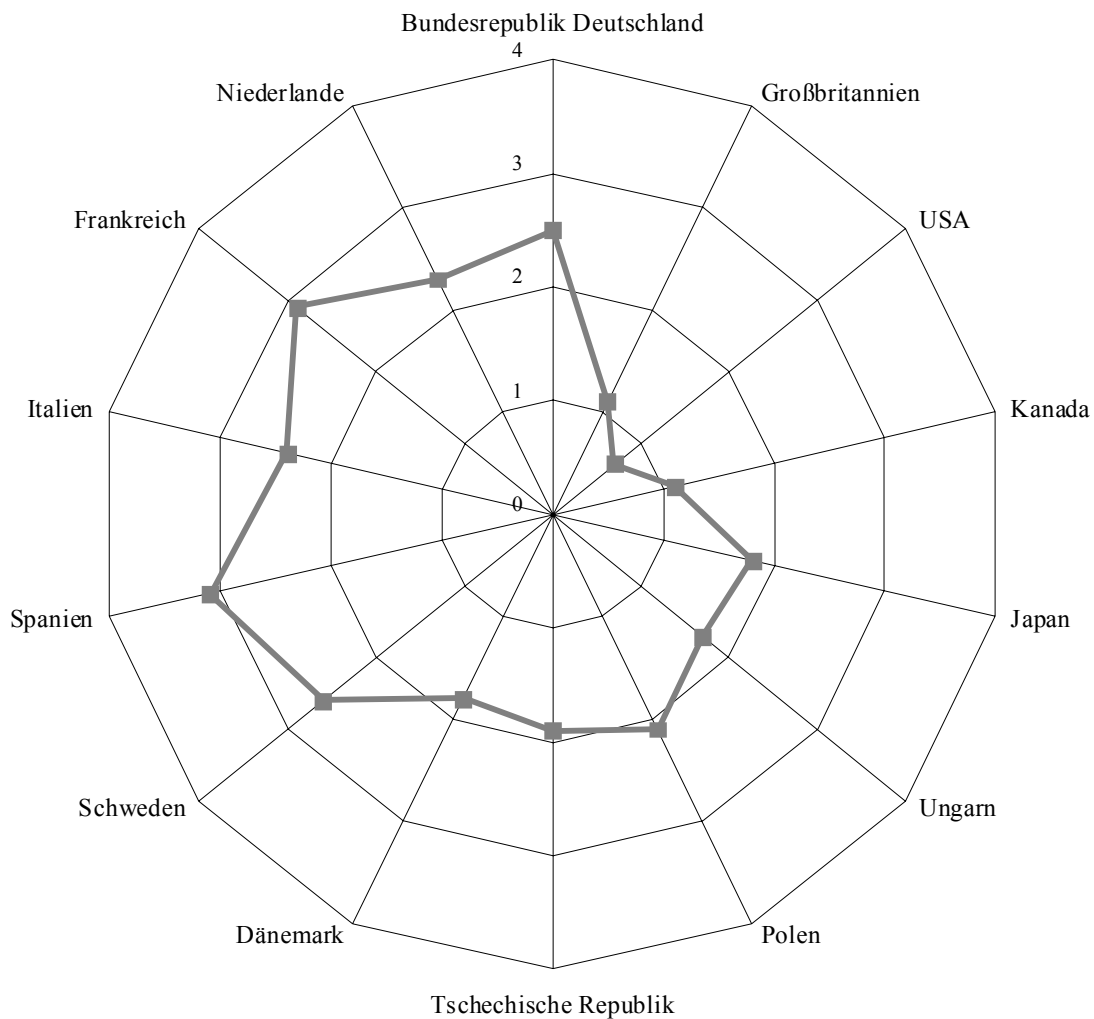
2. Arbeitsmarktflexibilisierung in Deutschland: ein reguliertes Experiment, das vor allem auf Kosten junger Menschen geht

Die Forderung nach mehr Flexibilität und Deregulierung des Arbeitsmarktes ist in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten immer lauter geworden. Arbeitgeber beschwerten sich über die Rigiditäten am deutschen Arbeitsmarkt und den für Deutschland so typischen hohen Kündigungsschutz. Die Kritik ist, dass der deutsche Wirtschaftsstandort mit einem solch hohen Maß an Beschäftigungsregulierung in Zeiten zunehmendem internationalen Wettbewerbs, steigender wirtschaftlicher Globalisierung und immer kürzer werdender Planungssicherheit in Unternehmen nicht mehr konkurrenzfähig sei. Als Reaktion wurden am deutschen Arbeitsmarkt einige Deregulierungen durchgeführt – beispielsweise mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 und seinen rechtlichen Nachfolgeregelungen. Einerseits ist die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit der Hoffnung auf verbesserte Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland auf globalisierten Märkten, andererseits aber auch mit der Furcht vor wachsender Unsicherheit und Arbeitslosigkeit verbunden.

Nicht in allen modernen Industrieländern gibt es eine so ausgeprägte Diskussion über die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wie in Deutschland. Ein wichtiger Hintergrund für diese starke Diskussion in Deutschland ist die traditionell hohe Arbeitsplatzsicherheit. Im internationalen Vergleich wird die Bundesrepublik Deutschland als ein Land mit einem relativ regulierten und rigiden Arbeitsmarkt charakterisiert. Im Gegensatz zu eher liberalen Wirtschaftssystemen investieren die Akteure am deutschen Arbeitsmarkt wechselseitig in ihre Beziehungen und bauen auf eine langfristige, vertrauensbasierte Kooperation miteinander. Hier hat sich im Zuge der Industrialisierung und in der Nachkriegszeit das so genannte Normalarbeitsverhältnis als vorherrschendes Erwerbsmuster für abhängig Beschäftigte und als rechtskonstruktiver Bezugsrahmen am Arbeitsmarkt herausgebildet (Mückenberger 1985b: 458). Normalarbeitsverhältnisse sind dabei hoch abgesicherte und regulierte Beschäftigungsverhältnisse unbefristeter Natur, die auf Vollzeitbeschäftigung basieren und sich langfristig auf einen oder wenige Arbeitgeber konzentrieren (vgl. z.B. Mückenberger 1985a: 422f.; Kress: 1998: 490; Hoffmann und Walwei 1998: 410; Bosch 2001: 220f.).

Tatsächlich zeigt sich, dass die Bundesrepublik Deutschland auch heute noch eines der Industrieländer ist, das einen vergleichsweise stark regulierten Arbeitsmarkt aufweist (siehe Abbildung 4). So zeichnet sich Deutschland weiterhin durch einen sehr hohen Kündigungsschutz aus, der nur in sehr wenigen OECD-Ländern etwas höher liegt, dafür aber in vielen Ländern – insbesondere Ländern angelsächsischer Prägung und Staaten des ehemaligen Ostblocks – deutlich niedriger ist.

Abb. 4 Ausmaß gesetzlicher Kündigungsschutzregelungen in der Bundesrepublik Deutschland und im internationalen Vergleich (2003)



Quelle: OECD Labor Force Indicators, OECD Paris/Frankreich; eigene Darstellung; zugrunde liegender Indikator: Overall Employment Protection Legislation II; Skalierung: 0 = kein gesetzlicher Kündigungsschutz, 4 = starker gesetzlicher Kündigungsschutz.

Insgesamt heißt dies, dass in Deutschland die im Zuge des Globalisierungsprozesses gestiegenen Marktrisiken für Unternehmen nur in sehr begrenztem Maße direkt an Arbeitnehmer weitergegeben werden können und der Beschäftigungsflexibilisierung, insbesondere dem Belegschaftsabbau, vergleichsweise enge Grenzen gesetzt sind.

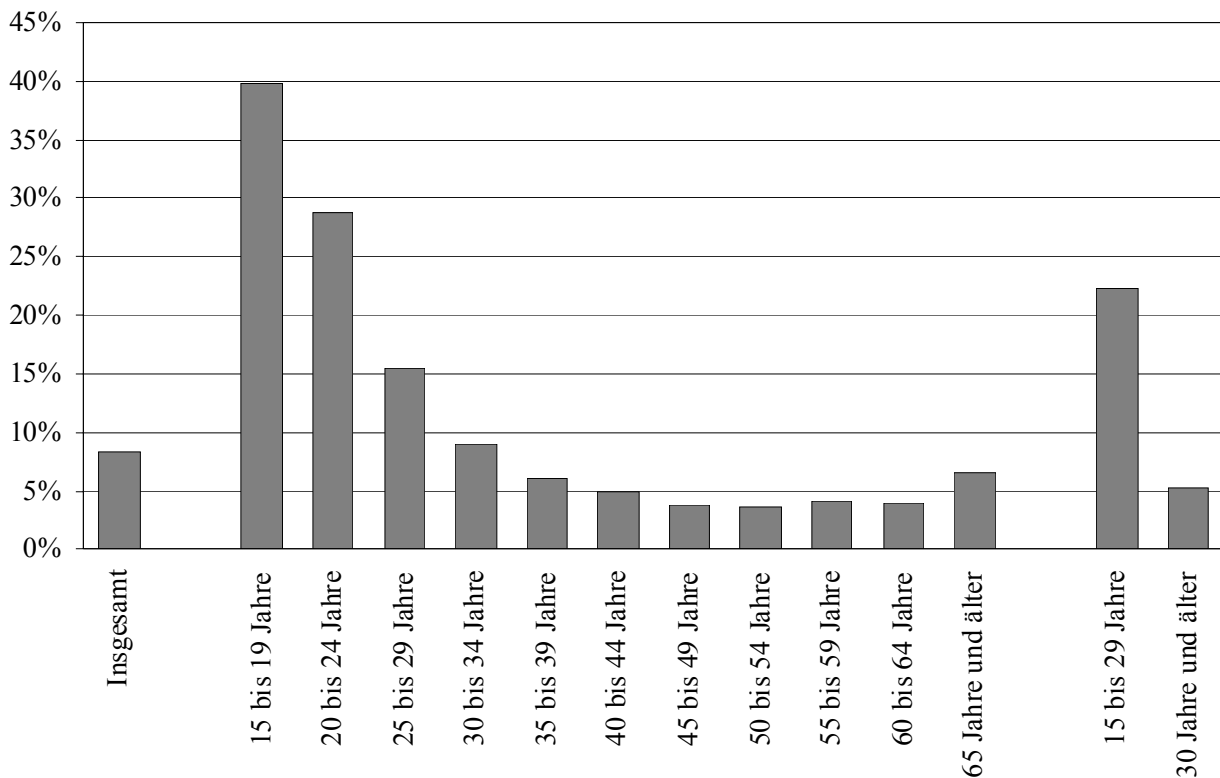
Jedoch dürfen diese Darstellungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Beschäftigungssicherheit in Deutschland nicht gleich verteilt ist. Die institutionellen Regelungen des deutschen Wirtschaftssystems, insbesondere der gesetzliche Kündigungsschutz, haben dazu geführt, dass sich in Deutschland ein relativ geschlossenes Beschäftigungssystem entwickelt hat. In diesem System werden auf der einen Seite die „Arbeitsplatzbesitzer“ bevorzugt und geschützt, auf der anderen Seite werden diejenigen benachteiligt, die nicht erwerbstätig sind (vgl. z.B. Mückenberger 1985: 429). Somit hat sich in Deutschland eine Segmentierung in so genannte „Insider“ und „Outsider“ herausgebildet. Ein Beispiel zur Verdeutlichung dieses Dualismus und die ungleiche Verteilung von Beschäftigungssicherheit ist, dass die Dauer der

Firmenzugehörigkeit den Kündigungsschutz ganz allgemein, aber auch bei Massenentlassungen erhöht. Zudem werden das Alter und die Familiensituation bei der Aufstellung von Sozialplänen hinzugezogen. Dies alles sind Merkmale, die generell eher auf bereits ältere und damit in der Regel am Arbeitsmarkt etablierte, männliche Erwerbstätige zutreffen und beispielsweise weniger auf junge Berufsanfänger. Junge Menschen stellen aus diesem Grund schon seit langem eine der benachteiligten Gruppen am deutschen Arbeitsmarkt dar, der vergleichsweise einfach Erwerbsrisiken aufgebürdet werden können.

Die Arbeitsmarktsituation junger Menschen in Deutschland wurde in den vergangenen zwanzig Jahren zudem noch zusätzlich belastet, da die bisherigen Maßnahmen zur Beschäftigungsregulierung besonders sie betrafen. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 und seinen rechtlichen Nachfolgeregelungen wurden die Möglichkeiten für befristete Beschäftigung und damit das Umgehen des in Deutschland so hohen Kündigungsschutzes durch Arbeitgeber deutlich erleichtert. Dabei zielte die Neuregelung befristeter Beschäftigung vor allem auf die Gruppe der jungen Erwerbstätigen und Bildungsabgänger, da die Erleichterungen von befristeten Arbeitsverträgen in der Regel nur bei Neueinstellungen sowie bei Übernahme von Auszubildenden umgesetzt werden konnten.

Dass befristete Beschäftigung überproportional jüngere Arbeitnehmer trifft, zeigt sich bei einer Betrachtung der Verbreitung von befristeter Beschäftigung in Deutschland nach Altersgruppen (siehe Abbildung 5): Insgesamt waren im Jahr 2004 nur knapp acht Prozent der abhängig Erwerbstätigen in Deutschland befristet beschäftigt – unbefristete Beschäftigung war also, wenn die Gesamtheit der abhängig Erwerbstätigen in den Blick genommen wird, der Normalfall. Bei einer Betrachtung nach Altersgruppen wird jedoch deutlich, dass Befristungen vor allem unter jüngeren Erwerbstätigen sehr weit verbreitet ist und unbefristete Verträge für untere Altersgruppen durchaus nicht mehr der Normalfall sind: 40 Prozent der unter 20-Jährigen war im März 2004 befristet beschäftigt. In den folgenden beiden Altersgruppen der 20- bis 24-Jährigen und der 25- bis 29-Jährigen sinkt dieser Anteil zwar auf rund 29 Prozent beziehungsweise 16 Prozent, bleibt aber überdurchschnittlich. Insgesamt war mehr als jeder Fünfte abhängig Erwerbstätige unter 30 Jahren im März 2004 in einem befristeten Arbeitsverhältnis tätig, dieser Anteil ist viermal so hoch wie unter über 30-Jährigen. Damit ist ein beträchtlicher Teil der jungen Erwerbstätigen dem Problem ausgesetzt, sich im Unsicheren darüber zu befinden, ob sie auch künftig über einen Arbeitsplatz und damit ein Einkommen verfügen, da sich ihr Arbeitgeber die Option offen hält, das Beschäftigungsverhältnis bei Bedarf (z.B. im Fall einer veränderten Auftragslage) nicht fortzusetzen.

Abb. 5: Befristete Arbeitsverträge unter abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) im März 2004, nach Altersgruppen



Quelle: Mikrozensus 2004, Statistisches Bundesamt Wiesbaden (aus der Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“ zum Mikrozensus 2004); eigene Berechnungen.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass der deutsche Arbeitsmarkt zwar auch heute noch vergleichsweise stark reguliert ist und es somit für Arbeitgeber relativ schwer ist, die im Globalisierungsprozess gestiegenen Marktrisiken auf Arbeitnehmer abzuwälzen: Insgesamt gilt Beschäftigungsflexibilität also als ein „reguliertes Experiment“ am hiesigen Arbeitsmarkt (Regini 2000: 12; Esping-Andersen und Regini 2000: 336). Dieses Experiment ging jedoch vor allem zu Lasten von Bildungsabsolventen und jungen Menschen am deutschen Arbeitsmarkt. Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz wurden sie am regulierten deutschen Arbeitsmarkt systematisch zu einer flexiblen Manövriermasse für Unternehmen gemacht. Ihre befristete Beschäftigung stellt einen der wenigen Wege für Arbeitgeber dar, den hohen Kündigungsschutz in Deutschland „durch die Hintertür“ zu umgehen und sich so mehr Flexibilität in Zeiten gesteigener Globalisierung und zunehmender Marktunsicherheiten zu verschaffen.

3. Der Berufseinstieg und die Etablierung junger Menschen im Erwerbsleben seit Mitte der 1980er Jahre – aktuelle Forschungsergebnisse

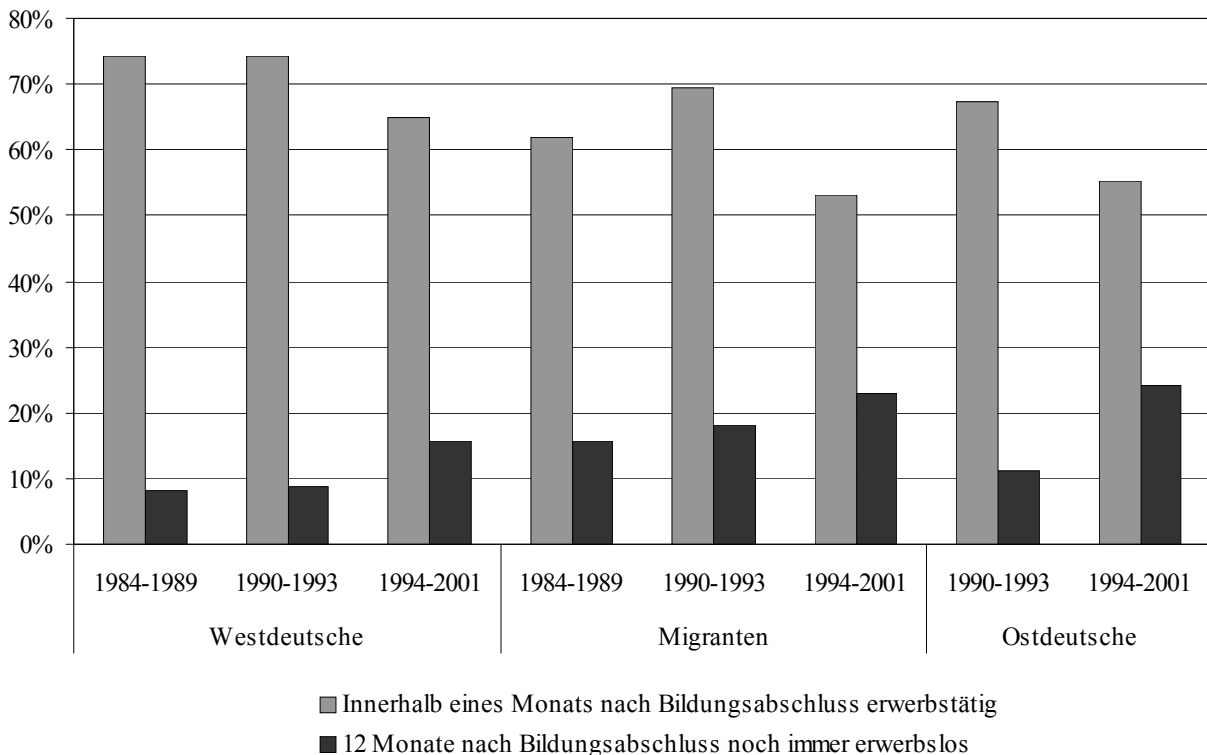
Wie haben sich die Chancen junger Menschen am deutschen Arbeitsmarkt nun konkret seit Mitte der 1980er Jahre entwickelt? Diese Frage soll im Folgenden beantwortet werden, indem (1) der Übergang zur ersten Erwerbstätigkeit von Bildungsabsolventen, (2) das Risiko befris-

teter Beschäftigung unter jungen Erwerbstätigen und (3) die Etablierungschancen von Berufsanfängern im Erwerbsleben für die vergangenen zwanzig Jahre kurz dargestellt werden:

3.1 Der Übergang von Bildung ins Erwerbsleben

Zunächst wird deutlich, dass dem Großteil der Bildungsabsolventen der Übergang in die erste Erwerbstätigkeit relativ zügig gelingt. Zwischen der Hälfte und drei Viertel der jungen Menschen in Deutschland gelingt es, innerhalb nur eines Monats nach Verlassen des Bildungssystems die erste Erwerbstätigkeit anzutreten (siehe Abbildung 6). Damit ist der Übergang von Bildung ins Erwerbsleben in der Bundesrepublik Deutschland auch heute noch sehr reibungslos, vergleicht man die obigen Ergebnisse mit Befunden aus anderen Ländern, denen ebenfalls ein Arbeitsmarkt zugeschrieben wird, der Beschäftigungsrisiken eher Arbeitsmarkt-Outsidern aufbürdet (z.B. süd-europäische Länder und Teile der ehemals sozialistischen Länder). So beträgt die Jugendarbeitslosenquote in südeuropäischen Ländern zwischen 22 und 26,5 Prozent und ist damit zwei- bis dreimal so hoch wie die Arbeitslosenquote unter älteren Menschen in diesen Ländern. In Deutschland ist die Jugendarbeitslosenquote mit nur rund 12 Prozent deutlich geringer und nicht viel stärker ausgeprägt als unter älteren Personen am Arbeitsmarkt (Hellmann und Thode 2006: 21, 25). Vergleichbare Analysen zum Übergang zur ersten Erwerbstätigkeit für Italien haben gezeigt, dass ein Jahr nach Bildungsabschluss lediglich rund 40 Prozent und nach zwei Jahren nur um die 50 Prozent der jungen Menschen erwerbstätig sind (Scherer 2005). In Ungarn sind sogar unter den hoch qualifizierten Bildungsabgängern noch bis zu 40 Prozent nach einem Jahr ohne Erwerbstätigkeit (Bukodi 2005). In der Tat zeigt sich im internationalen Vergleich, dass der Übergang ins Erwerbsleben für junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ähnlich zügig verläuft wie in liberalen Ländern mit offenen Arbeitsmärkten, die keine Einstiegshürden für Outsider haben (Scherer 2005; Schmelzer 2005; Relikowski und Zielonka 2006).

Abb. 6 Der Übergang in die erste Erwerbstätigkeit nach Verlassen des Bildungssystems, nach Bildungsabschlusskohorte und Bevölkerungsgruppe



Quelle: Eigene Berechnung mit dem Sozio-ökonomischen Panel 1984-2002; vgl. auch Buchholz und Kurz 2005.

Der Grund für die guten Einstiegschancen junger Menschen in Deutschland (trotz eines Arbeitsmarktes, der vor allem die Insider schützt) liegt in der Organisation des hiesigen Bildungssystems, das für die Outsider-Gruppe der Arbeitsmarkteinsteiger eine starke institutionelle Brücke zum Arbeitsmarkt baut: Das duale Ausbildungssystem, das die meisten jungen Menschen in Deutschland durchlaufen, stellt eine direkte Verbindung zum Arbeitsmarkt dar; die hohe Standardisierung von Bildungs- und Berufszertifikaten sichert die klare Zuweisung auf bestimmte Positionen und vermindert ein intensives Durchleuchten möglicher Kandidaten für eine Stelle von Seiten des Arbeitgebers.

Jedoch muss gleichzeitig gesagt werden, dass der Anteil derer, die die erste Erwerbstätigkeit unmittelbar nach Bildungsabschluss antreten, seit Mitte der 1980er Jahre rückläufig ist. Es ist für Bildungsabgänger in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer schwerer geworden, den Übergang von Bildung in den Beruf erfolgreich zu meistern (siehe Abbildung 6): Waren in den späten 1980er Jahren noch drei Viertel der westdeutschen Bildungsabsolventen innerhalb des ersten Monats nach Verlassen des Bildungssystems erwerbstätig, so waren es in den späten 1990er Jahren nur noch zwei Drittel der westdeutschen Bildungsabgänger. Bei Bildungsabgängern mit Migrationshintergrund gelingt es heute sogar nur noch knapp der Hälfte von ihnen nach Bildungsabschluss direkt einen ersten Beruf anzutreten. Auch unter Ostdeutschen haben sich die Chancen für einen erfolgreichen Arbeitsmarkteinstieg deutlich verschlechtert: Unmittelbar nach der Wende waren noch um die 67 Prozent der ostdeutschen Bildungsabsol-

venten innerhalb eines Monats nach Bildungsabschluss erwerbstätig, seit Mitte der 1990er Jahre sind es jedoch nur noch knapp 55 Prozent.

Wie in Abbildung 5 deutlich wird, muss auch ein immer größerer Teil der Bildungsabgänger sehr lange nach einer ersten Erwerbstätigkeit suchen. Besonders in den neuen Bundesländern zeigt sich dieses Problem: Dort sind ein Jahr nach Verlassen des Bildungssystems noch 25 Prozent der jungen Menschen ohne Erwerbsarbeit. Auch unter westdeutschen Bildungsabsolventen und Bildungsabsolventen mit Migrationshintergrund ist heute der Anteil derer hoch, die sehr lange nach einer ersten Erwerbstätigkeit suchen müssen: Zwischen 16 und 23 Prozent ist ein Jahr nach Verlassen des Bildungssystems der Übergang ins Erwerbsleben nicht gelungen; dieser Anteil war in den 1980er Jahren noch deutlich niedriger. Somit müssen immer mehr junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nach Verlassen des Bildungssystems eine Phase der Arbeitslosigkeit durchlaufen, bevor ihnen der erfolgreiche Eintritt in den Arbeitsmarkt gelingt.

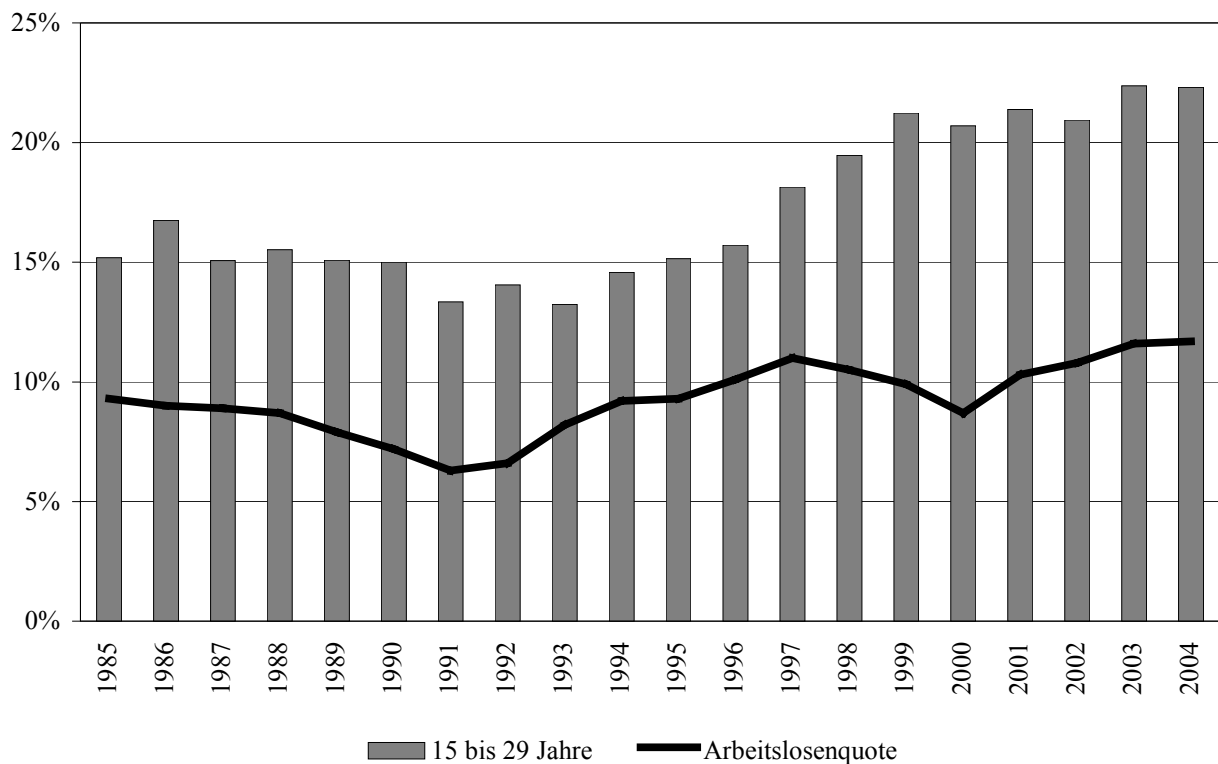
Weiterführende Auswertungen haben gezeigt, dass vor allem niedrig qualifizierte Bildungsabsolventen zunehmende Probleme haben, den Eintritt in den Arbeitsmarkt erfolgreich zu meistern, und höhere Bildungsabschlüsse für einen reibungslosen Übergang ins Erwerbsleben in den vergangenen zwanzig Jahren immer wichtiger geworden sind (vgl. Buchholz und Kurz 2005). Die Organisation des deutschen Bildungssystems hat somit auch seine Schattenseiten, obschon es – wie oben ausgeführt – den Übergang in den ersten Beruf für erfolgreiche Absolventen des dualen Ausbildungssystems vergleichsweise reibungslos ermöglicht. Denn diejenigen, die nur über einen (niedrigen) Schulabschluss verfügen und keine Lehre absolviert haben, bleiben in Deutschland häufig chancenlos und langfristig ausgegrenzt. Ihnen gelingt der Übergang ins Erwerbsleben wenn überhaupt nur sehr schwer. Zudem werden sie in Deutschland systematisch auf unqualifizierte Berufspositionen verwiesen. Dies sind aber genau die Berufspositionen, die in den vergangenen Jahren zunehmend unter Druck geraten und im Zuge technologischen Fortschritts im Produktionsprozess verschwunden sind.

3.2 Das Risiko befristeter Beschäftigung

Auch mit Blick auf die Qualität des Erwerbseinstiegs zeigt sich eine deutliche Veränderung in den vergangenen beiden Jahrzehnten. Mit der Deregulierung befristeter Beschäftigung in Deutschland (siehe oben) wurde die Position junger Menschen am deutschen Arbeitsmarkt nachhaltig geschwächt: Immer mehr junge Menschen müssen sich damit abfinden, nur in einem befristeten Arbeitsvertrag angestellt zu sein (siehe Abbildung 6). Im Jahr 1985 waren rund 15 Prozent der unter 30-Jährigen befristet beschäftigt, im Jahr 2004 waren es über 22 Prozent. Damit ist für diese Altersgruppe zwischen 1985 und 2004 eine Zunahme von knapp 50 Prozent zu verzeichnen. Zwar haben weitere Auswertungen gezeigt, dass auch für über 30-Jährige der Anteil der Personen mit befristetem Arbeitsvertrag im genannten Zeitraum zugenommen hat, jedoch stellen befristete Arbeitsverträge unter über 30-Jährigen auch heute noch eine eher seltene Beschäftigungsform dar: Rund 95 Prozent – also die überwältigende Mehrheit der über 30-jährigen abhängig Erwerbstätigen – sind noch immer in einem unbefristeten Arbeitsvertrag tätig (siehe Abbildung 4 oben). Unter jüngeren Arbeitnehmern ist die Gruppe derer mit befristetem Arbeitsvertrag dagegen beachtlich groß: Über ein Fünftel der unter 30-Jährigen war im Jahr 2004 nur befristet beschäftigt.

Weiterführende Analysen (Buchholz und Kurz 2005) haben zudem gezeigt, dass befristete Beschäftigung unter jungen Erwerbstätigen nicht nur häufiger, sondern seit Mitte der 1980er Jahre auch riskanter geworden ist: Heute ist das Arbeitslosigkeitsrisiko für befristet Beschäftigte bedeutend höher als für junge Erwerbstätige mit unbefristetem Arbeitsvertrag. Dies galt nicht für Bildungsabsolventen der Jahre 1985 bis 1993. Hier hatten befristet Beschäftigte kein generell höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als unbefristet Beschäftigte – jungen Erwerbstätigen mit befristetem Arbeitsverhältnis gelang es somit nach Auslaufen ihres Vertrages, eine Anschlussanstellung zu finden. Befristete Beschäftigung war also in der ältesten Kohorte noch als Sprungbrett in den Arbeitsmarkt zu sehen, während eine Befristung für heutige Bildungsabgänger ein „Schleudersitz“ ist, da sie das Arbeitslosigkeitsrisiko bedeutend erhöht.

Abb. 7 Befristete Arbeitsverträge unter jüngeren abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende), 1985 bis 2004



Quelle: Mikrozensus 1985 bis 2004, Statistisches Bundesamt Wiesbaden (aus den jährlichen Fachserien 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“ zum Mikrozensus 2004); eigene Berechnungen.

3.3 Die Chancen, sich sicher im Erwerbsleben zu etablieren

Im letzten Schritt soll ein Blick auf die Frage geworfen werden, wie sich die Chancen von jungen Menschen nach erfolgreichem Übergang in die erste Erwerbstätigkeit gestalten. Es zeigt sich, dass Berufsanfänger in Deutschland heute vergleichsweise lange darauf warten müssen, bis sie sich sicher am Arbeitsmarkt etablieren können (siehe Abbildung 7). Vor allem im Osten Deutschlands ist es nach der Wiedervereinigung für junge Menschen sehr schwer, im Erwerbsleben sicher Fuß zu fassen: Fast 30 Prozent der ostdeutschen Berufsanfänger ist

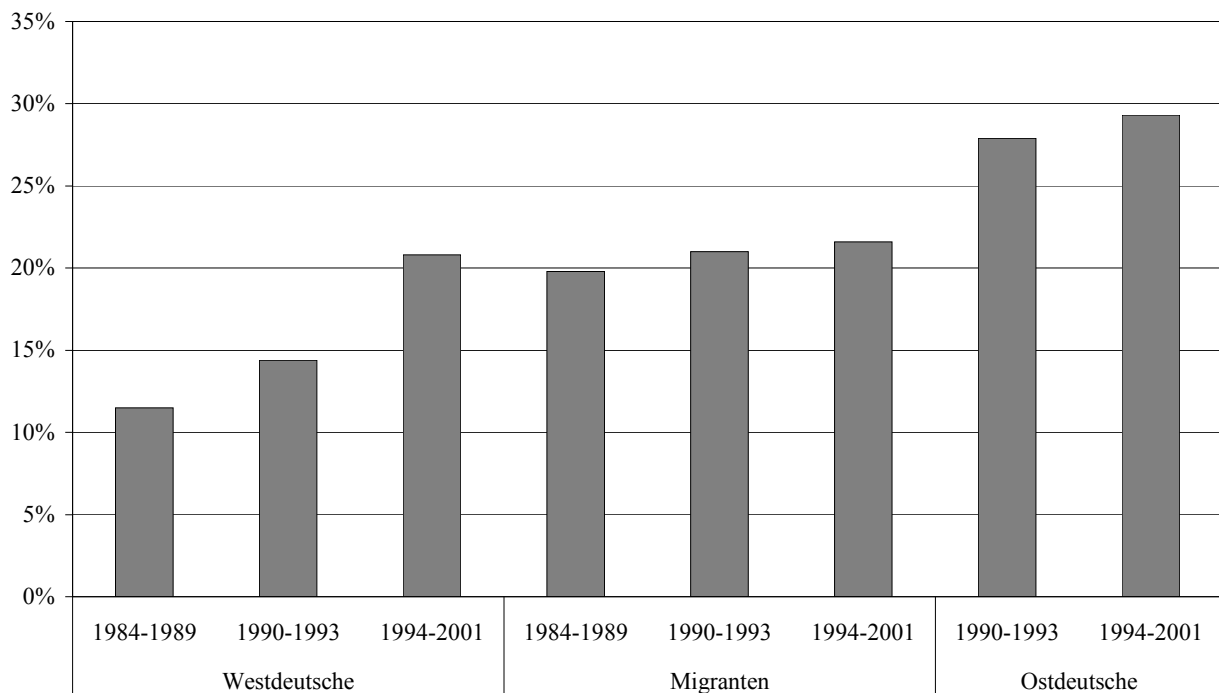
nach zweieinhalb Jahren wieder arbeitslos und konnte sich somit nicht dauerhaft am Arbeitsmarkt behaupten.

Auch unter Berufsanfängern mit Migrationshintergrund ist der Anteil derer, die sich nicht erfolgreich im Erwerbsleben etablieren können, sehr hoch: Mehr als jeder Fünfte von ihnen ist nach zweieinhalb Jahren wieder arbeitslos geworden. Weiterführende Analysen haben gezeigt, dass die schlechten Etablierungschancen von Berufsanfängern mit Migrationshintergrund vor allem darauf zurückzuführen ist, dass sie im Vergleich zu Berufsanfängern (west-) deutscher Nationalität im deutschen Bildungssystem benachteiligt sind und über relativ niedrigere Bildungsabschlüsse verfügen (Buchholz und Kurz 2006). Aber auch wenn westdeutsche Berufsanfänger damit heute noch die besten Chancen genießen, sich sicher im Erwerbsleben zu etablieren, haben auch sie bedeutende Einschnitte in Bezug auf ihre Arbeitsmarktchancen hinnehmen müssen (siehe Abbildung 8): So ist heute jeder zehnte Berufsanfänger in Westdeutschland in den ersten zweieinhalb Jahre nach Erwerbseintritt wieder arbeitslos geworden; Mitte der 1980er Jahre war es dagegen nur jeder fünfte Berufsanfänger.

Insgesamt deuten die dargestellten Ergebnisse darauf hin, dass junge Menschen nach erfolgreichem Erwerbseintritt seit Mitte der 1980er Jahre eine zunehmend längere Phase der Unsicherheit durchlaufen müssen, bevor sie sich sicher am Arbeitsmarkt etablieren können. Sie müssen immer länger darauf warten, bis sich ihre Arbeitsmarktposition stabilisiert, bis sie vor Arbeitslosigkeit nennenswert geschützt sind und bis ihnen die für den deutschen Arbeitsmarkt so typischen „Insiderrechte“ zugesichert werden. Genossen beispielsweise Westdeutsche in den späten 1980er Jahren bereits eineinhalb Jahre nach Einstieg ins Erwerbsleben nennenswerten Schutz vor Arbeitslosigkeit, so müssen sie seit Mitte der 1990er Jahre mehr als drei Jahre erwerbstätig gewesen sein, bis sie sich am Arbeitsmarkt sicher etabliert haben (Buchholz und Kurz 2006).

Wieder zeigten weiterführende Auswertungen – wie schon für den Übergang zur ersten Erwerbstätigkeit –, dass vor allem gering qualifizierte Berufsanfänger Schwierigkeiten haben, sich am deutschen Arbeitsmarkt zu behaupten, und sich zunehmende Erwerbsrisiken vor allem auf diese Gruppe konzentrieren, während hoch qualifizierte Berufsanfänger auch heute noch vergleichsweise gute Chancen am Arbeitsmarkt genießen sowie vor Arbeitslosigkeit relativ gut geschützt sind (Buchholz und Kurz 2006).

Abb. 8 Anteil der Berufsanfänger, die nach (maximal) zweieinhalb Jahren wieder arbeitslos sind, nach Bildungsabschlusskohorte und Bevölkerungsgruppe



Quelle: Eigene Berechnung mit dem Sozio-ökonomischen Panel 1984-2002.

4. Die Auswirkungen zunehmender Erwerbsunsicherheiten unter jungen Menschen auf die Familienplanung

Bisher stand in diesem Beitrag die Frage im Mittelpunkt, wie junge Menschen in der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre den Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Etablierung im Erwerbsleben erfahren haben. Die vorangegangenen Darstellungen haben gezeigt, dass sich Arbeitsmarkteinsteiger zunehmend mit Erwerbsunsicherheiten konfrontiert sehen. Im Folgenden soll nun eine zentrale gesamtgesellschaftliche Auswirkung zunehmender Arbeitsmarktrisiken unter jungen Menschen in Deutschland aufgezeigt werden: der Geburtenrückgang.

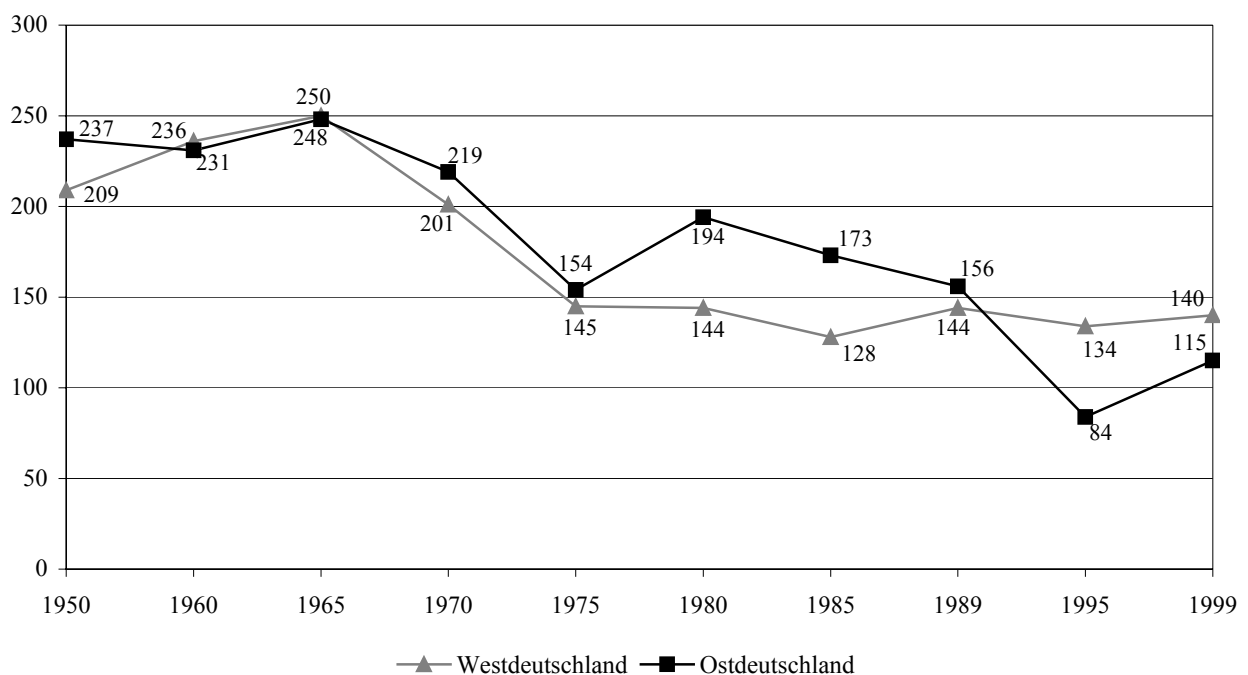
4.1 Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Es ist hinlänglich bekannt, dass in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland ein deutlicher Rückgang bei den Geburten zu beobachten war (vgl. z.B. Geißler 2002: 53ff.; Statistisches Bundesamt 2003: 10ff.; Huinink 1987, 1989a, 1989b – vgl. auch Abbildung 9): Brachte eine Frau bis 1970 im statistischen Durchschnitt noch knapp zwei Kinder (und mehr) zur Welt, so ist dieser Durchschnitt seither stark gesunken. Schon 1975 gebar in der Bundesrepublik Deutschland eine Frau durchschnittlich nur noch 1,45 Kinder – seither ist die Geburtenrate im Westen Deutschlands auf einem niedrigen Niveau verblieben. In der ehemaligen DDR konnten die Einbrüche bei den Geburten zu Beginn der 1970er Jahre durch familien- und bevölke-

rungspolitische Maßnahmen aufgefangen werden (Geißler 2002: 55): Die rückläufige Entwicklung Anfang der 1970er Jahre konnte kurzfristig aufgehalten werden und im Osten Deutschlands gab es in den späten 1970er Jahren sogar einen zweiten, wenn auch im Vergleich zu den 1960er Jahren weniger stark ausgeprägten Babyboom.

Der politische Zusammenbruch der DDR löste jedoch eine tiefe demografische Krise in Ostdeutschland aus: Lag die Fertilitätsrate kurz vor der Wiedervereinigung im Osten noch knapp über dem westdeutschen Niveau, so brach sie innerhalb weniger Jahre in Ostdeutschland massiv ein und sank mit 0,77 Kindern pro Frau im Jahr 1993 deutlich unter die westdeutsche Fertilitätsrate (vgl. Geißler 2002: 53). Ab Mitte der 1990er Jahre zeigt sich im Osten Deutschlands zwar wieder ein Aufwärtstrend bei den Geburten, jedoch wurde das frühere Niveau nicht annähernd erreicht: Auch heute liegt die Geburtenrate im Osten unter dem westdeutschen Niveau. Insgesamt beläuft sich die Fertilitätsrate im wiedervereinigten Deutschland derzeit auf knapp 1,4 Kindern pro Frau (Statistisches Bundesamt 2003: 13). Niedrige Fertilitätsraten sind kein rein deutsches Phänomen. In vielen modernen Industrienationen zeigt sich in den vergangenen Jahrzehnten eine rückläufige Geburtenentwicklung (vgl. z.B. van de Kaa 1987: 18ff.). Deutschland gehört jedoch zusammen mit südeuropäischen und osteuropäischen Ländern weltweit zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenhäufigkeit (Statistisches Bundesamt 2003: 12f.).

Abb. 9 Geburten je 100 Frauen, West- und Ostdeutschland, 1950 bis 1999



Quelle: Geißler 2002: 53.

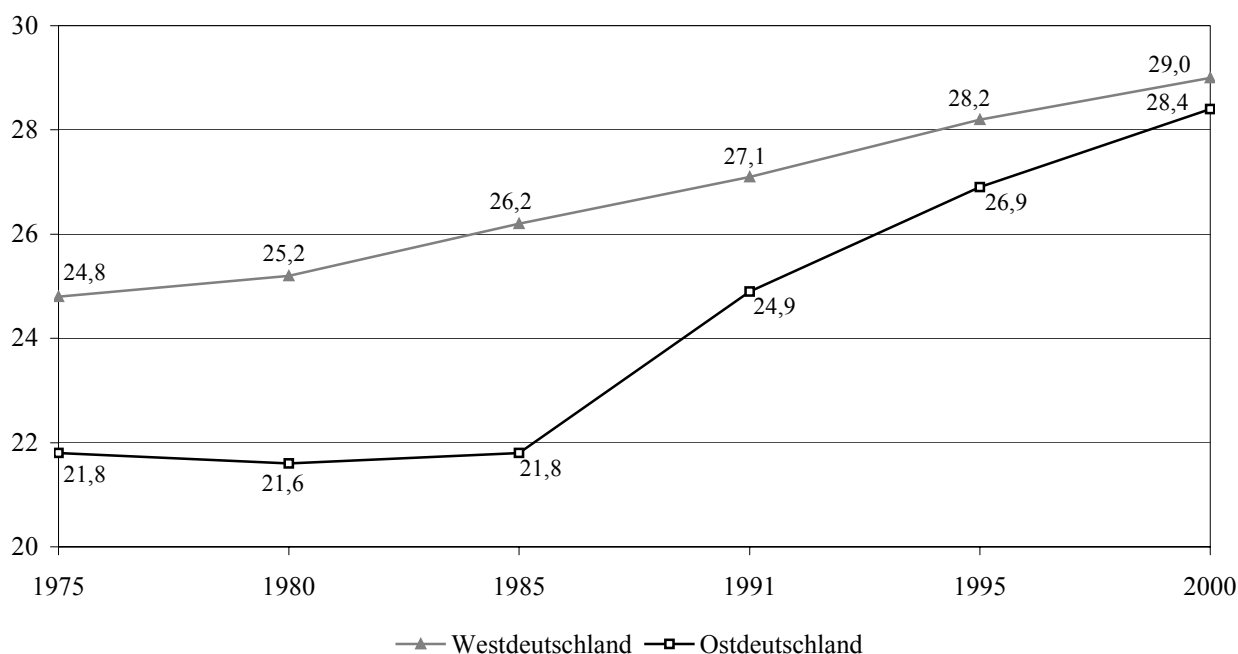
Bei einer genaueren Betrachtung des Fertilitätsverhaltens wird deutlich, dass der starke Geburtenrückgang in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten mitbedingt ist durch die Rückverlagerung der Geburt von Kindern, insbesondere des ersten Kindes, im Lebenslauf junger Erwachsener (vgl. z.B. Huinink 1987, 1989a, 1989b). So zeigt sich in der Bundesrepu-

blik Deutschland ein deutlicher Anstieg des Alters von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes (siehe Abbildung 10): In Westdeutschland ist das Durchschnittsalter von Frauen bei der Erstgeburt zwischen 1980 und 2000 um knapp vier Jahre – von 25 auf 29 Jahre – gestiegen. In Ostdeutschland zeigt sich ein rasanter Anstieg des Alters bei der Geburt des ersten Kindes vor allem nach der Wiedervereinigung: Lag das Alter von Frauen bei der Erstgeburt 1991 mehr als zwei Jahre unter dem Alter westdeutscher Frauen, so betrug dieser Unterschied im Jahr 2000 nur noch ein halbes Jahr. Innerhalb nur eines Jahrzehnts ist in Ostdeutschland damit das Alter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes um fast vier Jahre von unter 25 auf über 28 Jahre gestiegen.

4.2 Beschäftigungsunsicherheit und das Aufschieben der Familienphase

Verschiedene, häufig miteinander verbundene Ursachen werden als Erklärung für den starken Geburtenrückgang und das Hinauszögern der Elternschaft in der Bundesrepublik Deutschland genannt. Beispielsweise werden die Bildungsexpansion und ihre Folgen häufig als Begründung für die rückläufige Fertilitätsrate in Deutschland herangezogen (vgl. z.B. Klein 1989; Beck 1986:

Abb. 10 Durchschnittsalter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes, West- und Ostdeutschland, 1975 bis 2000



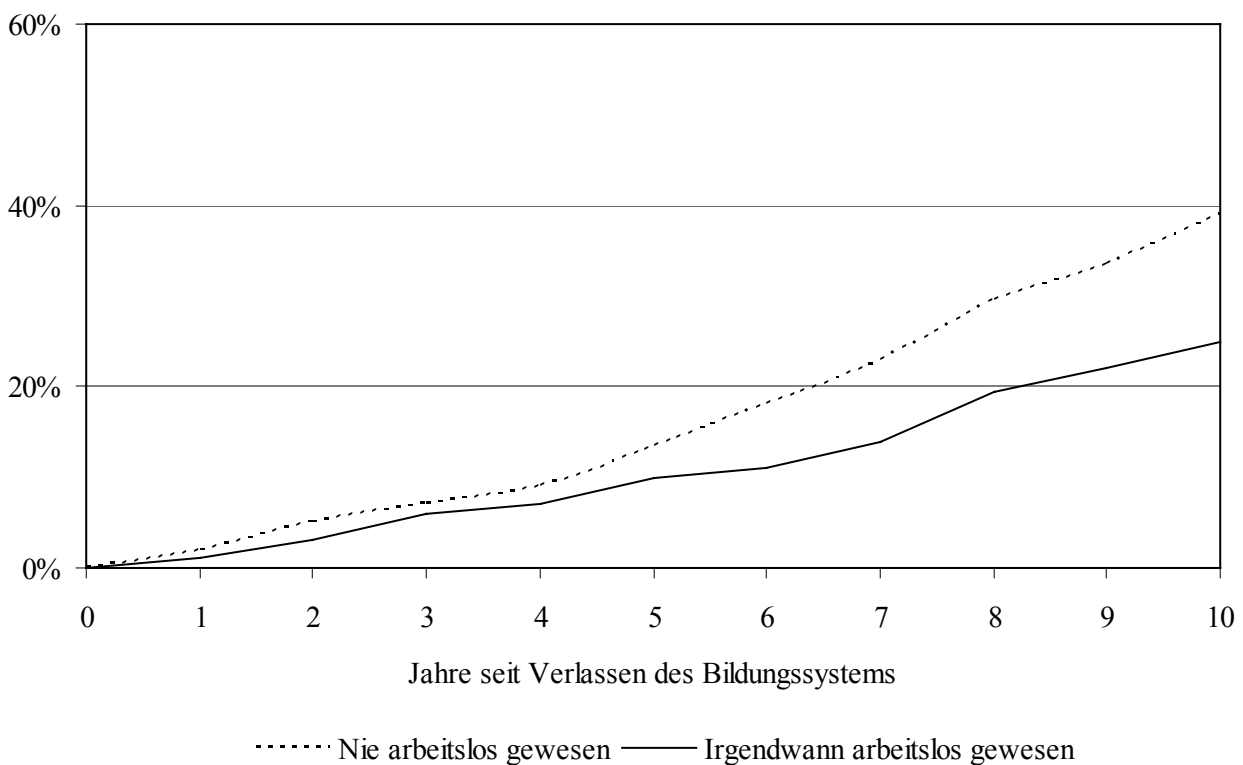
Quelle: Sozialpolitik aktuell (Datensammlung): Universität Duisburg/Essen, www.sozialpolitik-aktuell.de.

161ff., 189ff.; Hettlage 1998: 129): Durch die verlängerte Bildungsphase (und den damit verbundenen späteren Eintritt ins Erwerbsleben) werden junge Menschen später finanziell unabhängig und fühlen sich damit erst später in der Lage, zu heiraten und eine Familie zu gründen (vgl. z.B. Blossfeld und Timm 1997: 450f.; Hettlage 1998: 129). Zudem wird argumentiert, dass die verstärkte Bildungsbeteiligung von Frauen in Folge der Bildungsexpansion zu einem veränderten Fertilitätsverhalten geführt hat. Höhere Bildung und die damit neuen Möglichkei-

ten von Frauen am Arbeitsmarkt ermöglichen es ihnen, ökonomisch unabhängiger von der Familie zu werden – dies verringert die Wahrscheinlichkeit von Heirat und Familiengründung (vgl. z.B. Beck 1986: 189ff.; Beck-Gernsheim 1994: 7ff.; Burkhardt und Kohli 1989: 406f.). Auch wird mit einem generellen gesellschaftlichen Wertewandel argumentiert, um den Geburtenrückgang zu erklären: Demnach soll der Anspruch auf individuelle Autonomie und Selbstverwirklichung in modernen Gesellschaften zugenommen haben, was negativ auf Partnerschaften und Familienbildung wirken soll (vgl. van de Kaa 1987: 5ff.; Klein 1991; Beck-Gernsheim 1994: 7ff.).

Andere Ansätze suchen die Erklärung für den Geburtenrückgang auch in verschlechterten Bedingungen am Arbeitsmarkt (Oppenheimer 1988; Mills und Blossfeld 2003): Das Aufschieben der Heirat und der Familienbildung wird im Wesentlichen darauf zurückgeführt, dass es junge Menschen in modernen Gesellschaften seit einigen Jahren immer schwerer haben, sich am Arbeitsmarkt zu etablieren. Gestiegene Beschäftigungsunsicherheit soll dazu geführt haben, dass

Abb. 11 Übergang zur Vaterschaft und Arbeitslosigkeit



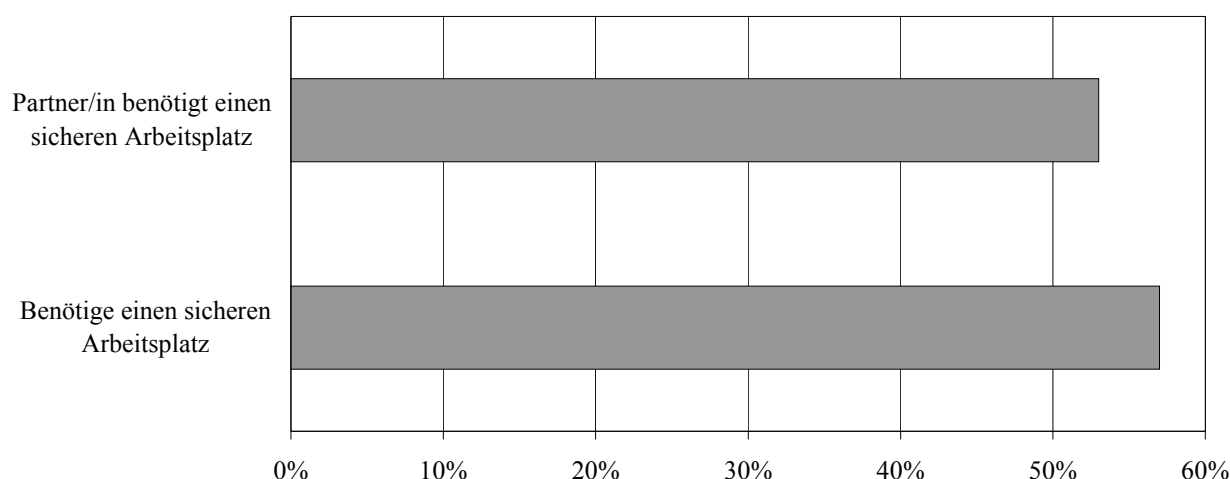
Quelle: Kurz (2006).

sie langfristige Bindungen – wie Partnerschaft oder Elternschaft – aufschieben oder sogar komplett aussetzen. Kurz (2005) zeigte in einer umfangreichen empirischen Studie zum Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktrisiken und dem Eingehen langfristiger Bindungen in der Bundesrepublik Deutschland, dass sich Phasen von Beschäftigungsunsicherheit in der Tat negativ auf das Eingehen von Partnerschaften und auf die Geburt von Kindern auswirken: Beispielsweise führen Teilzeitarbeit und Arbeitslosigkeit bei Männern dazu, dass die Familien-

gründung bedeutend nach hinten verschoben wird (siehe auch Abbildung 11 für den Einfluss von Arbeitslosigkeit). Wie Kurz (2005) herausfand, hat der Erwerbsstatus sogar einen stärkeren Einfluss auf das Aufschieben von Elternschaft als das Bildungsniveau.

Für wie wichtig ein sicherer Arbeitsplatz für Elternschaft erachtet wird, zeigt sich auch anhand einer Befragung von kinderlosen, aber in Partnerschaft lebenden 20- bis 49-jährigen Männern und Frauen in Deutschland (siehe Abbildung 12; vgl. auch Robert Bosch Stiftung 2006: 30ff.). Demnach sind die eigene Arbeitsplatzsicherheit sowie die des Partners die beiden wichtigsten und meistgenannten Gründe, die angeführt werden, wenn es um die Frage „Kinder oder keine Kinder?“ geht. In beiden Fällen wird von über 50 Prozent der befragten Männer und Frauen ausgesagt, dass sie sich Kinder nur vorstellen können, wenn sie eine sichere Position am Arbeitsmarkt innehaben.

Abb. 12 Die beiden meistgenannten Gründe gegen Kinder von kinderlosen, aber in Partnerschaft lebenden 20- bis 49-Jährigen, 2005



Quelle: Robert Bosch Stiftung (2006).

5. Zusammenfassung und Diskussion

In diesem Beitrag wurde gezeigt, dass junge Menschen in Deutschland sich zunehmend mit Erwerbsunsicherheiten konfrontiert sehen. Die Darstellungen haben deutlich gemacht, dass es für Bildungsabgänger seit Mitte der 1980er Jahre schwerer geworden ist, den Schritt ins Erwerbsleben zu machen und am Arbeitsmarkt sicher Fuß zu fassen: Junge Menschen in Deutschland brauchen zunehmend länger, eine erste Stelle zu finden, ein immer größerer Teil von ihnen durchläuft nach Bildungsabschluss eine Phase von Arbeitslosigkeit, sie müssen sich zu Beginn ihres Erwerbslebens zunehmend mit unsicheren befristeten Beschäftigungsverhältnissen abfinden und müssen immer länger darauf warten, bis sie sich im Erwerbsleben etabliert haben und in den „Genuss“ von Beschäftigungssicherheit kommen. Vor allem für Ostdeutsche, junge Menschen mit Migrationshintergrund und Geringqualifizierte sind die Chancen am Arbeitsmarkt heute schlecht.

Wie dieser Beitrag darüber hinaus deutlich gemacht hat, dürfen diese Befunde nicht isoliert betrachtet werden. Gestiegene Erwerbsunsicherheiten unter jungen Erwachsenen in der Bun-

desrepublik Deutschland sind nicht nur ein Problem der Betroffenen – also der Arbeitsmarkteinsteiger und der jungen Erwerbstätigen. Die zunehmende Flexibilisierung von Erwerbseinstiegsprozessen und die verlängerte Etablierungsphase von Arbeitsmarkteinsteigern haben tiefgreifende Auswirkungen auf die gesamte deutsche Gesellschaft: Wie erläutert tragen Erwerbsunsicherheiten unter jungen Menschen maßgeblich dazu bei, dass Partnerschaft und Elternschaft aufgeschoben werden und die Geburtenrate in Deutschland niedrig ist. Jungen Menschen fällt es aufgrund der gestiegenen Arbeitsmarktrisiken, denen sie seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend begegnen müssen, und der gleichzeitig vielseitig an sie gestellten Anforderungen, denen sie gerecht werden müssen (wie z.B. die private Vorsorge fürs Alter), zunehmend schwer, langfristige Verpflichtungen – wie beispielsweise in Form von Elternschaft, aber auch in Form der Ehe – einzugehen. Zusammen mit der Zunahme der Lebenserwartungen durch medizinischen Fortschritt und verbesserte Lebensbedingungen führt diese niedrige Geburtenrate zu einer beträchtlichen „Alterung“ der deutschen Gesellschaft. Aktuelle Bevölkerungsvorausrechnungen zu Folge werden 2010 weniger als 20 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland unter 20 Jahre alt sein – im Jahr 1970 stellten die unter 20-Jährigen in Deutschland noch ein Drittel der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2003: 31). Diese Entwicklung setzt unter anderem die Finanzierbarkeit der deutschen Sozialversicherung, insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung, unter Druck.

Insgesamt steht damit die Strategie des Gesetzgebers, Beschäftigungsflexibilisierungen am rigiden deutschen Arbeitsmarkt unter anderem besonders über die Flexibilisierung junger Menschen zu ermöglichen, im starken Widerspruch zu dem Versuch, die niedrige Geburtenrate zu steigern und die Alterung der deutschen Gesellschaft aufzuhalten. Solange die Auswirkungen von Arbeitsmarktflexibilisierung in Deutschland vor allem Erwerbseinsteigern aufgebürdet werden, scheint es fraglich, ob es dem Gesetzgeber gelingen wird, die Geburtenraten in Deutschland erfolgreich zu erhöhen und junge Menschen zu ermutigen, wieder (mehr) Kinder zu bekommen.

Mobil, flexibel und erfolgreich? Berufliche Mobilität und ihre individuelle Bedeutung

(Ruth Limmer)

Im Rahmen des vorliegenden Beitrags werden Ergebnisse einer Studie von Schneider, Limmer & Ruckdeschel (2002) zur Verbreitung beruflich bedingter räumlicher Mobilität und deren Bedeutung für die mobilen Erwerbstätigen sowie deren Partner bzw. Familien vorgestellt.³ Der Studie liegen folgende Prämissen zugrunde:

- Räumliche Mobilität ist sowohl Grundlage als auch Folge von Globalisierungsprozessen und ihr kommt in modernen Gesellschaften eine zentrale Bedeutung zu.
- Berufliche Mobilität, die über den sozialen Nahraum hinausführt und über einen längeren Zeitraum hinweg ein erhebliches Maß an Zeit bindet, prägt die Lebensform nachhaltig. In diesen Konstellationen kann daher von mobilen Lebensformen gesprochen werden.
- Die Entscheidung für Mobilität und die Aufrechterhaltung einer mobilen Lebensform wird maßgeblich von der Partnerschafts- und Familiensituation beeinflusst. Es gilt aber auch umgekehrt, dass sich die aktuelle Mobilität auf die Gestaltung der Partnerschafts- und Familienbiographie auswirkt.

Der Studie liegen zum einen Sekundäranalysen von Massendatensätzen zugrunde, die erste Hinweise auf die Verbreitung berufsmobiler Lebensformen gewähren. Zum anderen wurde eine Befragung von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 20 und 59 Jahren durchgeführt, die seit mindestens einem Jahr in einer Partnerschaft mit oder ohne Kinder leben.⁴ Dabei wurden folgende berufsmobile Lebensformen einbezogen:

- Umzugsmobile: In den vergangenen 5 Jahren erfolgte mindestens einmal ein gemeinsamer berufsbedingter Fernumzug.
- Fernpendler: Der tägliche, einfache Weg zur Arbeit beträgt mindestens eine Stunde.
- Varimobile: Die Berufstätigkeit führt an wechselnde Orte und die Unterbringung erfolgt in Hotels, Gemeinschaftsunterkünften etc. Neben dem Arbeitsort kann auch der zeitliche Umfang der beruflich bedingten Abwesenheit vom gemeinsamen Haushalt variieren.

Shuttles (Wochenendpendler): Aufgrund beruflicher Mobilitätserfordernisse verfügt ein Partner über einen Zweithaushalt am Arbeitsort. Am Wochenende teilen die Partner den gemeinsamen Haupthaushalt.

- Fernbeziehungen: Jeder Partner verfügt über einen eigenen Haushalt, einen gemeinsamen Haupthaushalt gibt es nicht.

³ Die Arbeit von Schneider et al. 2002 gewährt derzeit den umfassendsten Überblick über verschiedene berufsmobile Lebensformen und deren biographische Einbettung und Bedeutung. Die als Verbundprojekt zwischen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und dem Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*) durchgeführte Studie wurde durch Mittel des Bundesfamilienministeriums und des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, und Sozialordnung, Familie und Frauen gefördert.

⁴ Zur Beschreibung der Stichprobenziehung und der Einordnung der Stichprobe siehe Limmer 2005.

- Um spezifische Merkmale und Erfahrungen berufsmobiler Menschen einordnen zu können, wurden als Vergleichsgruppe nichtmobile Erwerbstätige befragt. Dabei handelt es sich um zwei Formen:
- Ortsfeste: Die Befragten leben seit ihrer Geburt in derselben Region. Die Frage beruflicher Mobilität hat sich für sie bislang noch nicht gestellt.
- Rejectors: Eine konkrete berufliche Möglichkeit, die jedoch Mobilität erfordert hätte, wurde kürzlich ausgeschlagen.

Neben den Erfahrungen der mobilen bzw. nichtmobilen Befragungsteilnehmenden wurden auch die Erfahrungen der Partnerinnen und Partner in die Befragung einbezogen. Insgesamt wurden 1095 Interviews geführt.⁵

Verbreitung mobiler Lebensformen

Ausgehend von den Ergebnissen der Sekundäranalysen⁶ kann der Anteil der Erwerbstätigen, die in einer Partnerschaft mit oder ohne Kinder leben und in einer der untersuchten Weise berufsmobil sind auf etwa 16% aller Erwerbstätigen geschätzt werden. Bemerkenswert ist dabei, dass der beruflich bedingte (Fern-)Umzug im Vergleich zu anderen mobilen Lebensformen eine eher untergeordnete Rolle spielt. Dagegen treten Fernpendeln, Wochenendpendeln und Fernbeziehungen in der erwerbstätigen Bevölkerung weitaus häufiger auf.

Wer wird in welcher Form beruflich mobil?

Verschiedene Studien kommen zum Ergebnis, dass umzugsmobile Menschen ein charakteristisches soziodemographisches Profil aufweisen. Die bekannten Zusammenhänge bestätigen sich in der vorliegenden Studie:

- Mit zunehmendem Alter sinkt die Mobilitätsbereitschaft.
- Je höher der Bildungsabschluss desto höher die Mobilitätsbereitschaft.
- Je kleiner der Haushalt desto höher die Mobilitätsbereitschaft.
- Männer sind weit häufiger berufsmobil als Frauen.

Daneben verweisen die Ergebnisse auf die Bedeutung weiterer individueller Merkmale und Merkmale der Partnerschaft bzw. der Familie:

- Je ausgeprägter die emotionale Bindung an eine bestimmte Region („Heimatverbundenheit“) desto geringer die Mobilitätsbereitschaft.
- Je ausgeprägter die Offenheit gegenüber Neuem desto höher die Mobilitätsbereitschaft.

⁵ Es wurden 488 Mobile und 298 ihrer Partnern mit standardisierten Fragebogen befragt. Im Anschluss daran wurden 180 Mobilen und 129 Partner ein weiteres Mal anhand von leitfadengestützten Interviews vertiefend befragt.

⁶ Die Analysen wurden auf der Grundlage des Mikrozensus, SOEP und ALBUS durchgeführt, zum konkreten Vorgehen und Einschränkungen der Datenbasis s. Limmer 2005.

- Je wichtiger den Befragten individuelle Werte, wie Selbstbestimmung und Unabhängigkeit (Autonomie) sind, desto höher ist ihre Mobilitätsbereitschaft.
- Die Anwesenheit von minderjährigen Kindern formt die grundsätzliche Bereitschaft und die konkrete Form der Mobilität. Solange die Kinder das Schulalter noch nicht erreicht haben, besteht eine höhere Bereitschaft umzuziehen. Danach wird ein Umzug häufiger abgelehnt und andere Formen wie Fernpendeln oder Wochenendpendeln werden vorgezogen.
- Das Partnerschaftskonzept spielt eine Rolle dabei, welche konkrete Form der Mobilität gewählt wird. Wird für Nähe und Verbundenheit der Partner die persönliche Präsenz im Alltag als zentrale Voraussetzung angesehen, fällt die Wahl in aller Regel auf Umzug oder Fernpendeln. Varimobilität oder Wochenendpendeln (Shuttle) wird dagegen häufiger gewählt, wenn im Partnerschaftskonzept der Befragten emotionale Nähe und Verbundenheit auch im Fall räumlicher Trennung hergestellt werden kann oder die zeitweilige Abwesenheit dazu führt, dass die gemeinsam geteilte Zeit intensiver erlebt wird.

Entstehungszusammenhang: Berufliche Mobilität – erwählt oder erzwungen?

Mobilität kann in der beruflichen Biographie als echte Chance wahrgenommen werden oder Teil einer wohl überlegten Karriereplanung sein. Werden jedoch keine beruflichen Perspektiven vor Ort wahrgenommen, kann Mobilität auch als unabweisbares Erfordernis erlebt werden. Folgt man den Aussagen der Befragten der Studie, wird die Entscheidung für die eigene Mobilität von rund der Hälfte als selbstbestimmt wahrgenommen. Bei knapp jedem/jeder Dritten gab es nach eigenem Dafürhalten keine Alternative – die mobile Lebensform wurde von äußeren Zwängen diktiert. Für die übrigen Untersuchungsteilnehmenden lässt sich nicht eindeutig bestimmen, ob die berufliche Mobilität gewählt oder aufgrund der Umstände als unausweichlich erlebt wurde. Da beide Aspekte eine Rolle spielen, stehen sie ihrer Mobilität ambivalent gegenüber.

Dauer der Lebensform und Platzierung in Familienbiographie

Jeden Tag zusätzlich zur Arbeitszeit zwei Stunden und/oder mehr auf der Straße sein oder die Wochenenden mit dem Partner und den Kindern verbringen, weil man an den Wochentagen an einem anderen Ort lebt und arbeitet, kann auf Dauer recht belastend sein. Bei den skizzierten Beispielen liegt die Vermutung nahe, dass Mobilität allenfalls eine Übergangsphase ist, die man möglichst bald hinter sich lassen möchte. Doch wie schätzen es die Betroffenen selbst ein?

Unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass sowohl Fernpendeln als auch Varimobilität sehr stabile Lebensformen darstellen. Mehr als jede(r) Zweite wird nach eigener Einschätzung bis zum Ausstieg aus dem Berufsleben mobil bleiben. Befragte in Fernbeziehungen und Shuttles (Wochenendpendler) gehen davon aus, dass ihre Mobilität eine Übergangsphase ist, die in eine Lebenssituation mündet, in der sich Familien- und Berufsleben vor Ort verbinden lassen. Bemerkenswert ist bei diesen Befragten, dass für rund zwei Drittel der Zeitpunkt, wann sich dieser Plan realisieren lässt, noch nicht absehbar ist. Unsere Ergebnisse lassen vermuten, dass

insbesondere in einem angespannten Arbeitsmarkt berufsmobile Lebensformen oftmals eine Eigendynamik entwickeln und länger aufrechterhalten werden als zunächst geplant. Dies gilt ganz besonders dann, wenn die Befragten wiederholt im Rahmen befristeter Arbeitsverträge beschäftigt sind.

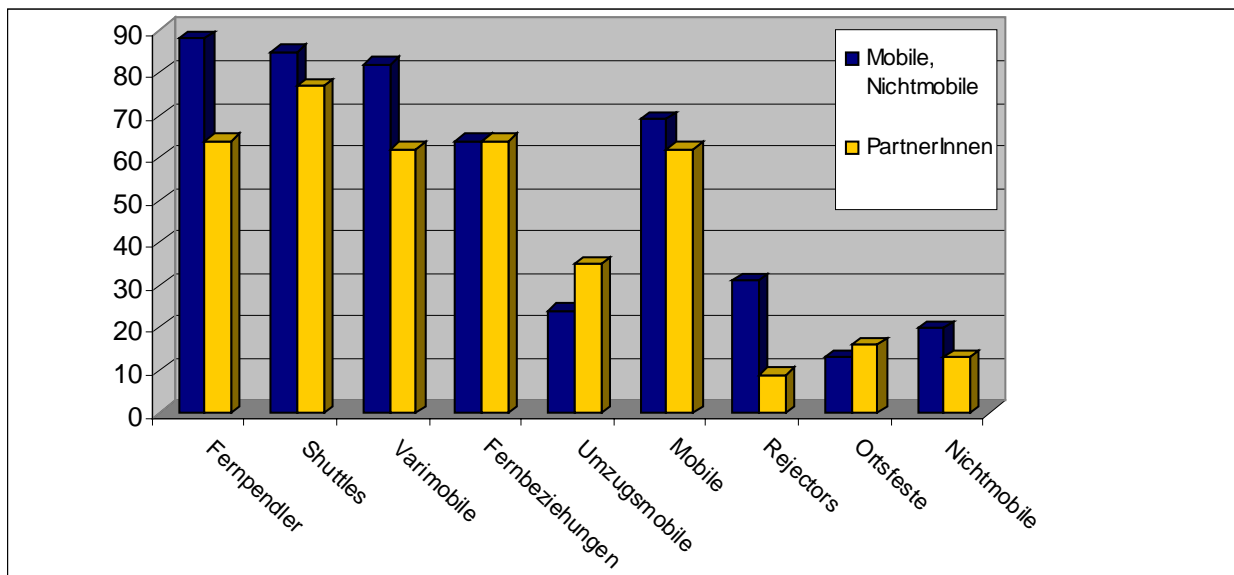
Umzugsmobilität wird von unseren Befragten mehrheitlich als einmaliges Ereignis geplant und in aller Regel bewusst mit familienbiographischen Übergängen abgestimmt. D.h. ein Umzug erfolgt bevorzugt dann, wenn ein Kind geboren wurde oder wenn der Umzug mit Ereignissen wie z.B. Einschulung oder Übertritt in die Sekundarstufe verbunden werden kann.

Gesamtbelastung der mobilen Lebensform

Wie belastend wird die eigene mobile Lebensform alles in allem empfunden? Im Rahmen der vollstandardisierten Interviews konnten sich die Befragten bei dieser Frage als sehr belastet, belastet, wenig belastet oder gar nicht belastet einstufen. Ihre Aussagen weisen darauf hin, dass sich Fernpendler, Shuttles und Varimobile durch ihre eigene mobile Lebensform im Vergleich zu allen anderen Befragten am häufigsten als (sehr) belastet fühlen. Im Mittelfeld rangieren die Erwerbstätigen, die aus beruflichen Gründen keinen gemeinsamen Haushalt mit ihrem Partner teilen (Fernbeziehungen). Das geringste Belastungsausmaß zeigt sich bei Umzugsmobilen – der Anteil derer, die sich (sehr) belastet fühlt, unterscheidet sich nicht signifikant vom Belastungsausmaß der nichtmobilen Befragten. Die Unterschiede im Belastungserleben der beiden Gruppe von Nichtmobilen dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Gruppe derer, die sich bewusst gegen Mobilität entschieden haben, häufig berufliche Abstriche in Kauf genommen haben, um vor Ort leben und arbeiten zu können.

Neben den berufstätigen mobilen und nichtmobilen Befragten in den verschiedenen Lebensformen wurden auch deren Partner zu der wahrgenommenen Gesamtbelastung gefragt. Dabei zeigt sich sehr eindrücklich, dass sich Mobilität auf das Belastungserleben beider Partner auswirkt. Zudem werden folgende statistisch bedeutsamen Unterschiede zwischen den Einschätzungen der Partner erkennbar: Bei Fernpendlern, Varimobilen und Rejectors ist das Belastungserleben der Partner deutlich geringer als bei den mobilen Befragten bzw. den Rejectors. Im Gegensatz dazu ist bei den Umzugsmobilen das Belastungserleben der Partner etwas höher, so dass diese sich im mittleren Bereich bewegen.

Abb. 13 Die eigene mobile bzw. nichtmobile Lebensform wird als belastend oder sehr belastend wahrgenommen (Anteil in %).



Neben den Aussagen zur Gesamtbelastung wurden die Teilnehmenden auch dazu befragt, welche konkreten Vor- und Nachteile sie in ihrer Lebensform sehen. Chronischer Zeitmangel, Verlust sozialer Beziehungen, die Entfremdung vom Partner bzw. der Familie, negative Auswirkungen von Mobilität auf das Wohlbefinden sowie finanzielle Belastungen verbinden mit Ausnahme der Umzugsmobilen alle Mobile häufiger mit ihrer Lebensform als Nichtmobile. Doch verbinden sich mit einzelnen mobilen Lebensformen charakteristische Belastungen, die besonders häufig genannt werden. So ist chronischer Zeitmangel beispielsweise eine Belastung, die insbesondere bei Fernpendlern und Shuttles auftritt. Verlust sozialer Beziehungen wird dagegen besonders häufig von Varimobilen dargestellt – ihre immer wiederkehrende, unregelmäßige Abwesenheit erschwert die Pflege bestehender sozialer Beziehungen, die über Partnerschaft bzw. Familie hinausreichen und verhindert die regelmäßige Teilnahme an Freizeit- oder Bildungsangeboten vor Ort. Die Entfremdung vom Partner bzw. der Familie wird besonders häufig von Shuttles und Varimobilen berichtet – beides Gruppen, die nur an den arbeitsfreien Tagen Zeit gemeinsam mit ihren Partnern verbringen können. Die Befragten in Fernbeziehungen haben in den meisten Fällen noch nie zusammen mit ihrem Partner in einem Haushalt gelebt und aus beruflichen Gründen konnte bisher noch kein gemeinsamer Haushalt gegründet werden. In dieser Konstellation schildern die Befragten besonders häufig, dass sich ihre Lebensform negativ auf ihr psychisches Wohlbefinden auswirkt – sie berichten beispielsweise häufiger von Einsamkeit. Die finanziellen Belastungen durch die Mobilität stehen dagegen bei den Shuttles besonders ausgeprägt im Vordergrund.

Auch bei den Vorzügen, die von mobilen Befragten dargestellt werden, zeigen sich charakteristische Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensformen: Shuttles und Berufstätige in Fernbeziehungen nennen als Vorteil ihrer Mobilität besonders häufig die persönliche Autonomie – ein großer Teil dieser Befragten weiß die Freiräume, die durch die phasenweise Trennung vom Partner und/oder von der Familie entstehen, zu schätzen. Mobilität kann den

eigenen Horizont erweitern und dadurch die Persönlichkeitsentwicklung vorantreiben. Dies ist ein Vorteil, der von vielen Mobilen genannt wird, besonders häufig jedoch von Umzugsmobilen und Varimobilen. Zudem verbinden in diesen beiden mobilen Lebensformen besonders viele Befragte ihre Mobilität mit beruflichen Vorteilen wie z.B., dass sie an einen besonders attraktiven Arbeitsplatz tätig sein können. Bemerkenswert ist, dass insbesondere Shuttles auch von positiven Auswirkungen ihrer Lebensform auf die partnerschaftliche Beziehungsqualität berichten – die gemeinsame Zeit mit ihrem Partner wird von ihnen intensiver und harmonischer empfunden.

Bedeutung beruflicher Mobilität für Partnerschaft und Familienentwicklung

Berufliche Mobilität kann einerseits die berufliche Etablierung vorantreiben und damit dazu beitragen, dass eine für viele junge Erwachsene wichtige Voraussetzung für die Familiengründung oder die Entscheidung für ein weiteres Kind geschaffen wird. Andererseits kann Mobilität auch ein Grund dafür sein, dass der Übergang zur Elternschaft verschoben wird. Dies kann beispielsweise dann der Fall sein, wenn Mobilität im Kontext unsicherer beruflicher Perspektiven eines oder beider Partner auftritt. Aus Sicht der Befragten unserer Studie erweist sich berufliche Mobilität häufig als Hemmschuh für die Familienentwicklung, wobei sich deutliche geschlechtsgebundene Unterschiede zeigen: Etwas weniger als die Hälfte der befragten mobilen Männer kommt zu dem Ergebnis, dass die eigene Mobilität dazu führt, einen vorhandenen Kinderwunsch aufzuschieben oder dazu, dass der Wunsch nach einem (weiteren) Kind unerfüllt bleibt. Bei den mobilen Frauen beschreiben mehr als zwei Drittel diese Auswirkungen. Die Vergleiche mit den nichtmobilen Befragten zeigen, dass die Familiengründung bei den Berufsmobilen deutlich später erfolgt und ein höherer Anteil dauerhaft kinderlos bleibt. Berufliche Mobilität steht berufstätigen Frauen weitaus häufiger bei der Umsetzung ihres Kinderwunsches im Weg als Männern.

Daneben werden auch deutliche Auswirkungen beruflicher Mobilität auf die partnerschaftliche Arbeitsteilung aller Mobilen mit Ausnahme der Befragten in Fernbeziehungen erkennbar. Berufliche Mobilität von Männern geht mit einer Traditionalisierung der Arbeitsteilung einher: Kinderbetreuung, Hausarbeit, Organisation des Familienalltags übernehmen in aller Regel die Partnerinnen. Keine der berufsmobilen Frauen unserer Studie konnte auf ein entsprechendes entlastendes Arrangement zurückgreifen. Ihre Aufgabenteilung lässt sich überwiegend als egalitär bezeichnen – beide Partner tragen die Verantwortung für die Familienarbeit.

Resümee & Ausblick

In der vorgestellten Studie wurden verschiedene Typen mobiler Lebensformen untersucht. In der Realität dürfte es allerdings größere Vielfalt der Lebensgestaltung unter dem Vorzeichen von Mobilitätsanforderungen geben. Doch bereits der untersuchte Ausschnitt weist darauf hin, dass der Anteil der Berufstätigen, deren partnerschaftliche Lebensform von Mobilität geprägt wird, erheblich ist. Aufgrund einer wachsenden Anzahl doppelerwerbstätiger Paare, befristeter Arbeitsverhältnisse, dem steigenden Druck auf Arbeitssuchende und, was den europäischen Arbeitsmarkt betrifft, wachsender Anreize mobil zu werden, gehen wir davon aus, dass der Anteil Berufsmobiler tendenziell steigen wird. Gegenläufige Entwicklungen wie z.B.

eine Zunahme von Heimarbeitsplätzen oder die Nutzung virtueller Kommunikationsmittel dürften nur in bestimmten Arbeitsbereichen an die Stelle räumlicher Mobilität treten. Berufliche Mobilität, die im Alltag ein erhebliches Maß an Zeit bindet und über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten wird, verändert das Familienleben. Die Auswirkungen der Mobilität variieren erheblich zwischen den verschiedenen Lebensformen. Umzugsmobile gehören mehrheitlich zu den Mobilitätsgewinnern – spezifische Belastungen treten punktuell im Vorfeld des Umzugs und bis etwa dem zweiten Jahr danach auf. Bei allen anderen Mobilen – insbesondere Fernpendlern, Shuttles und Varimobilen – verbinden sich mit der eigenen Lebensform deutlich mehr Belastungen als bei Nichtmobilen. Insbesondere bei berufstätigen Frauen wird Mobilität zum Hemmschuh für die Familienentwicklung. Trägt berufliche Mobilität vor dem skizzierten Hintergrund zur Entstehung gesellschaftlicher Probleme wie z.B. den niedrigen Geburtenraten in Deutschland und anderen europäischen Ländern bei? Diese Schlussfolgerung würde zu kurz greifen. Mobilität ist für Paare in hochentwickelten Gesellschaften eine wichtige Option bei der Vereinbarung von Beruf und Familie. Dies gilt ganz besonders dann, wenn beide Partner berufstätig sind und der Arbeitsmarkt umkämpft ist. Die Auswirkungen der Mobilität werden entscheidend von den äußeren Rahmenbedingungen beeinflusst sowie von den individuellen und familialen Fähigkeiten, die mobile Lebenssituation zu gestalten. An diesen Punkten gilt es anzusetzen, um nicht intendierten negativen Auswirkungen beruflicher Mobilität entgegen zu wirken. Was die familienfreundliche Gestaltung der äußeren Rahmenbedingungen betrifft, sind insbesondere die Arbeitgeber gefragt. Ihnen steht ein Bündel von Maßnahmen zur Verfügung, die für mittelständische und große Unternehmen vergleichsweise einfach realisierbar sind und aus Sicht unserer Befragten eine erhebliche Entlastung mit sich bringen würden. So profitieren Fernpendler und Shuttles von einer höheren Flexibilität und Autonomie bei der Gestaltung der Arbeitszeiten und den Möglichkeiten von Heimarbeit. Die Entscheidung für einen Umzug wird dann erheblich einfacher, wenn Arbeitgeber bei der Wohnungssuche Hilfestellung leisten oder die Arbeitssuche eines mitziehenden Partners unterstützen. Daneben ist die Politik auf nationaler und europäischer Ebene gefordert, eine differenzierte Sichtweise zu entwickeln: Anders als es in der Öffentlichkeit häufig dargestellt wird, eröffnet Mobilität nicht in jeder Lebenssituation und Lebensphase Chancen. Es kann daher beispielsweise nicht jedem Arbeitssuchenden in gleicher Weise Mobilität abverlangt werden. Im Hinblick auf die individuellen und familialen Bewältigungsstrategien, können Beratungs- oder Informationsangebote in der Phase der Entscheidung für oder gegen Mobilität und bei der konkreten Ausgestaltung der Lebensform, die Selbstbestimmung stärken. Diese Maßnahmen können dazu beitragen, dass Mobilität für die Betroffenen ein Mittel zum Zweck der Erfüllung eigener Lebensziele bleibt anstatt zu einem Unterfangen zu werden, das wesentliche biographische Ziele durchkreuzt.

Globalisierung und die Entwicklung von Erwerbs- und Familienverläufen im internationalen Vergleich

Kann Deutschland von anderen Ländern lernen? (Dirk Hofäcker)

1. Familie und Globalisierung: Einführung in die Thematik

„The world is flat – Die Welt ist flach“: Mit dieser These gelang dem mehrfach mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten „New York Times“-Kolumnisten und Globalisierungsanalytiker Thomas L. Friedman auf dem populärwissenschaftlichen Buchmarkt vor wenigen Jahren ein durchschlagender Erfolg (vgl. Friedman 2005 bzw. 2006). „Flach“ ist die Welt des beginnenden 21. Jahrhunderts laut Friedman insofern, als dass sich die Voraussetzungen zwischen verschiedenen Marktteilnehmern infolge der zunehmenden Verbreitung globaler Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend aneinander angleichen. Erfasste die Globalisierung früher vor allem kollektive Akteure wie Staaten oder multinationale Konzerne, so weitet sich ihr Einfluss nun zunehmend auch auf individuelle Arbeitnehmer.⁷ Viele Kommentatoren aus Politik und Wissenschaft befürchten angesichts dieser zunehmenden Konkurrenz inländischer Arbeitnehmer mit Arbeitskräften aus sogenannten ‚Billiglohnländern‘ eine allgemeine wohlfahrtsstaatliche „Abwärtsspirale“ („race-to-the-bottom“). Im Kampf um den attraktivsten ‚Produktionsstandort‘ träten Wohlfahrtsstaaten demzufolge in einen Systemwettbewerb ein, der sich in einer wechselseitigen Unterbietung bei staatlicher Steuern und Abgaben äußert und letztlich einen massiven Abbau wohlfahrtsstaatlichen Leistungen nach sich ziehen muss.

Während die Bewertung dieser Entwicklung in Wissenschaft und Öffentlichkeit uneinheitlich ist⁸, erscheinen deren kurzfristige Konsequenzen für Individuen und ihre Familien zunächst als überwiegend negativ. Familiäre Werte wie etwa Kontinuität, Verbindlichkeit, Verlässlichkeit, Emotionalität und Nähe verlieren im Zuge der im Globalisierungsprozess zunehmenden Unsicherheiten immer mehr an Bedeutung. Durch steigende Unsicherheit wird es sowohl auf individueller (etwa in Form generationenübergreifender Solidarität oder partnerschaftlicher Unterstützung) aber auch auf staatlicher Ebene (etwa in Form eines beitragsorientierten Sozialversicherungssystems) schwieriger, Vertrauensbeziehungen zu begründen, die auf einem langfristig orientierten Leistungsaustausch basieren. Die im Globalisierungsprozess steigenden beruflichen, zeitlichen und geographischen Flexibilitätsanforderungen an Arbeitnehmer stellen zudem eine zunehmende Belastung für Ehepartner und ihre Familien dar. So zeigen etwa Forschungen des Mainzer Familiensoziologen Norbert Schneider, dass wiederkehrende Mobilitätsanforderungen sich negativ auf individuelles Wohlbefinden, Gesundheit, persönliche Lebensführung und Familienentwicklung auswirken (Schneider 2005, Schneider, Hart-

⁷ Symptomatisch für einen derartigen verschärften Wettbewerb zwischen Arbeitskräften sind Friedman zufolge etwa indische Buchhalter, die dank des Internets amerikanische Steuererklärungen zu günstigeren Preisen ausfüllen (vgl. Das Magazin 2006:14).

⁸ So sehen etwa Befürworter einer liberalen Wirtschaftsordnung im Abbau staatlicher Leistungen die „Zähmung“ eines zuvor über Gebühr aufgeblähten staatlichen „Leviathans“ (Sinn 1992). Andere hingegen warnen vor der Entfesselung eines allzu ungezügelt Kapitalismus.

mann und Limmer 2001). Als Konsequenz dieser Entwicklungen nimmt somit die Sicherungsfunktion von Familie, Verwandtschaft, Betrieb und Wohlfahrtsstaat im Globalisierungsprozess immer stärker ab. Im Zuge staatlicher Ausgabenkürzungen erscheint darüber hinaus der verfassungsgemäße Schutzauftrag des Staates für die Familie (Art. 6 GG) zunehmend als gefährdet (vgl. AGF 2006, Globalife 2006).

Wie Ergebnisse international vergleichender Forschung zeigen, führt der Globalisierungsprozess jedoch in unterschiedlichen Staaten keineswegs zu identischen Ergebnissen, sondern wird je nach Länderkontext in unterschiedlicher Weise „verarbeitet“.⁹ Durch die ländertypische Gestaltung wohlfahrtsstaatlicher und arbeitsmarktpolitischer Institutionen und Maßnahmen gelingt es nationalen Regierungen in unterschiedlichem Maße, Arbeitnehmer vor den Einflüssen des Globalisierungsprozesses zu schützen (vgl. z.B. Mayer 2001, Blossfeld 2003, Blossfeld u.a. 2005, Blossfeld, Buchholz und Hofäcker 2006, Blossfeld und Hofmeister 2006, Blossfeld, Mills und Bernardi 2006). Entsprechend ist davon auszugehen, dass auch die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf Familien international unterschiedlich ausfallen.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es auf diesem Hintergrund, aus international vergleichender Perspektive einen kompakten Überblick über die Entwicklung von Lebens- und Erwerbsverläufen im Globalisierungsprozess zu geben und zu verdeutlichen, wie sich diese in national unterschiedlicher Weise auf die Institution Familie ausgewirkt hat bzw. gegenwärtig auswirkt. Er schließt damit an die weiteren Beiträge in diesem Tagungsband an, in denen der Begriff der Globalisierung eingeführt und in seinen Konsequenzen für Erwerbs- und Familienverläufe in Deutschland analysiert wurde (vgl. Buchholz, Limmer und Rupp; alle in diesem Band) und ergänzt diese um eine international vergleichende Perspektive. In einem ersten Abschnitt sollen zunächst die nationalen Rahmenbedingungen beschrieben werden, auf die der Globalisierungsprozess in verschiedenen Staaten trifft und durch die er länderspezifisch „gefiltert“ wird (Abschnitt 2). Unterschieden wird dabei zwischen:

- länderspezifischen Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarktes (Abschnitt 2.1),
- wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen, unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Familienpolitik (2.2.), sowie
- länderspezifischen Normen und Einstellungen, die gewissermaßen den „kulturellen Kontext“ für die „strukturelle“ Ausgestaltung staatlicher Maßnahmen bilden (2.3).

An die Darstellung nationaler Rahmenbedingungen schließt sich in Abschnitt 3 eine kompakte Beschreibung des Verlaufs und der Veränderungen individueller Lebensverläufe im Globalisierungsprozess an. Dabei soll insbesondere kritisch untersucht werden, inwiefern national unterschiedliche Politikansätze in der Lage sind, die durch Globalisierung zunehmenden zeitlichen und ökonomischen Unsicherheiten für Familien und ihre Mitglieder zu reduzieren. Das „deutsche Modell“ soll dabei in seiner Ausgestaltung und Wirkung mit alternativen Politikansätzen anderer Länder verglichen werden. Ein solcher Vergleich ermöglicht es, den deutschen

⁹ So betonte der amerikanische Ökonom Jagdish Bhagwati in einem kürzlich der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gegebenen Interview in Reaktion auf die eingangs genannten Friedman'schen Thesen, dass Globalisierung die Welt keinesfalls einseitig flach mache: „Sie ebnet nicht alle Unterschiede ein. Auch die Kultur und die Politik spielen eine Rolle“ (FAZ 2006).

Politikansatz auf dem Hintergrund möglicher Alternativmodelle kritisch zu reflektieren und mögliche Konsequenzen für notwendige Politikreformen abzuleiten. Ein abschließendes Fazit fasst schließlich die Ergebnisse der vorangegangenen Analysen zusammen und skizziert Konsequenzen im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des Modells Familie im Globalisierungsprozess.

Im vorliegenden Rahmen kann ein inhaltlich derartig umfassender internationaler Überblick aus Platz- und Übersichtlichkeitsgründen verständlicherweise nur ansatzweise erfolgen. Aus diesem Grund verzichte ich im folgenden auf eine vollständige Darstellung von Rahmenbedingungen und Lebenslaufmustern in einer möglichst großen Vielzahl von Ländern (etwa der gesamten Europäischen Union). Stattdessen beschränke ich mich auf eine exemplarische Darstellung einzelner „Wohlfahrtsstaatsmodelle“ (Esping-Andersen 1990, Ferrara 1996), die als typische Beispielfälle für unterschiedliche Modelle westlicher Wohlfahrtsstaaten angesehen werden können¹⁰. Als Vergleichspunkte zum deutschen Modell dienen dabei:

- Schweden als Vertreter der durch umfangreiches staatliches Engagement geprägten und an aktiver Arbeitsmarktpolitik und der Vollbeschäftigung beider Geschlechter orientierten skandinavischen Wohlfahrtsstaaten;
- Die Vereinigten Staaten bzw. Großbritannien als Vertreter der wirtschaftsliberalen angelsächsischen Wohlfahrtsstaaten, die dem Markt die zentrale Rolle in der Gewährleistung individueller Wohlfahrt zuschreiben und damit einen grundsätzlichen Gegenpol zum skandinavischen Modell darstellen.
- Italien als Vertreter der familienorientierten südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, in denen der Staat sich in nur geringem Maße wohlfahrtspolitisch engagiert und die Sicherung der individuellen Wohlfahrt meist der Familie überlassen bleibt.¹¹

2. „Nationale Filter“: Politikansätze im internationalen Vergleich

Welches sind die relevanten nationalen Institutionen, die den Globalisierungsprozess in spezifischer Weise verarbeiten? Im Folgenden soll zwischen drei verschiedenen „Institutionenpaketen“ unterschieden werden:

1. Geht man davon aus, dass Globalisierung eine zunehmende Flexibilisierung von Beschäftigungsformen mit sich bringt und die Einführung „atypischer Arbeitsformen“ befördert (z.B. Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Scheinselbständigkeit; vgl. Buchholz in diesem Band), so erscheinen zunächst nationale Formen der Regulierung von Arbeitsmärkten und Beschäftigungsverhältnissen als wichtig für die länderspezifische Verarbeitung des

¹⁰ Aufgrund der unzureichenden Verfügbarkeit adäquater Daten muss sich die Darstellung auf diese Länder konzentrieren und kann nicht z.B. Schwellen- oder Entwicklungsländer in die Betrachtung mit einbeziehen.

¹¹ Auf alternative politische Ansätze anderer Länder bzw. Mischmodelle zwischen diesen Ländertypen wird ggf. im Text an geeigneter Stelle ergänzend eingegangen. Für darüber hinaus gehende Länderinformationen sei der interessierte Leser auf die einschlägige sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur (z.B. Mayer 2001, Blossfeld 2003, Blossfeld u.a. 2005, Blossfeld, Buchholz und Hofäcker 2006, Blossfeld und Hofmeister 2006, Blossfeld, Mills und Bernardi 2006) sowie auf die statistischen Portale nationaler bzw. internationaler statistischer Organisationen verwiesen (z.B. Clearinghouse 2006, Eurostat 2006, Europäische Beobachtungsstelle zur Demographie und sozialen Situation (SSO) 2006, OECD 2006).

Globalisierungsprozesses. So können Länder etwa durch die Stärkung des Kündigungsschutzes für „Arbeitsplatzinhaber“ oder durch aktive Wiedereingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose durch Globalisierung bedingte Arbeitsmarktunsicherheiten verringern.

2. Darüber hinaus kann nationalen Wohlfahrtsstaaten eine zentrale Rolle für die Verarbeitung des Globalisierungsprozesses zugeschrieben werden. Unter den Bedingungen einer immer stärker abnehmenden Vorhersagbarkeit wirtschaftlicher Prozesse kann nicht davon ausgegangen werden, dass allein arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Reduzierung von zeitlichen und materiellen Unsicherheiten im Globalisierungsprozess ausreichen. Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen müssen zusätzlich in der Lage sein, die Individuen und ihre Familien vor den Folgen einer möglicherweise längerfristigen Erwerbslosigkeit (etwa Armut) zu schützen. Allgemeine wohlfahrtsstaatliche Unterstützungsleistungen sind hier ebenso wichtig wie spezifische, an den konkreten Bedürfnissen von Familien orientierte familienpolitische Programme.
3. Sowohl arbeitsmarktpolitische als auch wohlfahrts- und familienpolitische Maßnahmen sind ihrerseits eingebunden in gesellschaftliche Werte und Normen, wie etwa Gerechtigkeitsvorstellungen oder Familienleitbilder. Diese bilden den „kulturellen Rahmen“ für die Ausgestaltung der ländertypischen Institutionen und legitimieren sie, begrenzen aber gleichzeitig auch deren Reformfähigkeit. Um die mögliche Vorbildfunktion anderer Ländermodelle für den deutschen Fall einschätzen zu können, reicht es somit nicht aus, nur die „strukturelle Dimension“ der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Institutionen zu vergleichen, sondern es müssen auch die den Institutionen zugrunde liegenden kulturellen Werte und Normen betrachtet und auf ihre Übertragbarkeit für den deutschen Kontext überprüft werden.

Im Folgenden soll für die vier ausgewählten Länderbeispiele ein kurzer Überblick über allgemeine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Muster sowie über die ihnen zugrunde liegenden Werte und Einstellungsmuster gegeben werden. Als Datenbasis wird dabei auf Arbeitsmarkt- und Sozialdaten internationaler statistischer Organisationen (OECD, Eurostat) bzw. Ergebnisse international durchgeführter Bevölkerungsbefragungen (ISSP¹²) zurückgegriffen.

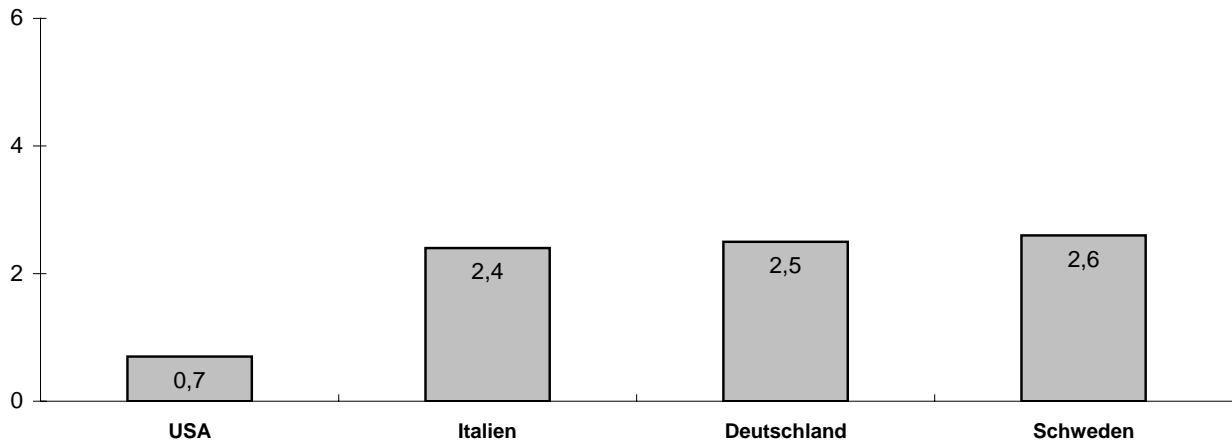
2.1 Nationale Arbeitsmärkte und Beschäftigungssysteme

Wie im einführenden Globalisierungsbeitrag dargestellt (vgl. Rupp, in diesem Band) streben Unternehmen im Globalisierungsprozess eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeitnehmer an, um sich an wandelnde Weltmarktbedingungen rasch anpassen zu können. Einen effizienten Schutz gegen derartige Flexibilisierungsmaßnahmen können staatliche Kündigungsschutzregelungen bieten, indem sie die Möglichkeiten einer Entlassung von Arbeitnehmern rechtlich begrenzen. Abbildung 14 gibt für die vier ausgewählten Beispielländer einen Überblick über den „Employment Protection Legislation Index“ der OECD. Dieser Index stellt ein zusammengefasstes Maß über den Umfang des gesetzlichen Kündigungsschutzes dar, das sowohl Regelungen für individuelle Kündigungen, für Massenentlassungen als auch die gesetzlichen Möglichkeiten zur befristeten Beschäftigung von Arbeit-

¹² International Social Survey Programme, nähere Informationen unter www.issp.org bzw. http://www.gesis.org/en/data_service/issp/index.htm.

nehmern berücksichtigt. Ein Indexwert von „0“ entspricht dabei einem weitgehenden Fehlen von Kündigungsschutzregelungen, der theoretische Maximalwert von „6“ einem maximalen, nahezu lückenlosen Kündigungsschutz.¹³

Abb. 14 Umfang des gesetzlichen Kündigungsschutzes und Langzeitarbeitslosigkeit im Ländervergleich, 2003



Quelle: OECD 2006.

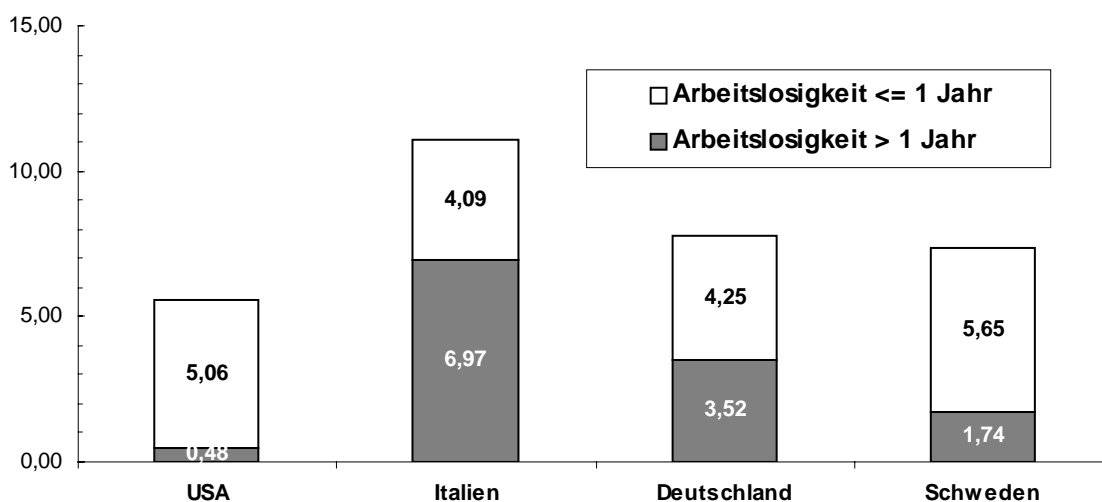
Wie aus Abbildung 14 ersichtlich, ist der Kündigungsschutz in den Vereinigten Staaten vergleichsweise niedrig. Der rechtliche Schutz gegen eine individuelle Kündigung und die Regulierungen von befristeten Arbeitsverträgen sind hier ausgesprochen gering ausgeprägt (vgl. OECD 2004: S.2). In den USA sind Arbeitgeber somit in Zeiten wirtschaftlicher Fluktuation eher in der Lage, ihre Belegschaftsstärke flexibel durch Kündigungen bzw. Neueinstellungen an geänderte Marktbedingungen anzupassen. Individuelle Beschäftigungsverhältnisse sind dementsprechend oftmals unsicher, und amerikanische Arbeitnehmer sehen sich häufig dem Risiko von Kündigungen und Arbeitsplatzverlusten gegenüber. Deutschland, Italien und Schweden weisen hingegen zu Beginn des 21. Jahrhunderts einen mittleren bis hohen Kündigungsschutz auf, der die Möglichkeit betrieblicher Freisetzungen beschränkt (etwa durch den Einbezug von Betriebsräten als ‚dritte Partei‘); gleichzeitig gelten umfassendere Einschränkungen für befristete Beschäftigungsverhältnisse. Im Arbeitsmarkt etablierte Erwerbstätige genießen somit in Deutschland, Italien und Schweden auch im Globalisierungsprozess eine vergleichsweise hohe Arbeitsplatzsicherheit.

Im Kontext raschen ökonomischen, strukturellen und technologischen Wandels lässt sich individuelle Arbeitsmarktsicherheit jedoch nicht nur auf den Kündigungsschutz der berufstätigen Bevölkerung reduzieren. Sie umfasst ebenso die Verfügbarkeit von Wiedereinstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt im Anschluss an unfreiwillige (etwa durch Betriebsschließungen) oder freiwillige Phasen von Nichterwerbstätigkeit (etwa aufgrund familienbedingter Erwerbsunterbrechungen). Umfangreiche Kündigungsschutzregelungen können sich hier unter

¹³ Dieser theoretische Maximalwert wird jedoch von kaum einem westlichen Industrieland auch nur annähernd erreicht. Innerhalb der von der OECD untersuchten Länder weisen die Türkei und Portugal mit EPL-Werten von etwa 3,5 den umfassendsten Kündigungsschutz auf (vgl. OECD 2004).

Umständen sogar nachteilig auf Nichterwerbstätige auswirken, indem sie die Bereitschaft von Arbeitnehmern zur Neueinstellung von Arbeitskräften reduzieren, da umfangreich geschützte Arbeitnehmer in Zeiten raschen ökonomischen Wandels ggf. eine ungewollte langfristige Festlegung darstellen. Es käme dann zum Entstehen eines sogenannten „Insider-Outsider-Arbeitsmarktes“ (Lindbeck und Snower 1988, Hardses 1989), in dem ein umfassender Beschäftigungsschutz erwerbstätigen „Insidern“ zwar einerseits eine vergleichsweise sichere Beschäftigung garantiert, nicht-erwerbstätigen „Outsidern“ jedoch den erfolgreichen (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert. Die Folge wäre eine Verfestigung von erhöhter (Dauer-) Arbeitslosigkeit und deren Konzentration auf spezifische „Randgruppen des Arbeitsmarktes“. Abbildung 15 überprüft diese These, indem sie den Gesamtumfang an Arbeitslosigkeit sowie deren durchschnittliche Dauer, aufteilt in „Langzeitarbeitslosigkeit“ sowie „Arbeitslosigkeit von weniger als einem Jahr“, für den Zeitraum 1990-2000 wiedergibt.

Abb. 15 Durchschnittliche Höhe und Dauer von Arbeitslosigkeit, 1990-2000



Quelle: OECD 2006.

Die Abbildung verdeutlicht für Deutschland und Italien die Kehrseite des hohen staatlichen Beschäftigungsschutzes: Beide Länder weisen mit neun bzw. elf Prozent eine relativ hohe Arbeitslosenquote auf; zudem entfällt hier etwa die Hälfte (Deutschland: 45,3%) bis zwei Drittel (Italien 63,0%) der Gesamtarbeitslosigkeit auf strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit. International vergleichende Ergebnisse des Mannheimer Soziologen Markus Gangl belegen zudem, dass sich in Deutschland Jobverlust und Arbeitslosigkeit auch langfristig negativ auf den weiteren Verlauf von Erwerbskarrieren auswirken (vgl. Gangl 2005), so dass das deutsche System der Arbeitsmarktregulierung die Herausbildung einer dauerhaft benachteiligten Randgruppe des Arbeitsmarktes befördert. Demgegenüber wird in den Vereinigten Staaten der geringe Kündigungsschutz für Arbeitnehmer offenbar durch günstige Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Arbeitslose zumindest teilweise ausgeglichen: Mit 5,5 Prozent liegt die Arbeitslosenquote hier deutlich unterhalb derer der europäischen Beispielländer, und nur etwa ein Zehntel aller amerikanischen Arbeitslosen ist von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Neben der geringen Regulierung des amerikanischen Arbeitsmarktes ist dieses Ergebnis jedoch

auch auf die geringe Höhe und nur begrenzte Bezugsdauer von Sozialleistungen in den USA zurückzuführen. Der Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt stellt somit für amerikanische Arbeitslose häufig keine freie Entscheidung dar, sondern ist aus materiellen Gründen oft nahezu erzwungen. Amerikanische Arbeitslose akzeptieren daher bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt eher eine schlechter bezahlte Beschäftigung, die unter Umständen auch mit beruflichen Abstiegen verbunden sein kann (vgl. Gangl 2004). Schweden weist überraschenderweise trotz eines vergleichbaren Kündigungsschutzes eine günstigere Arbeitsmarktbilanz auf als Deutschland: Die Gesamtarbeitslosigkeit liegt hier mit etwa sieben Prozent zwar nur leicht unterhalb der deutschen; Langzeitarbeitslosigkeit betrifft hier jedoch nur weniger als ein Viertel aller Arbeitslosen. Grundlegend für diese positive Arbeitsmarktbilanz ist die von Schweden und den anderen skandinavischen Ländern betriebene aktive Arbeitsmarktpolitik: Schweden investiert etwa 2,5 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) in aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – etwa doppelt so viel wie Deutschland und weitaus mehr als in den Vereinigten Staaten, in denen weniger als 0,5 Prozent des BIP in aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen fließen (eigene Auswertungen auf Basis von OECD 1998). Schwedische Arbeitslose erhalten von staatlicher Seite einerseits großzügige finanzielle Unterstützungsleistungen. Der Bezug dieser Leistungen ist jedoch an die Teilnahme an staatlichen Weiterbildungs- bzw. Reintegrationsangeboten gebunden, die die Beschäftigungschancen von Arbeitslosen erhöhen sollen. Auch allen anderen Bürgern stehen Weiterbildungsmöglichkeiten unabhängig von Erwerbsstatus, Alter und Geschlecht zur Verfügung (Kvist 2001, OECD 1999). Jüngere Studien belegen die hohe Effizienz der skandinavischen Arbeitsmarktpolitik (Kvist 2001). Für eine mögliche Übertragung auf den deutschen Fall gilt es jedoch zu bedenken, dass sie mit deutlich hohen öffentlichen Kosten verbunden ist, als gegenwärtig in Deutschland für arbeitsmarktpolitische Zwecke investiert werden.

Fazit

Auf der Ebene der Arbeitsmarktpolitik lassen sich somit in den vier untersuchten Beispielländern verschiedene politische Ansätze im Umgang mit globalisierungsbedingtem Wandel erkennen, die zu einem unterschiedlichen Ausmaß von Erwerbsunsicherheiten führen:

- Deutschland und Italien fördern durch umfangreiche Kündigungsschutzregelungen zwar die Beschäftigungssicherheit bereits im Arbeitsmarkt etablierter Personen, unterstützen jedoch Erwerbslose nur bedingt beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt. Einer Gruppe von umfassend geschützten erwerbstätigen Arbeitsmarkt-„Insidern“ in sicheren Beschäftigungsverhältnissen steht somit eine benachteiligte Gruppe von „Outsidern“ gegenüber, denen es nur schwer gelingt, dauerhaften Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlangen.

Die Vereinigten Staaten hingegen vertrauen zur Bewältigung steigenden Globalisierungsdrucks weitgehend auf einen flexiblen, gesetzlich nur minimal regulierten Arbeitsmarkt. Erwerbstätige Arbeitnehmer sind hier zwar einem hohen Risiko von Arbeitsplatzverlusten ausgesetzt, besitzen jedoch gleichzeitig gute Chancen für eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Allerdings kann eine derartige Arbeitsmarktmobilität häufig mit Verschlechterungen in Entlohnung und beruflichem Ansehen einhergehen. Die hohe Unsicherheit einzelner Arbeitsverhältnisse wird in den Vereinigten Staaten somit nur teilweise durch die Erleichterung eines Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ausgeglichen.

- In Schweden hingegen garantieren ein ausgeprägter Kündigungsschutz, die Förderung lebenslangen Lernens sowie umfangreiche öffentliche Unterstützungsmaßnahmen für Erwerbslose einen hohen Grad an Sicherheit im Erwerbsleben. Das umfassende öffentliche Engagement stabilisiert zum einen die Beschäftigungsverhältnisse etablierter Arbeitnehmer, sichert jedoch gleichzeitig auch Erwerbslose materiell ab und fördert ihre baldige Rückkehr in den Arbeitsmarkt.

2.2 Nationale Sozial- und Familienpolitik

Neben arbeitsmarktpolitischen Programmen kommt wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen eine zentrale Rolle bei der Verarbeitung der Folgen des Globalisierungsprozesses zu. Sie sichern Individuen und ihre Familien materiell gegen allgemeine Lebensrisiken (Alter, Krankheit, Invalidität) sowie gegen diejenigen des Arbeitsmarktes ab (Arbeitslosenversicherung, soziale Mindestsicherung) und garantieren damit materielle Sicherheit über die eigene Erwerbstätigkeit hinaus. Ähnlich wie bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zeigen sich auch im Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen große internationale Unterschiede zwischen den vier ausgewählten Beispielländern.

Tabelle 1 verdeutlicht diese zunächst anhand der nationalen Sozialleistungsquoten im Zeitraum von 1990 bis 2000¹⁴. Ergänzt wird dieses Maß des „wohlfahrtsstaatlichen Inputs“ in Tabelle 1 durch die nationalen Armutsquoten als Indikator für die tatsächliche materielle Effizienz wohlfahrtsstaatlichen Handelns auf individueller Ebene.

Tab. 1 Sozialleistungen und Armutsquote im Ländervergleich

	Schweden	Deutschland	Italien	Vereinigte Staaten
Sozialleistungsquote	32,1	25,8	21,5	14,8
Armutsquote	3,7	8,3	14,2	16,7

Quelle: OECD 2006

Von den vier betrachteten Ländern weist Schweden für die 90er Jahre mit einer durchschnittlichen Sozialleistungsquote von 32,1 Prozent das finanziell umfangreichste wohlfahrtsstaatliche Engagement auf, das sich in einer äußerst geringen Armutsquote von nur 3,7 Prozent widerspiegelt. Deutschland und Italien folgen mit Sozialleistungsquoten von 25,8 bzw. 21,5 Prozent. Während jedoch in Deutschland die Armutsquote mit 8,3% noch etwa auf der Höhe des OECD-Durchschnitts liegt (Förster & Mira d'Ercole 2005: 23), fällt sie in Italien etwa doppelt so hoch aus.

Die hohe Armutsquote in Italien lässt sich zum einen darauf zurückführen, dass die Verteilung wohlfahrtsstaatlicher Transfers hier weniger weitgespannt als in Deutschland erfolgt, und sich dadurch deutliche Unterschiede der wohlfahrtsstaatlichen Versorgung zwischen Regionen und Personengruppen ergeben. Wohlfahrtsstaatliche Transfers kommen insbesondere im öffentlichen Sektor beschäftigten Personen sowie Arbeitnehmern in festen

¹⁴ Sozialleistungsquoten entsprechen dem durchschnittlichen Anteil des nationalen Bruttoinlandsproduktes, der jährlich für Sozialleistungen investiert wird.

im öffentlichen Sektor beschäftigten Personen sowie Arbeitnehmern in festen kontinuierlichen Beschäftigungsverhältnissen zugute. Dem hingegen erhalten junge Arbeitsmarkteinsteiger ohne vorherige berufliche Erfahrung kaum bzw. nur äußerst geringe staatliche Unterstützung (vgl. Ferrera 1996). Darüber hinaus erweisen sich die staatlichen Sozialleistungen in Italien auch über die Generationen hinweg als ungleich verteilt: über zwei Drittel der gesamten Sozialleistungen entfallen hier auf Leistungen für ältere Menschen (Rente, Witwenrente, Erwerbsunfähigkeit), während arbeitsmarkt- und familienpolitische Ausgaben nur einen geringen Bruchteil ausmachen (eigene Berechnungen auf Basis von OECD 2006). Die Vereinigten Staaten weisen schließlich mit einer Sozialleistungsquote von 14,8% ein im internationalen Vergleich ausgesprochen geringes wohlfahrtsstaatliches Engagement auf, die Armutsquote (16,7%) gehört entsprechend zu den höchsten aller modernen Industriestaaten (Förster & Mira d'Ercole 2005: 21ff.).

Sozialleistungsquoten stellen einen ersten empirischen Anhaltspunkt für die materielle Unterstützung von Familien in verschiedenen Wohlfahrtsstaaten dar. Als zusammengefasste Werte sämtlichen wohlfahrtsstaatlichen Engagements sagen sie jedoch wenig über die konkrete Verwendung staatlicher Mittel aus, sowohl im Hinblick auf konkrete Aufgabenfelder als auch bezüglich der Form wohlfahrtsstaatlichen Handelns (direkte Geldtransfers vs. Bereitstellung von Dienstleistungen). Für die materielle Sicherheit von Familien sind insbesondere explizit familienpolitische Maßnahmen von Bedeutung. Familienpolitik kann Familien auf zwei unterschiedliche Weisen unterstützen: Sie kann zum einen Familien direkt finanziell absichern, indem sie ihnen umfangreiche Geldtransfers als Ausgleich für kinderbezogene Kosten oder aber auch die notwendige Erwerbsaufgabe eines Ehepartners zur Verfügung stellt. Zum anderen kann sie aber auch Familien indirekt fördern, indem sie beiden Elternteilen durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine eigene Erwerbstätigkeit während der Kinderphase ermöglicht, und damit das Haushaltseinkommen auf eine breitere Basis gestellt wird. Tabelle 2 greift diese Unterscheidung auf und gibt einen Überblick über den Umfang staatlicher Aufwendungen für familienpolitische Zwecke (als prozentualer Anteil des BIP) sowie dessen Aufteilung in direkte Geldtransfers und staatliche Dienstleistungen. Als illustratives Beispiel für Vereinbarkeitspolitiken werden zudem die altersspezifischen Betreuungsquoten für Vorschulkinder in öffentlichen und privaten Betreuungseinrichtungen ausgewiesen. Diesem familienpolitischen ‚Input‘ werden als ‚Output‘ die Kinderarmutsquote sowie die durch die familienpolitischen Maßnahmen unterstützten Erwerbsmuster von Männern/Frauen mit und ohne Kinder gegenübergestellt.

Die internationalen Unterschiede in der Familienpolitik erweisen sich dabei als noch ausgeprägter als die allgemeinen wohlfahrtsstaatlichen Differenzen. Eine Sonderstellung nimmt dabei wiederum Schweden ein. Hier werden mehr als vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes in familienpolitische Maßnahmen investiert; ein Wert der die Ausgaben der anderen Beispieländer um mehr als das Doppelte übersteigt. Auffällig ist auch die auf hohem Niveau ungefähr gleichmäßige Aufteilung staatlicher Ausgaben für monetäre Transfers und staatliche Dienstleistungen: Durch umfangreiche Kindergeldleistungen bzw. hohe Lohnersatzraten für in Elternzeit befindliche Ehepartner garantiert die schwedische Politik Familien einerseits während der Kleinkindphase ein gutes finanzielles Auskommen. Gleichzeitig wird es Eltern durch umfassende und zeitlich flexible Kinderbetreuungseinrichtungen erleichtert, bereits

nach dem ersten Lebensjahr des Kindes wieder in das Erwerbsleben zurückzukehren. Die schwedische Familienpolitik fördert somit explizit ein „Zweiverdienermodell“, in dem beide Ehepartner zum gemeinsamen Haushaltseinkommen beitragen. Die geringe Kinderarmutsquote von 2,5% bestätigt dabei die soziale Effizienz dieses politischen Ansatzes. Einige Sozialwissenschaftler kritisieren allerdings die implizite normative Prägung des schwedischen Politikansatzes. Hohe individuelle Steuerquoten erfordern hier die Erwerbstätigkeit beider Ehepartner und lassen Familien mit Kindern somit nur bedingt die ‚freie Wahl‘ zwischen einer längeren ‚Familienpause‘ eines Ehepartners und einer außerhäuslichen Betreuung des Nachwuchses.

Tab. 2 Familienpolitische Ausgaben, Kinderbetreuungsleistungen und Kinderarmut im Ländervergleich (Durchschnittswerte 1990-2000)

	Schweden	Deutschland	Italien	Vereinigte Staaten
<i>Familienpolitische Ausgaben (jeweils in % des BIP)</i>				
Familienausgaben gesamt	4,14%	2,20%	0,91%	0,57%
Davon: Monetäre Transfers	2,15%	1,47%	0,54%	0,28%
Davon: Sach- und Dienstleistungen	1,99%	0,73%	0,37%	0,29%
<i>Kinderbetreuungsangebote</i>				
0-2 Jahre (öffentl. Angebot)	32%	2%	5%	1%
3-6 Jahre (öffentl. Angebot)	79%	78%	88%	14%
Betriebliche Kinderbetreuung	1%	16%	5%	19%
Beschäftigungsquoten von Männern / Frauen im Alter von 25-54 J. <u>ohne</u> Kinder	81,5% / 81,9%	84,5% / 77,3%	79,0% / 52,8%	85,8 % / 78,6%
Beschäftigungsquoten von Männern / Frauen im Alter von 25-54 J. <u>mit zwei Kindern</u>	91,2% / 81,8%	91,9% / 56,3%	92,3% / 42,4%	93,7% / 64,7%
Kinderarmutsquote	2,5%	10%	18,6%	22,3%

Quelle: Gornick & Meyers 1997(2003), OECD 2006, 1999 (eigene Berechnungen).

In Deutschland fallen die familienpolitischen Ausgaben mit etwas mehr als zwei Prozent des BIP deutlich geringer aus als in Schweden. Auffällig ist zudem, dass die familienpolitischen Ausgaben sich hier in stärkerem Maße auf finanzielle Transfers an Familien konzentrieren, wie etwa das Kindergeld, das Elterngeld oder die steuerlichen Erleichterungen für Familien in Form des ‚Ehegattensplittings‘. Kinderbetreuungseinrichtungen, stehen häufig erst ab dem

Vorschulalter zur Verfügung und bieten auch dann oft nur eine Halbtagsbetreuung an.¹⁵ Für Familien mit Kindern fördert das deutsche Familienpolitikmodell somit eine vorübergehende Erwerbsaufgabe der Ehefrau während der Kleinkindphase. Aufgrund der nur halbtäglichen Betreuung in Kindergärten und Schulen ist für viele Mütter auch anschließend nur die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung möglich. Familienpolitische Maßnahmen fördern in Deutschland somit eher ein „Eineinhalb-Verdienermodell“ mit vollzeiterwerbstätigem Ehemann und in Teilzeit beschäftigter Ehefrau. Insbesondere für Alleinerziehende und kinderreiche Familien kann diese Form der Absicherung jedoch zu finanziellen Engpässen bei der Versorgung der eigenen Familie führen (BMfSFJ 2002). Die Kinderarmutsquote von 10% belegt, dass trotz des umfangreichen Aufwands für direkte Transferleistungen die angemessene ökonomische Sicherung von Familien in Deutschland noch ein Problem darstellt.

Die Ausrichtung der italienischen Familienpolitik fördert hingegen eine ‚klassische‘ Arbeitsteilung zwischen beiden Ehepartnern: Der Staat investiert hier nur etwa 0,9% des BIP in familienpolitische Zwecke. Finanzielle Transfers sind ausgesprochen gering und direkte Dienstleistungen für Familien weisen eine große regionale Streuung auf, so dass der Konflikt zwischen Kinderbetreuung und Beruf häufig an die Familie zurückverwiesen wird. Da zudem kaum Teilzeitstellen oder flexible Arbeitszeitarrangements existieren, ist die Gründung einer Familie oft mit der langfristigen Erwerbsaufgabe eines Ehepartners verbunden. Finanziell bleiben Familien mit Kindern damit einseitig auf das zunehmend unsichere Erwerbseinkommen des meist männlichen Alleinverdieners angewiesen. Die hohe Kinderarmutsquote von 18,6% ist Beleg für die erkennbaren Defizite des italienischen Familienpolitikmodells.

Die Vereinigten Staaten weisen mit nur etwa 0,6% des BIP die niedrigste familienpolitische Leistungsquote der vier Beispielländer auf. Trotz der geringen staatlichen Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind aber auch in zwei Dritteln aller Familien mit Kindern beide Ehepartner erwerbstätig, da das niedrige Lohnniveau, das geringe Ausmaß staatlicher Sozialleistungen sowie die unzureichende Sicherheit der Beschäftigung nur eines Ehepartners eine beiderseitige Erwerbstätigkeit erfordern. Fehlende staatliche Betreuungseinrichtungen werden teilweise durch betriebliche oder private Kinderbetreuungseinrichtungen (vgl. Tabelle 2) sowie die größere Verbreitung flexibler Arbeitszeitarrangements (Kohler, Billari und Ortega 2006) ausgeglichen. Die fehlende staatliche Grundsicherung sowie die soziale Ungleichheit in den Nutzungsmöglichkeiten privater Betreuungseinrichtungen tragen jedoch zu einer ausgesprochen hohen Kinderarmutsquote von über 22 Prozent bei, die in den USA zunehmend zum Gegenstand öffentlicher Kritik wird (vgl. z.B. Kamerman 1998, Unicef 2000, Vleminckx und Smeeding 2001).

¹⁵ Hierbei muss allerdings zwischen alten und neuen Bundesländern unterschieden werden. Während hinsichtlich der Verfügbarkeit von Kindergartenplätzen in beiden Landesteilen nahezu Vollversorgung herrscht, liegt die Versorgung mit Krippen- und Hortplätzen sowie das Angebot an Ganztagsbetreuung in den neuen Bundesländern deutlich über dem westdeutschen Niveau (vgl. Büchel und Spieß 2002, Esch und Stöbe-Blossey 2002). Das familienpolitische Angebot in Ostdeutschland setzt somit bessere Anreize für eine Vollzeitbeschäftigung von Frauen, deren Anteil hier in der Tat höher ausfällt als in den alten Bundesländern.

Fazit

Ergänzt man das in Kapitel 2.1. gewonnene Bild der Arbeitsmarktpolitik um die vorangegangenen sozial und familienpolitischen Vergleiche, so ergeben sich weitere bedeutende Länderdifferenzen im Hinblick auf die länderspezifische Verarbeitung globalisierungsbedingter Unsicherheit für Familien:

- Für Schweden bestätigt sich das Modell einer umfassenden staatlichen Sicherung gegen verschiedenste globalisierungsbedingte Lebensrisiken auch in der sozial- und familienpolitischen Betrachtung: Umfassende staatliche Leistungen sichern Familien hier finanziell ab, eine explizit an Geschlechtergleichheit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf orientierte Politik ermöglicht es zudem beiden Ehepartnern, erwerbstätig zu sein und damit die materielle Sicherheit der Familie auf eine breite Basis zu stellen.
- Für die Vereinigten Staaten bestätigt sich hingegen auch aus sozial- und familienpolitischer Perspektive das Bild eines geringen staatlichen Engagement und der weitgehenden Übertragung der Verantwortung für die Anpassung an den globalisierungsbedingten Wandel an das Individuum. Zwar ermöglichen sowohl private Angebote als auch flexible Arbeitszeiten auch hier eine beiderseitige Erwerbstätigkeit beider Ehepartner, diese geht jedoch mit deutlich größeren finanziellen und sozialen Ungleichheiten und Unsicherheiten einher als in den skandinavischen Staaten.
- Deutschland betreibt eine umfangreichere und im Hinblick auf die Verbreitung von Kinderarmut sozial deutlich erfolgreichere Familienpolitik. Umfangreiche staatliche Transfers sichern hier Familien finanziell weitgehend ab. Da jedoch Kinderbetreuungsdefizite sowie steuerlichere Vergünstigungen ein „Eineinhalb-Verdiener-Modell“ fördern, ergeben sich insbesondere bei Einelternfamilien und atypischen Familienformen soziale Sicherungslücken.
- Italien hingegen verlagert die Verantwortung für materielle Sicherheit im Globalisierungsprozess weitgehend auf die klassische Kernfamilie. Sozial- und familienpolitische Maßnahmen fördern ein familiales Erwerbsmodell, in dem die finanzielle Sicherheit von Familien vor allem durch den männlichen Alleinverdiener gewährleistet wird, dessen Arbeitsverhältnis wiederum arbeitsrechtlich weitgehend geschützt werden soll. Bemerkenswerterweise verstärken die ungleich verteilten und an vorheriger Erwerbstätigkeit gebundenen italienischen Sozialleistungen noch die bereits im Arbeitsmarkt angelegten Differenzen zwischen ‚Insidern‘ und ‚Outsidern‘ (vgl. Abschnitt 2.1).

2.3 Kulturelle Normen und Wertvorstellungen

Die skizzierten arbeitsmarkt- und wohlfahrtspolitischen Muster stehen in einem engen Zusammenhang mit spezifischen Normen und Werten, die die kulturelle Grundlage für deren konkrete Ausgestaltung bilden. Tabelle 3 verdeutlicht diese normativen Grundlagen anhand dreier ausgewählter Fragestellungen aus repräsentativen Bevölkerungsumfragen: Die Frage nach der staatlichen Zuständigkeit für eine grundsätzliche Arbeitsplatzgarantie wird als Indikator für die Befürwortung einer aktiven staatlichen Rolle in der Regulierung des Arbeitsmarktes verwendet. Zwei weitere Fragen fokussieren hingegen auf familienbezogene Wertvorstellungen: Die Frage nach der Zustimmung zum klassischen Ernährermodell mit erwerbs-

tätigem Ehemann und auf Familienarbeit fokussierter Ehefrau dient dabei als Indikator für Einstellung zur klassischen innerfamiliären Arbeitsteilung. Die Frage, ob ein Kind im Vorschulalter darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist, fokussiert hingegen stärker auf die grundlegende Akzeptanz einer außerhäuslichen Betreuung von Vorschulkindern, die meist die Grundlage für eine Erwerbstätigkeit beider Ehepartner darstellt. Wiedergegeben ist jeweils die prozentuale Zustimmung aller befragten Personen zu den jeweiligen Fragestellungen.

Tab. 3 Einstellungen zu staatlicher Arbeitsmarktpolitik und Familie im Ländervergleich (starke und mittlere Zustimmung zu u.g. Aussagen)

	Schweden	Deutschland	Italien	Vereinigte Staaten
<i>Staatliche Arbeitsmarktpolitik (1996)</i>				
„Der Staat sollte einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will.“ ¹⁶	65,1%	ABL: 74,5% NBL: 91,9%	77,3%	39,4%
<i>Familienbezogene Einstellungen¹⁷ (1994)</i>				
„Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern“	11,4%	ABL: 37,3% NBL: 11,2%	33,2%	21,4%
„Ein Kind, das noch nicht zur Schule geht, wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“	29,1%	ABL: 71,0% NBL: 31,6%	68,1%	41,5%

Quelle: International Social Survey Programme (ISSP) 1994, 1996 (eigene Berechnungen)

Betrachtet man zunächst die Zustimmung zu aktiver staatlicher Arbeitsmarktpolitik, so fällt die ausgeprägte Differenz zwischen den USA und den drei europäischen Staaten auf. Während in Deutschland, Italien und Schweden deutlich mehr als die Hälfte aller Befragten einer staatlichen Beschäftigungsgarantie zustimmt, findet sich eine derartige Zustimmung in den Vereinigten Staaten nur bei etwa 40 Prozent, 28% aller amerikanischen Bürger lehnen eine derartige Maßnahme sogar strikt ab.¹⁸ In den USA geht die staatliche Zurückhaltung in der Arbeitsmarktpolitik somit mit einer geringen Akzeptanz derartiger, über eine reine Grunds-

¹⁶ Die Fragestellung lautete „Bitte geben sie nun an, in wieweit die folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten“. Antwortmöglichkeiten: „Der Staat sollte auf jeden Fall verantwortlich sein / verantwortlich sein / nicht verantwortlich sein / auf keinen Fall verantwortlich sein“. In Tabelle 3 wiedergegeben ist der prozentuale Anteil der ersten beiden Antwortmöglichkeiten.

¹⁷ Die Fragestellung lautete „Wie ist ihre Meinung zu den folgenden Aussagen?“ Antwortmöglichkeiten: „Stimme voll und ganz zu / stimme zu / weder noch / stimme nicht zu / stimme überhaupt nicht zu“. In Tabelle 3 wiedergegeben ist der prozentuale Anteil der ersten beiden Antwortmöglichkeiten.

¹⁸ Wert für die Antwortmöglichkeit „stimme überhaupt nicht zu“. Zum Vergleich: Schweden 10,5%, Deutschland (alte Bundesländer) 4,9%, Deutschland (neue Bundesländer) 1,4%, Italien 9,4%.

cherung hinausgehenden, Maßnahmen in der Bevölkerung einher.¹⁹ Dem hingegen entspricht in den drei europäischen Staaten die höhere Zustimmung zu einer aktiven arbeitsmarktpolitischen Rolle des Staates dem faktisch umfangreicheren staatlichen Engagement in Arbeitsschutz und Arbeitsmarktpolitik (vgl. Abschnitt 2.1). In Deutschland zeigt sich dabei ein bemerkenswerter Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern: Während in westdeutschland etwa drei Viertel der Bevölkerung eine staatliche Zuständigkeit für eine Arbeitsplatzgarantie befürworten, ist dies in Ostdeutschland für über 90% aller Befragten der Fall.

Tab. 4 Politikansätze und kulturelle Wertvorstellungen im Ländervergleich

	Schweden	Deutschland	Italien	Vereinigte Staaten
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssicherheit durch Kündigungsschutz und aktive Arbeitsmarktpolitik		Hoher Kündigungsschutz, aber Zugangsbarrieren für Erwerbslose („insider-outsider“-Arbeitsmarkt)	Hoher Kündigungsschutz, aber Zugangsbarrieren für Erwerbslose („insider-outsider“-Arbeitsmarkt)	Geringer Kündigungsschutz, Ausgleich von Arbeitsplatzunsicherheit durch flexiblen Arbeitsmarkt
Familien- und Sozialpolitik	Umfassende Absicherung für Familien, Förderung eines Zweiverdienermodells	Umfangreiche Geldtransfers, Defizit bei Kinderbetreuung; Förderung eines 1½-Verdienermodells	Geringer Umfang staatlicher Leistungen, Förderung eines Alleinverdienermodells	Geringe staatliche Unterstützung, Sicherheit für Familien durch beiderseitige Erwerbstätigkeit
Einstellungsmuster	Unterstützung aktiver Arbeitsmarktpolitik, Orientierung am Zweiverdienermodell	Unterstützung aktiver Arbeitsmarktpolitik, Bedeutungsverlust des Ernährermodells, aber Skepsis gegenüber externer Betreuung	Unterstützung aktiver Arbeitsmarktpolitik, Bedeutungsverlust des Ernährermodells, aber Skepsis gegenüber externer Betreuung	Ablehnung staatlicher Arbeitsmarktpolitik, Orientierung am Zweiverdienermodell, aber etwas Skepsis gegenüber externer Betreuung

Quelle: eigene Darstellung

Eine bemerkenswerte Übereinstimmung zeigt sich auch zwischen den familienbezogenen Werten und Einstellungen und dem politisch geförderten familialen Erwerbsmodell. So stimmt in den durch ein Zweiverdienermodell geprägten Ländern (Schweden, USA) nur eine deutliche Minderheit der Befragten einem klassischen Ernährermodell zu; weniger als die Hälfte befürchten zudem negative Effekte einer zur Realisierung dieses Modells ggf. notwendigen außerhäuslichen Kinderbetreuung. Das Meinungsbild erweist sich dabei in den USA als

¹⁹ Basissicherungsmaßnahmen (etwa die staatliche Absicherung bei Krankheit, Alter und Invalidität) erhalten in den USA dagegen durchaus eine mehrheitliche Zustimmung. Abgelehnt werden aber Maßnahmen, die über eine Basissicherung hinausgehen und dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit widersprechen. Für eine umfassendere Diskussion vgl. Roller 2000.

etwas zurückhaltender; möglicherweise eine Konsequenz der Tatsache, dass hier die Erwerbstätigkeit beider Ehepartner eher auf finanziellen Druck zurückzuführen ist und die Kinderbetreuung durch kostenintensivere private, nicht zertifizierte Betreuungsinstitutionen erfolgt. In Westdeutschland und Italien ist für die vergangenen zwei Jahrzehnte ein deutlicher Rückgang der Zustimmung zu einem klassischen Ernährermodell zu beobachten (Hofäcker 2006, Hofäcker & Lück 2004). Allerdings äußert sich hier Mitte der 90er Jahre noch die Mehrheit aller Befragten skeptisch gegenüber einer außerhäuslichen Betreuung von Vorschulkindern – ein Meinungsbild, das mit dem in beiden Ländern vielfach praktiziertem zumindest zeitweiligen Erwerbsausstieg der Mutter während der „Kinderphase“ in Einklang steht. Befragte in den neuen Bundesländern weichen von diesem Muster deutlich ab: hier befürworteten nur etwa 10% ein klassisches Ernährermodell und nur etwa ein Drittel befürchtet negative Konsequenzen einer haushaltsexternen Kinderbetreuung; mutmaßlich eine Konsequenz der verbreiteten außerhäuslichen Ganztagsbetreuung von Vorschul- und Kleinkindern während des Sozialismus.

Tabelle 4 fasst abschließend die Ergebnisse des internationalen Vergleichs staatlicher Institutionen und kultureller Hintergründe systematisch zusammen. Die Ergebnisse des institutionellen Vergleichs sollen im Folgenden der tatsächlichen Entwicklung von Erwerbs- und Familienverläufen im Globalisierungsprozess gegenübergestellt werden. Der Vergleich ermöglicht es zu untersuchen, inwiefern es unterschiedlichen staatlichen Modellen gelungen ist, Familien im Globalisierungsprozess zu unterstützen und ihre Funktionsfähigkeit zu erhalten.

3. Globalisierung und die Konsequenzen für Familien und Erwerbsverläufe – ein internationaler Vergleich

Die Datengrundlage für die folgende international vergleichende Darstellung der Entwicklung von Familien- und Erwerbsverläufen im Globalisierungsprozess bilden Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes ‚GLOBALIFE‘. In diesem internationalen Forschungsprojekt analysierten insgesamt 71 Wissenschaftler aus 17 verschiedenen Ländern unter der Leitung von Prof. Hans-Peter Blossfeld (Bamberg) die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf zentrale Phasen und Übergänge in den Lebens-, Familien- und Erwerbsverläufen von Männern und Frauen anhand ausgewählter sozial-wissenschaftlicher Längsschnittdaten.²⁰ In den folgenden Darstellungen soll der Fokus dabei insbesondere auf den parallelen Entwicklungen in den Erwerbsverläufen und den Familienbiografien von Männern und Frauen liegen. Im einzelnen dargestellt werden sollen dabei:

1. der Übergang von der Jugend in das Erwachsenenalter und die während dieser Zeit stattfindende Etablierung im Arbeitsmarkt sowie deren Auswirkungen auf die Familienbildung und Fertilität,
2. der Erwerbsverlauf von Männern in der Mitte ihrer beruflichen Karriere, und
3. der Erwerbsverlauf von Frauen, unter besonderer Berücksichtigung von Familienentwicklung und Mutterschaft.

²⁰ Für ausführlichere Informationen vgl. Abschnitt 3 sowie die Internetpräsenz des Forschungsprojektes: <http://web.uni-bamberg.de/sowi/soziologie-i/globalife/>.

3.1 Das deutsche Modell: Beschäftigung im Wandel - Familie in der Krise?

Die Ergebnisse des GLOBALIFE-Projektes zeigen, dass zwar im Zuge des Globalisierungsprozesses die Unsicherheit von Erwerbskarrieren in Deutschland zugenommen hat. Diese ‚Flexibilisierung‘ von Erwerbskarrieren erfasst jedoch keinesfalls alle Beschäftigten in gleichem Maße, sondern wird auf spezifische Gruppen im Arbeitsmarkt ‚kanalisiert‘. Besonders von Beschäftigungsunsicherheiten betroffen sind junge Menschen, die trotz der vergleichsweise hohen Effizienz des dualen Ausbildungssystems in Deutschland (Blossfeld & Stockmann 1999) bei der Etablierung im Arbeitsmarkt auf immer größere Schwierigkeiten treffen. Im Gegensatz zu bereits im Arbeitsmarkt etablierten Arbeitnehmern fehlen ihnen vielfach Kontakte zu Arbeitsorganisationen, so dass es ihnen nur bedingt gelingt, stabile und kontinuierliche Arbeitsverhältnisse für sich auszuhandeln. Viele junge Menschen in Deutschland sehen sich dementsprechend nach Abschluss ihrer Ausbildung mit längeren ‚Wartezeiten‘ auf eine Beschäftigung konfrontiert, durchlaufen zunehmend Phasen von Arbeitslosigkeit und müssen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt häufig unsichere oder befristete Beschäftigungsverhältnisse akzeptieren (vgl. Buchholz in diesem Band, Globalife 2006). Die im Zuge des Globalisierungsprozesses gestiegenen Unsicherheiten betreffen in Deutschland daher Jugendliche in überdurchschnittlichem Maße, so dass junge Menschen als klare „Verlierer des Globalisierungsprozesses“ angesehen werden können (Mills, Blossfeld und Klijzing 2005).

Als zumindest ambivalent erweisen sich die Konsequenzen des Globalisierungsprozesses auch für die Erwerbskarrieren deutscher Frauen. Zwar hat im Zuge höherer Bildungsbeteiligung rein zahlenmäßig ihre Erwerbsbeteiligung in den letzten Jahrzehnten zugenommen, allerdings werden auch sie im Zuge des Globalisierungsprozesses mit steigenden Arbeitsmarktrisiken konfrontiert. Jüngere Frauen in Deutschland kehren nach ‚Kinderpausen‘ zwar immer häufiger und früher in den Arbeitsmarkt zurück, sehen sich dann aber trotz der rechtlichen Regelungen des Mutterschutzes zunehmend dem Risiko beruflicher Abstiege beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt gegenüber. Frauen mit mehreren Kindern bzw. mit Kindern im Kleinkindalter fällt es besonders schwer, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren, vermutlich eine Konsequenz der insbesondere in Westdeutschland geringen Verbreitung frühkindlicher Betreuungseinrichtungen bzw. der oft nur halbtags angebotenen Betreuung von Vorschul- und Schulkindern (vgl. Buchholz und Grunow 2006; Grunow, Hofmeister und Buchholz 2006). Beim Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt arbeiten deutsche Frauen daher häufig nur in Teilzeit bzw. sind eher bereit, sich auf flexibilisierte Arbeitsformen (z.B. befristete Arbeitsverträge, prekäre Formen der Selbständigkeit) einzulassen (vgl. Blossfeld et al., i.E.). Demgegenüber erweisen sich in Deutschland die beruflichen Karrieren von im Erwerbsleben bereits etablierten Männern im Globalisierungsprozess als erstaunlich stabil. Lediglich schlecht ausgebildete Männer sahen sich in den vergangenen Jahrzehnten einem steigenden Risiko von Arbeitslosigkeit gegenüber. Sobald es Männern jedoch gelingt sich im Erwerbsleben zu etablieren, erweisen sich ihre Karrieren als vergleichsweise sicher (vgl. Kurz, Hillmert und Grunow 2006). Während Männer in Deutschland somit gelang, ihre Position als wohlfahrtsstaatlich umfassend geschützte „Insider“ des Arbeitsmarktes auch im Globalisierungsprozess beizubehalten, wurden Frauen mit Kindern zunehmend in die Rolle von „Outsidern“ gedrängt, auf die Beschäftigungsunsicherheiten systematisch verlagert werden können (Blossfeld et al., i.E., Buchholz & Grunow 2006).

Wie in den vorangegangenen Beiträgen gezeigt, hatten die skizzierten Entwicklungen fundamentale Auswirkungen auf die Entwicklung des Familienlebens in Deutschland. Infolge steigender Unsicherheiten beim Berufseinstieg sehen sich immer mehr junge Menschen nicht in der Lage, langfristige Bindungen in Form von Ehe oder Familiengründung einzugehen und schieben diese entsprechend auf bzw. verzichten ganz auf die Gründung einer Familie (Buchholz, in diesem Band). Dieses Verhalten ist insbesondere bei deutschen Männern zu beobachten, die häufig erst dann eine Ehe eingehen bzw. eine Familie gründen, wenn es ihnen gelungen ist sich fest im Erwerbsleben zu etablieren. Bei Frauen hingegen bildeten sich im Globalisierungsprozess zwei gegensätzliche Verhaltensmuster heraus: Insbesondere bei schlechter gebildeten Frauen wirken sich Erwerbsunsicherheiten (etwa in Form von Teilzeitbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit) eher förderlich auf deren Bereitschaft zur Gründung einer Familie aus. Angesichts ihrer ungenügenden eigenen Etablierung am Arbeitsmarkt verzichten sie eher ganz auf eine Erwerbskarriere und weichen in die traditionelle Rolle der Mutter und Hausfrau aus.²¹ Erwerbsorientierte Frauen mit mittlerem bis höherem Bildungsabschluss neigen hingegen oft dazu, zunächst in ihre Erwerbskarriere zu investieren und eine Familiengründung entweder aufzuschieben oder nicht zu realisieren. Die unzureichende Infrastruktur zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie befürchtete Karriereeinbußen im Falle einer Erwerbsunterbrechung stellen diese Frauen in Deutschland häufig vor die Wahl zwischen Erwerbskarriere oder Familie. Sie entscheiden sich daher häufiger dafür, kinderlos zu bleiben oder weniger Kinder zu bekommen als eigentlich gewünscht (Kurz, Steinhage und Golsch 2005, Globalife 2006). Diese Entwicklung trägt maßgeblich zum beobachteten Geburtenrückgang in Deutschland bei, der gegenwärtig die deutsche Sozialversicherung vor gravierende Finanzierungsprobleme stellt (Buchholz, in diesem Band).

Die Defizite des deutschen Modells im Hinblick auf die Unterstützung von Familien im Globalisierungsprozess erscheinen somit als offensichtlich. Kann Deutschland von politischen Ansätzen anderer Länder lernen?

3.2 Italien: Familienorientierung oder Überlastung der Familie?

Wie die Ergebnisse des Globalife-Projektes zeigen, kann das italienische Modell hier kaum hilfreiche Ansatzpunkte bieten. Nach der pointierten Einschätzung italienischer Sozialforscher stellt es im Hinblick auf die Gewährleistung von Sicherheit für Familien im Globalisierungsprozess sogar den „schlechtestmöglichen“ Beispielfall dar (Bernardi und Nazio 2005). Mit einer durchschnittlichen Jugendarbeitslosigkeitsrate von etwa 30 Prozent wies Italien in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich ungünstigere Bedingungen für junge Berufseinsteiger auf als Deutschland.²² Mehr als der Hälfte der 15-24jährigen gelang es erst nach einer „Wartezeit“ von mehr als einem Jahr Arbeitslosigkeit, sich im Arbeitsmarkt zu etablieren (ei-

²¹ Angesichts des gestiegenen Scheidungsrisikos und der Versorgungsdefizite des deutschen Familienpolitikmodells für Alleinstehende stellt sich jedoch die Frage, inwiefern dieses Modell in der Lage ist, langfristig Sicherheit für Frauen in Deutschland zu garantieren. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Scheidungsrate in Westdeutschland von 22,8 (1980) auf 41,6 (1998) gestiegen; für die neuen Bundesländer lässt sich seit Beginn der 90er Jahre ebenfalls ein steigender Trend erkennen (Eurostat: Demographic Statistics; Council of Europe: Recent Demographic Developments in Europe; zitiert nach EUSI 2006).

²² Die deutsche Jugendarbeitslosigkeitsquote lag im selben Zeitraum kontinuierlich unter 10%.

gene Berechnungen auf Basis von OECD 2006). Angesichts dieser großen Schwierigkeiten beim Berufseinstieg sehen sich junge Italiener(innen) dementsprechend oft gezwungen, zunächst nur befristete oder prekäre Arbeitsverhältnisse bzw. unzureichend abgesicherte Formen der „Scheinselbständigkeit“ einzugehen, die in Italien Höchstwerte erreicht (vgl. Bernardi und Nazio 2005, Schulze-Buschhoff 2004, Schulze-Buschhoff und Schmidt 2006). Das Ausmaß an Unsicherheit für junge Menschen verschärft sich zudem noch durch das weitgehende Fehlen staatlicher Unterstützung für junge Arbeitslose, die ohne vorherige Berufserfahrung kaum Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen haben (Ferrera 1996). Ein gesättigter und weitgehend überteuerter Wohnungsmarkt hindert junge Italiener zudem daran, vor Erreichen einer festen Anstellung einen eigenen Haushalt zu gründen, der vielfach die Grundvoraussetzung für Ehe und Familiengründung darstellt. Die Attraktivität der Gründung einer Familie verringert sich zudem durch das geringe Ausmaß und die hohe regionale Streuung familienpolitischer Maßnahmen und des mangelnden Angebots familienfreundlicher Arbeitszeiten.

Die Verantwortung für individuelle Wohlfahrt und Sicherheit wird somit vom Staat weitgehend an die solidarische Familie als „expliziten Partner“ des Wohlfahrtsstaates (Saraceno 1994) zurückverwiesen. Unter der im Globalisierungsprozess steigenden Unsicherheit wird diese jedoch zunehmend überlastet. Massive Unsicherheiten beim Berufseinstieg sowie die unzureichende wohlfahrtsstaatliche Absicherung junger Menschen tragen dazu bei, dass sich das Alter beim Eingehen familiärer Bindungen immer weiter nach hinten verschiebt. Erreichen italienische Männer eine feste Verankerung im Arbeitsmarkt, so werden sie – ähnlich wie in Deutschland – durch umfassende Kündigungsschutzregelungen vor Erwerbsunsicherheiten geschützt. Italienische Frauen sehen sich hingegen angesichts der unzureichenden familienpolitischen Förderung, des nahezu völligen Fehlens von Teilzeitarraagements sowie der noch weitgehenden Verbreitung traditioneller Familienwerte noch stärker mit einer Wahl zwischen Familie und Beruf konfrontiert als in Deutschland. Nur etwa einem Fünftel aller italienischen Mütter und Hausfrauen gelingt es überhaupt, nach einer Phase der Kinderbetreuung wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren (Bernardi 2001). Das paradoxe Ergebnis dieser Entwicklungen ist, dass gerade in den im alltäglichen Sprachgebrauch oft als „familienorientiert“ bezeichneten südeuropäischen Staaten die Geburtenrate geradezu dramatisch gesunken ist. Zur Jahrtausendwende liegt die italienische Geburtenziffer mit einem Wert von 1,24 deutlich unterhalb der deutschen (etwa 1,4) und gehört damit zu den niedrigsten aller westlichen Industrieländer.

3.3 Das skandinavische Modell: Langfristige Sicherheit durch den Staat?

Schweden stellt in vielerlei Hinsicht ein Gegenmodell zum deutschen und italienischen Beispielfall dar. Durch ein breites sozialpolitisches Engagement gelingt es dem schwedischen Wohlfahrtsstaat, die durch Globalisierung entstehenden Unsicherheiten für Arbeitnehmer unterschiedlicher Altersgruppen wesentlich stärker zu begrenzen als in den mittel- und südeuropäischen Ländern (vgl. Bygren et al. 2005, Blossfeld et al. 2005):

- Ein umfangreicher Wohlfahrtsstaat sichert Individuen und ihre Familien auch im Falle vorübergehender Erwerbslosigkeit umfassend gegen materielle Risiken ab (vgl. Abschnitt 2.2 bzw. Kvist 2001).

- Eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie ein breites Angebot an Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützen schwedische Arbeitsmarkteinsteiger und Arbeitslose beim (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt (vgl. Abschnitt 2.1).
- Die materielle Basis von Familien wird zudem durch die umfangreiche familienpolitische Unterstützung von Familien mit Kindern gesichert. Umfassende Angebote zur Betreuung von Familien mit Kindern erlauben zudem beiden Elternteilen, bereits ein Jahr nach der Geburt des Kindes wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren - ein Familien- und Erwerbsmodell, das den vorherrschenden Werte- und Einstellungsmustern weitestgehend entspricht (vgl. Abschnitt 2.3).

Durch diese Kombination sozialpolitischer Unterstützungsmaßnahmen gelang es dem schwedischen Wohlfahrtsstaat Arbeitsmarktrisiken zu beschränken und weitgehend zu verhindern, dass sich globalisierungsbedingte Unsicherheiten einseitig zu Lasten einzelner Arbeitsmarktgruppen auswirkten. Zwar sehen sich auch in Schweden Jugendliche jüngerer Geburtsjahrgänge mit zunehmenden Unsicherheiten und längeren „Wartezeiten“ beim Berufseinstieg konfrontiert, werden jedoch in dieser Phase relativer Unsicherheit durch wohlfahrtsstaatliche Transfers und Qualifizierungsprogramme in umfangreicherem Maße abgesichert und unterstützt. Ebenso kam es in Schweden nicht zu einer einseitigen Verlagerung von Beschäftigungsunsicherheiten auf Frauen, wie sie etwa in Deutschland zu beobachten war. Vielmehr zeigen die schwedischen Länderstudien des Globalife-Projektes (Korpi und Stern 2006, Korpi und Tåhlin 2006), dass sowohl die Erwerbskarrieren von Männern als auch von Frauen im Globalisierungsprozess weitgehend stabil blieben und sich kaum eine Zunahme von Erwerbsunsicherheiten beobachten ließ. Schwedischen Frauen gelang es vielmehr, den Grad und Umfang ihrer Erwerbsbeteiligung im Zuge des Globalisierungsprozesses bei steigender Beschäftigungsstabilität zu erhöhen (Korpi und Stern 2006).

Diese spezifische Filterung des Globalisierungsprozesses durch die Institutionen des schwedischen Wohlfahrtsstaates bzw. der schwedischen Familien- und Arbeitsmarktpolitik spiegelt sich auch in der Entwicklung von Familien in Schweden (und anderen skandinavischen Staaten) wieder und auch in einer von Deutschland deutlich abweichenden Entwicklung von Familie und Familiengründung. Zwar ist auch in Schweden zu beobachten, dass die Gründung einer Familie aus arbeitsmarktbedingten Gründen bis zur Etablierung im Arbeitsmarkt aufgeschoben wird. Ebenso neigen insbesondere gut gebildete Schweden dazu, zunächst weniger verbindliche Formen der Partnerschaft in Form eines nicht-ehelichen Zusammenlebens einzugehen und diese erst vergleichsweise spät in den Status einer formalen Ehe zu überführen (Bygren et al. 2005). Nach der Etablierung im Arbeitsmarkt ist jedoch ein deutlicher Anstieg der Neigung zur Gründung einer (Mehrkind-)Familie zu erkennen, der sich in einer deutlich höheren Kinderzahl pro Frau widerspiegelt als in den mittel- und südeuropäischen Ländern (1,7 in Schweden; im Vergleich zu 1,4 in Deutschland bzw. 1,3 in Italien). Diese hohe schwedische Geburtenrate lässt sich sowohl auf die höhere Vermittlung von materieller Sicherheit durch die schwedische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als auch auf die aktive schwedische Familienpolitik zurückführen. Gleichzeitig setzt die schwedische Familienpolitik durch umfangreiche finanzielle Zuwendungen sowie ein umfangreiches Kinderbetreuungsangebot umfassende positive Anreize für die Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit. In der Tat unterscheidet sich die Erwerbsquote von schwedischen Müttern mit Kindern kaum

von der allgemeinen weiblichen Erwerbsquote in Schweden, lediglich ihre Teilzeitquote liegt etwas höher (vgl. Korpi & Stern 2006). Selbst die Erwerbstätigenquote von Müttern mit zwei Kindern unterscheidet sich kaum von der kinderloser Frauen (OECD 2002). Die Entscheidung für ein Kind stellt somit in Schweden für Frauen kein „entweder-oder“ zwischen Familie und Erwerbstätigkeit dar, vielmehr kann die Berufstätigkeit auch während der Familienphase weitergeführt werden. Durch die umfangreiche Absicherung individueller Erwerbs- und Familienverläufe in verschiedenen Phasen des Lebenslaufs ist es dem schwedischen Modell somit gelungen, die Familie auch im Globalisierungsprozess zu schützen und ihre Funktionen zu erhalten.

3.4 Das amerikanische Modell: Ist nichts sicherer als (planbare) Unsicherheit?

Im Hinblick auf die Entwicklung von Familien im Globalisierungsprozess stellen die Vereinigten Staaten einen bemerkenswerten Fall dar. Hier haben sich im Globalisierungsprozess die bereits zuvor existierenden Beschäftigungsunsicherheiten auf den nur wenig regulierten Arbeitsmärkten noch einmal verschärft. Das Kündigungsrisiko für männliche Arbeitnehmer hat hier im Zuge der vergangenen Jahrzehnte weiter zugenommen. Insbesondere Arbeitnehmer mit nur basalen beruflichen Abschlüssen sahen sich zunehmender Unsicherheit gegenüber und wurden in wirtschaftlichen Abschwungphasen zu einer „Reservearmee“ des Arbeitsmarktes (Mills et al. 2006). Die Erwerbstätigkeit von Frauen hat in den USA zwar in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen und näherungsweise das schwedische Niveau erreicht. Allerdings ist die hohe Erwerbsbeteiligung hier eher auf materielle Notwendigkeiten als auf aktive staatliche Unterstützung zurückzuführen. Aufgrund fehlender staatlicher Unterstützung – insbesondere auf familienpolitischer Ebene - sehen sich erwerbstätige amerikanische Mütter häufig einer zeitlichen Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Familientätigkeit bzw. Kinderbetreuung ausgesetzt (Hofmeister & Blossfeld 2006, Hofmeister 2006).

Es ist daher umso mehr erstaunlich, dass die Geburtenrate in den Vereinigten Staaten mit etwa 2,07 Kindern pro Frau einen internationalen Höchstwert aufweist.²³ Zudem zeigt sich eine zunehmende Verschiebung des durchschnittlichen Erstgeburtsalters von Frauen in Richtung immer früherer Lebensalter. Eine mögliche Erklärung dieser demographischen Entwicklung besteht im Angebot betrieblicher Kinderbetreuung sowie in der hohen Flexibilität von Beschäftigungsformen und Arbeitszeiten (vgl. Kohler Billari und Ortega 2006), die es Frauen trotz fehlender öffentlicher Betreuungsinstitutionen erlauben, Arbeit und Beruf miteinander zu vereinbaren. Darüber hinaus wird möglicherweise die de facto erlebte Beschäftigungsunsicherheit aufgrund des durchlässigen, flexiblen amerikanischen Arbeitsmarktes von (jungen) Amerikanern nicht als solche empfunden, das objektive absolute Unsicherheitsniveau weicht also vom von den Arbeitskräften jeweils subjektiv erlebten relativen Unsicherheitsniveau ab. Junge Menschen in den USA vergleichen sich bei der Einschätzung ihrer eigenen Arbeitsmarktlage mit ‚signifikanten Anderen‘ (wie etwa Freunden, Verwandten, Bekannten oder beruflichen Vorbildern), die – ebenso wie sie selbst – eine hohe Mobilität auf dem Arbeits-

²³ Zwar spiegeln sich in diesen hohen Geburtenzahlen auch die höhere Fruchtbarkeit amerikanischer Einwandererfamilien wider. Weiterführende Untersuchungen (z.B. Kohler Billari und Ortega 2006) zeigen aber, dass auch unter Berücksichtigung dieses Umstands die amerikanische Geburtenrate diejenige der mittel- und südeuropäischen Staaten deutlich übersteigt.

markt in Form von Hire-and-Fire-Prozessen, aber auch günstigen Möglichkeiten zum beruflichen Wiedereinstieg erleben. Arbeitsmarktunsicherheit, Berufsmobilität und Flexibilität hat dort eine andere soziale Bedeutung als in den Insider-Outsider-Märkten Schwedens und Italien, in denen das ‚Outsider-Sein‘ oft einen identitätsgefährdenden, dauerhaften Ausschluss von der Arbeit bedeutet. Flexible Beschäftigungen und längere Wartezeiten auf eine feste Etablierung im Arbeitsmarkt werden hier nur als ‚Notbehelf‘ wahrgenommen und als gravierend negativer erfahren als in den USA. Die jahrzehntelange Erfahrung von Beschäftigungsunsicherheit über Altersgruppen hinweg trägt hier dazu bei, dass die globalisierungsbedingte Verschärfung von Beschäftigungsunsicherheiten als nicht so gravierend erlebt wird und sich entsprechend weniger dramatisch auf die Geburtenrate auswirkt (Globalife 2006).

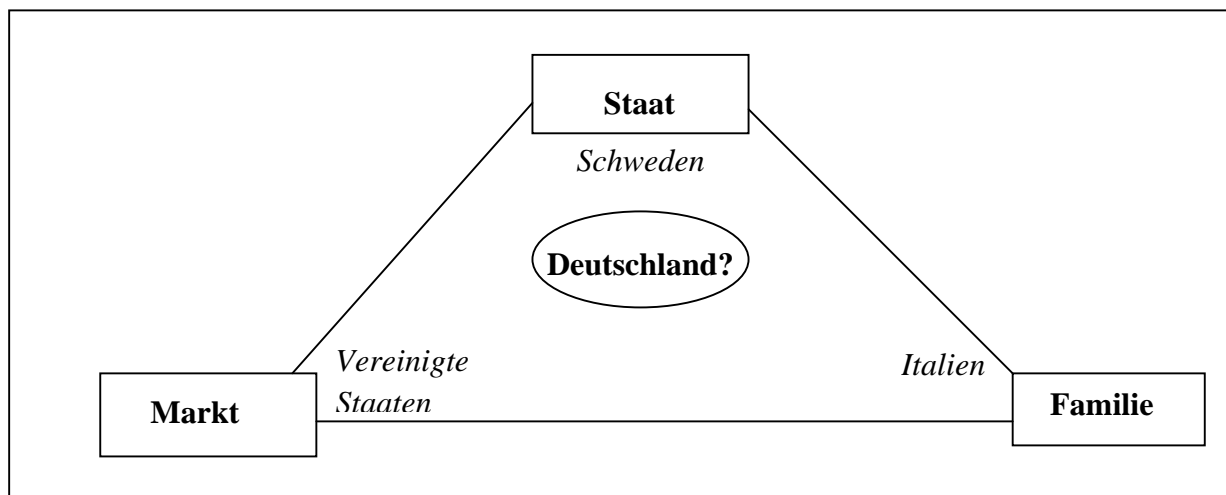
Trotz der vergleichsweise günstigen Geburtenentwicklung darf jedoch nicht übersehen werden, dass die flexible, marktorientierte Lösungsstrategie der Vereinigten Staaten mit bedenklichen sozialen Konsequenzen einhergeht. Einen ersten Anhaltspunkt bieten hier die im internationalen Vergleich ausgesprochen hohen Armutsquoten, insbesondere von Kindern (vgl. Tabellen 1 und 2). Hofmeister (2006) verweist darüber hinaus auch auf eine bedenkliche Benachteiligung afroamerikanischer Frauen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt, die auf weitergehende ethnische Ungleichheiten schließen lässt.

4. Zusammenfassung: Familie und Globalisierung – was kann Deutschland lernen?

Der Prozess der Globalisierung hat insbesondere in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer Verschärfung von Arbeitsmarktunsicherheiten, insbesondere für Frauen und junge Erwachsene, beigetragen. Diese zunehmenden Unsicherheiten entziehen langfristig bindenden Entscheidungen wie die der Partnerschaft oder der Familiengründung zumindest teilweise die feste materielle, geographische und emotionale Grundlage und stellen damit Familien vor neue Herausforderungen. In Deutschland hat die Zunahme von Unsicherheiten zu einer manifesten Krise der Familie beigetragen, die sich in einem zunehmenden Aufschub des Heirats- und Familiengründungsalters sowie einem deutlichen Rückgang der Geburtenrate niedergeschlagen hat. Im Vorangegangenen wurden wohlfahrts- und arbeitsmarktpolitische Ansätze anderer Länder dem deutschen Modell gegenübergestellt und auf ihre mögliche Vorbildfunktion für den deutschen Fall überprüft. Abbildung 16 gibt einen schematischen Überblick über die verschiedenen politischen Ansätze im Hinblick darauf, welcher der drei ‚Wohlfahrtsinstitutionen‘ Staat, Markt und Familie die zentrale Rolle bei der Bewältigung des Globalisierungskonflikts zugewiesen wird.

Das südeuropäische Modell, in dem der Staat einerseits ein traditionelles männliches Ernährermodell fördert und finanziell sichert und die Verantwortung für die Bewältigung der zunehmenden Unsicherheit weitgehend der traditionellen (Groß-)Familie überlässt, kann kaum als Vorbild für Deutschland dienen. Extrem niedrige Geburtenraten verweisen darauf, dass die Familie als alleiniger Wohlfahrtsgarant im Globalisierungsprozess zunehmend überfordert ist und einer externen Unterstützung bedarf.

Abb. 16 Die Verarbeitung des Globalisierungsprozesses durch nationale Institutionen im Ländervergleich



Quelle: eigene Darstellung.

Betrachtet man die Entwicklung von Ehe und Familiengründung, so scheint das liberale Modell der Vereinigten Staaten zunächst in der Bewältigung globalisierungsbedingter Unsicherheiten ausgesprochen erfolgreich zu sein. Zwar wird die Wohlfahrtsverantwortung weitgehend dem Individuum und seinem Erwerbseinkommen auf dem freien Markt übertragen. Flexible Arbeitsmärkte mit geringen Zugangsbarrieren und ein geringer Kündigungsschutz verhindern aber, dass kurzfristige Arbeitsplatzunsicherheiten zu langfristigen Beschäftigungsunsicherheiten werden, so dass die Bewältigung globalisierungsbedingter Unsicherheiten hier einfacher erfolgen kann. Existierende soziale Schieflagen stellen jedoch auch hier die Vorbildfunktion in Frage; insbesondere, da sich die skizzierten Ungleichheiten im Globalisierungsprozess offenbar weiter verstärkt haben. Vielmehr scheinen die hohen Armutsquoten darauf hinzudeuten, dass „Familien“ im Globalisierungsprozess eines externen Schutzes bedürfen.

Das schwedische Modell stellt diesen externen Schutz sowohl aus arbeitsmarktpolitischer als auch aus sozial- und familienpolitischer Perspektive zur Verfügung. Hier übernimmt der Staat die zentrale Verantwortung für das Wohlergehen von Familie und Individuen. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen sichern die materielle Lage von Individuen in verschiedenen Phasen des Lebenslaufes ab, familienpolitische Maßnahmen unterstützen Familien finanziell und setzen positive Anreize für die Gründung von Familien. Hohe Fertilitätsraten und geringe Armutsquoten sprechen dafür, dass es dem schwedischen System gelungen ist, die soziale Lage von Familien und ihre Zukunftsperspektiven zu erhalten und zu sichern.

Der Übertragung der Ansätze anderer Länder auf den deutschen Fall scheinen gleichwohl enge institutionelle und kulturelle Grenzen gesetzt. So lassen sich zum einen spezifische politische Maßnahmen oftmals nicht aus ihrem politischen Kontext herausgelöst als „Einzelmaßnahmen“ übertragen. Gleichzeitig sind politische Reformen auf eine ausreichende Unterstützung innerhalb der Bevölkerung angewiesen, um erfolgreich umgesetzt werden zu können. Die umfangreiche schwedische Familien- und Sozialpolitik ist beispielsweise angewiesen auf

ausgesprochen hohe Steuer- und Angabenquoten, die deutlich oberhalb der deutschen Sätze liegen. Eine Einführung derartiger Maßnahmen in Deutschland würde aus finanzpolitischer Sicht eine erhöhte Bereitschaft von Arbeitnehmern und Unternehmen zur Leistung höherer Steuer- und Sozialabgaben (oder zur Kürzung in anderen staatlichen Bereichen) voraussetzen. Angesichts der noch weitgehend vorherrschenden Skepsis der (westdeutschen) Bundesbürger gegenüber haushaltsexterner Kinderbetreuung (vgl. Tabelle 3) erscheint es zudem fraglich, ob das schwedische Modell der staatlichen Kinderbetreuung sich kurzfristig in Deutschland realisieren lässt. Ähnliche Schwierigkeiten würden sich bei einer Übertragung des flexiblen Arbeitsmarktansatzes der Vereinigten Staaten stellen, die im deutschen Modell wechselseitiger Tarifautonomie kaum als realisierbar erscheinen. Ebenso widerspricht die bislang zu beobachtende Unterstützung einer aktiven staatlichen Arbeitsmarktpolitik durch Bundesbürger in beiden Landesteilen einer Einführung eines flexiblen, unregulierten „laissez-faire“-Marktes nach amerikanischem Muster.

Die Übernahme möglicher Reformansätze anderer Länder würde somit ein schrittweises politisches Vorgehen unter Berücksichtigung kultureller und institutioneller Muster in Ost- und Westdeutschland erfordern. Gegenwärtige politische Initiativen zur Verringerung des Vereinbarkeitskonflikts zwischen Familie und Beruf lassen hier wichtige erste Schritte erkennen. Eine weitere wesentliche Grundbedingung erfolgsversprechender Reformen in Deutschland bestünde darin, Familien nicht nur als „Opfer“ oder „Patient“ im Globalisierungsprozess anzusehen, sondern als wesentliche gesellschaftliche Ressource zu begreifen. So stellt etwa in Schweden der Erhalt der Familie als geschützte Institution die Grundlage der langfristigen Finanzierbarkeit des skandinavischen Modells durch ‚nach-wachsende Generationen‘ von Steuerzahlern dar. Der vergleichsweise hohe Anteil betrieblicher Kinderbetreuung und flexibler Arbeitsangebote in den Vereinigten Staaten weist zudem darauf hin, dass auch Arbeitgeber die Familie als produktive und entsprechend Familienfreundlichkeit als Wettbewerbsfaktor entdecken. Wie jüngere Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ 2006a,b) zeigen, existieren auch hierzu in Deutschland vielversprechende Ansätze. Diese sollten in Zukunft weiter verfolgt werden, um Familienleben in Deutschland auch im Globalisierungsprozess zu fördern und zu erhalten.

Literatur

- AGF [Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen] in Bayern (2006): Auswirkungen von Globalisierung auf die Familien und Schlussfolgerungen für die Familienpolitik. Positionspapier des Bayerischen Landesbeirats für Familienfragen, München 2006.
- Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung. Institut für Demoskopie Allensbach.
- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (2002): Ein bewegliches Ziel. Die Zeit 7.
- Beck-Gernsheim, E. (1994): Auf dem Weg in die postfamiliale Familie. Von der Notgemeinschaft zur Wahlverwandtschaft. Aus Politik & Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 29-30: 3-14.
- Bernardi, F. (2001): The Employment Behaviour of Married Women in Italy. In: Hans-Peter Blossfeld und Sonja Drobnič (Hrsg.): *Careers of couples in contemporary Society: From Male Bread-winner to Dual-Earner Families*. Oxford: University Press, 121-145.
- Bernardi, F. und Nazio, T. (2005): Globalization and the transition to adulthood in Italy. In: Blossfeld et al.: *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London/New York: Routledge, 349-374.
- Blossfeld, H.-P. (2003): Globalization, social inequality and the role of country-specific institutions. In: Pedro Conceicao, Manuel V. Heitor and Bengt-Ake Lundvall (Hg.): *Innovation, competence building and social cohesion in Europe. Towards a learning society*, Cheltenham and Northampton: Edward Elgar, 303-324.
- Blossfeld, H.-P. und Hofmeister, H. (Hrsg.) (2006): *Globalization, Uncertainty and Women's Careers in International Comparison*. Cheltenham & Northampton, MA: Edward Elgar.
- Blossfeld, H.-P. und Stockmann, R. (1998/99): The German dual system in comparative perspective. In: *International Journal of Sociology* 28: 3-28.
- Blossfeld, H.-P. und Timm, A. (1997): Der Einfluss des Bildungssystems auf den Heiratsmarkt. Eine Längsschnittanalyse der Wahl des ersten Ehepartners im Lebenslauf. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 49: 440-476.
- Blossfeld, H.-P., Buchholz, S., Hofäcker, D. (Hrsg.) (2006): *Globalization, Uncertainty and Late Careers in Society*. London & New York: Routledge.
- Blossfeld, H.-P., Hofäcker, D., Hofmeister, H. und Kurz, K. (i.E.): Globalisierung, Flexibilisierung und der Wandel von Lebensläufen in modernen Gesellschaften. Erscheint 2007 in: Marc Szydlik (Hrsg.): *Flexibilisierung – Folgen für Familie und Sozialstruktur*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blossfeld, H.-P., Mills, M. und Bernardi, F. (Hrsg.) (2006): *Globalization, Uncertainty and Men's Careers in International Comparison*. Cheltenham & Northampton, MA: Edward Elgar.

- Blossfeld, H.-P., Mills, M., Klijzing, E., Kurz, K. (Hrsg.) (2005): *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London & New York: Routledge.
- BMfSFJ [Bundeministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2006a): *Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006. Wie familienfreundlich ist die deutsche Wirtschaft? Stand, Fortschritte, Bilanz*. Berlin: BMfSFJ.
- BMfSFJ [Bundeministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2006b): *Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik*. Berlin: BMfSFJ.
- BMfSFJ [Bundeministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2002): *Elfter Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland*. Berlin: BMfSFJ.
- Bonß, W. (1999) : *Jenseits der Vollbeschäftigungsgesellschaft. Zur Evolution der Arbeit in globalisierten Gesellschaften*. In Schmidt, G. (Hg.): *Kein Ende der Arbeitsgesellschaft. Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozess*. Berlin: Ed. Sigma.
- Bonß, W. (2002): *Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Tendenzen und Konsequenzen*. In: Rauscher, A. (Hg.): *Arbeitsgesellschaft im Umbruch. Ursachen, Tendenzen, Konsequenzen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Bonß, W. und Zinn, J. (2003): *Ungewissheit in der Moderne. Oder: Die Gestaltung des Lebens als Unsicherheitsmanagement*. SOWI 2/03: 31-42.
- Bosch, G. (2001): *Konturen eines neuen Normalarbeitsverhältnisses*. WSI Mitteilungen 54: 219-230.
- Büchel, F. und Spieß, K. (2002): *Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland*. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 220. Stuttgart: Kohlhammer.
- Buchholz, S. und Grunow, D. (2006): *Women's employment in West Germany*. In: Blossfeld und Hofmeister: *Globalization, uncertainty and women's careers. An international comparison*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 61-83.
- Buchholz, S. und Kurz, K. (2006): *Increasing employment instability among young people? Labor market entries and early careers in Germany since the mid-1980s*. flexCAREER Arbeitspapier Nr. 3. Bamberg: Otto-Friedrich-Universität Bamberg.
- Bukodi, E. (2005): *Increasing labor market insecurities among young people in Hungary? Labor market entry and early career in the last two decades*. flexCAREER Arbeitspapier Nr. 4. Bamberg: Otto-Friedrich-Universität Bamberg.
- Burkart, G. und Kohli, M. (1989): *Ehe und Elternschaft im Individualisierungsprozeß: Bedeutungswandel und Milieudifferenzierung*. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 15: 405-426.
- Bygren, M., Duvamder, A.-Z. und Hultian, M. (2005): *Elements of Uncertainty in Life Courses*. In: Blossfeld et al.: *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London & New York: Routledge.
- Clearinghouse [The Clearinghouse on International Developments in Child, Youth and Family Policies at Columbia University] (2006), URL: <http://www.childpolicyintl.org>.
- Das Magazin (2006): *Apostel der Globalisierung. Interview mit Thomas L. Friedman*. No 34-2006: 15-21.
- Dreher, A. (2007): *Pressemitteilung – KOF-Globalisierungsindex 2007*, abzurufen unter: http://globalization.kof.ethz.ch/static/pdf/press_release_2007_en.pdf.
- Erlinghagen, M. (2002): *Die Entwicklung von Arbeitsmarktmobilität und Beschäftigungsstabilität im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Eine deskriptive Analyse des westdeutschen Arbeitsmarktes zwischen 1976 und 1995 auf Basis der IAB-*

- Beschäftigungsstichprobe. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1: 74-89.
- Esch, K. und Stöbe-Blossey, S. (2002): Kinderbetreuung: ganztags für alle? Differenzierte Arbeitszeiten erfordern flexible Angebote. IAT-Report 2002-09, Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik.
- Esping-Andersen, G. (1990): The three worlds of welfare capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, G. (1998): Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, S. und Ostner, I. (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt a.M., 19-56.
- Esping-Andersen, G. und Regini, M. (2000): Conclusions. In: Esping-Andersen, G. und Regini, M. (Hg.): Why Deregulate Labour Markets? Oxford: Oxford University Press.
- Europäische Beobachtungsstelle zur Demographie und sozialen Situation (SSO). URL: http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/sso_de.htm.
- Eurostat (2006): Bevölkerung und soziale Bedingungen. URL: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=0,1136184,0_45572595&_dad=portal&_schema=PORTAL.
- EUSI [European System of Social indicators] (2006): http://www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/Data/EUSI/index.htm.
- FAZ [Frankfurter Allgemeine Zeitung] (2006): Globalisierung macht die Welt nicht flach. Jagdish Bhagwati im Gespräch, Ausgabe vom 22.11.2006.
- Ferrera, M. (1996): The "Southern Model" of Welfare in Social Europe. In: Journal of European Social Policy, Vol. 6: 17-37.
- Ferrera, M., Hemerijck, A. und Rhodes, M. (2000): The Future of Social Europe: Recasting Work and Welfare in the New Economy. Oeiras.
- Förster, M. und Mira d'Ercole, M. (2005): Income Distribution and Poverty in OECD Countries in the Second Half of the 1990s. OECD Social, Employment and Migration Working Paper No. 22. Paris: OECD.
- Friedman, Thomas L. (2005): Die Welt ist flach. Eine kurze Geschichte des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gangl, M. (2004): Arbeitsmarktinstitutionen und die Struktur von Matchingprozessen im Arbeitsmarkt. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich. In: Schmid, G., Gangl, M. & Kupka, P. (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik und Strukturwandel: empirische Analysen, Nürnberg: 59-72.
- Gangl, M. (2005): Beschäftigungschancen von Arbeitslosen im internationalen Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 16, 32-38.
- Geißler, R. (2002): Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Globalife (2006): Lebensverläufe im Globalisierungsprozess: Ein international vergleichendes Forschungsprojekt. Projektskizze, Kernergebnisse, Buchpublikationen. Bamberg: Fakultät für Sozial und Wirtschaftswissenschaften. (Download unter: <http://web.uni-bamberg.de/sowi/soziologie-i/globalife/>).

- Grunow, D., Hofmeister, H. und Buchholz, S. (2006): Late 20th century persistence and decline of the female homemaker in Germany and the United States. In: *International Sociology* 21(1): 101–132.
- Hardes, H.-D. (1989): Zur Bedeutung längerfristiger Arbeitsbeziehungen und betriebsinterner Teilarbeitsmärkte. Vertragstheoretische Überlegungen und arbeitsmarktpolitische Implikationen. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 22, 1-20.
- Hellmann, T. und Thode, E. (2006): Youth unemployment in Europe – an empirical overview. In: Schuman, A. und Thode, E. (Hg.): *Fostering Youth Employment – Current Situation and Best Practices*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Hettlage, R. (1998): *Familienreport. Eine Lebensform im Umbruch*. München: Verlag C.H. Beck.
- Hofäcker, D. (2006): Väter im internationalen Vergleich. In: Mühling, T. und Rost, H.: *ifb Familienreport Bayern 2006*, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg. (Download unter <http://www.ifb.bayern.de/publikationen/materialien.html>)
- Hofäcker, D. und Lück, D. (2004): Zustimmung zu traditionellem Alleinverdienermodell auf dem Rückzug. Einstellungen von Frauen zur geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im internationalen Vergleich. In: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)* Nr. 32: 12-15. Download unter: <http://www.social-science-geis.de/publikationen/zeitschriften/ISI/>
- Hoffmann, E. und Walwei, U. (1998): Normalarbeitsverhältnis: ein Auslaufmodell? In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Jg. 31, H. 3, 409-425.
- Hofmeister, H. (2006): Women's employment transitions and mobility in the United States: 1968 to 1991. In: Blossfeld und Hofmeister: *Globalization, Uncertainty and Women's Careers in International Comparison*. Cheltenham & Northampton: Edward Elgar, 302-326.
- Hofmeister, H. und Blossfeld, H.-P. (2006): Women's careers in an era of uncertainty: conclusions from a 13-country comparison. In: Blossfeld und Hofmeister: *Globalization, Uncertainty and Women's Careers in International Comparison*. Cheltenham & Northampton: Edward Elgar, 433-450.
- Huinink, J. (1987): Soziale Herkunft, Bildung und das Alter bei der Geburt des ersten Kindes. *Zeitschrift für Soziologie* 16: 367-384.
- Huinink, J. (1989a): Das zweite Kind. Sind wir auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie?. *Zeitschrift für Soziologie* 18: 192-207.
- Huinink, J. (1989b): Kohortenanalyse der Geburtenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Hypothesen zum Wandel von Strukturen der Familienentwicklung. In Herlth, A. und Strohmeier, K.P. (Hg.): *Lebenslauf und Familienentwicklung. Mikroanalysen des Wandels familialer Lebensformen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2004): Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung. (Download unter: www.gesis.org/Information/SowiNet/sowiPlus/Gesellschaft/Materialien/Allensbach.pdf)
- Kammerman, S. (1998): Does Global Retrenchment and Restructuring Doom the Children's Cause? University Lectur, Columbia University, 30. November 1998. URL: www.columbia.edu/cu/ssw/faculty/sbklecture.htm
- Klein, T. (1989): Bildungsexpansion und Geburtenrückgang. Eine kohortenbezogene Analyse zum Einfluss veränderter Bildungsbeteiligung auf die Geburt von Kindern im Lebenslauf. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 41: 465-482.
- Klein, T. (1991): Auswirkungen des Wertewandels auf die Familienbildung. In: Klages, H., Hippler, H.-J. und Herbert, W. (Hg.): *Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

- Kohler, H.-P., Billari, F. C. und Ortega, J. A. (2006): Low Fertility in Europe: Causes, Implications and Policy Options. In: F. R. Harris (Ed.): *The Baby Bust: Who will do the Work? Who Will Pay the Taxes?* Lanham, MD: Rowman & Littlefield Publishers, 48-109.
- Korpi, T. und Stern, C. (2006): Globalization, deindustrialization and the labor market experiences of Swedish women, 1950-2000. In: Blossfeld und Hofmeister *Globalization, Uncertainty and Women's Careers in International Comparison*. Cheltenham & Northampton, MA: Edward Elgar, 115-141.
- Korpi, T. und Tåhlin, M. (2006): The impact of globalization on men's labor market mobility in Sweden. In: Blossfeld, Mills und Bernardi: *Globalization, Uncertainty and Men's Careers in International Comparison*. Cheltenham & Northampton, MA: Edward Elgar, 145-173.
- Kress, U. (1998): Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – ein Literaturbericht. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 31: 488-505.
- Kurz, K. (2005): Beschäftigungsunsicherheiten und langfristige Bindungen. Analysen zu Partnerschaftsverhalten, Familiengründung und zum Erwerb von Wohneigentum. Bamberg: Otto-Friedrich-Universität Bamberg.
- Kurz, K. (2006): Veränderungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Globalisierungsprozess - Auswirkungen auf Beruf, Partnerschaft und Fertilität. Vortrag auf der Globalife Abschlusskonferenz am 6. und 7. Juli 2006. Bamberg.
- Kurz, K., Hillmert, S. und Grunow, D. (2006): Increasing instability in employment careers of West German men? A comparison of the birth cohorts 1940, 1955 and 1964. In: Blossfeld, H.-P., Mills, M. und Bernardi, F. (Hg.): *Globalization, Uncertainty and Men's Careers: An International Comparison*. Cheltenham, UK/Northampton, MA: Edward Elgar.
- Kurz, K., Hillmert, S. und Grunow, D. (2006): Increasing instability in employment careers of West German men? A comparison of birth cohorts 1940, 1955 and 1964. In: Blossfeld, Mills und Bernardi: *Globalization, Uncertainty and Men's Careers in International Comparison*. Cheltenham & Northampton, MA: Edward Elgar, 75-113.
- Kurz, K., Steinhage, N. und Golsch, K. (2005): Case study Germany. Global competition, uncertainty, and the transition to adulthood. In: Blossfeld et al.: *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*. London & New York: Routledge, 51-81.
- Kvist, J. (2001): Der Wohlfahrtsstaat und der Arbeitsmarkt: Die Erfahrungen Skandinaviens in den 1990ern. *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 47, Nr. 4: 378-401.
- Limmer, R. (2005): Berufsmobilität und Familie in Deutschland. *Zeitschrift für Familienforschung*, 2/2005, 96-114.
- Lindbeck, A., Snower, D. J. (1988): *The Insider-Outsider Theory of Employment and Unemployment*. Cambridge/London.
- Mayer, K. U. (2001): The paradox of global social change and national path dependencies: Life course patterns in advanced societies. In: A. E. Woodward & M. Kohli (Eds.): *Inclusions and exclusions in European societies*. London, 89-110.
- Mills, M. und Blossfeld, H.-P. (2003): Globalization, uncertainty and changes in early life courses. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 6: 188-218.

- Mills, M., Johnston A. D. und DiPrete, T. A. (2006): Globalization and men's job mobility in the United States. In: Blossfeld, Mills und Bernardi: Globalization, Uncertainty and Men's Careers in International Comparison. Cheltenham & Northampton, MA: Edward Elgar, 328-362.
- Mills, Melinda, Blossfeld, Hans-Peter und Erik Klijzing (2005): Becoming an adult in uncertain times: a 14-country comparison of the losers of globalization. In: Blossfeld et al.: Globalization, Uncertainty and Youth in Society. London & New York: Routledge, 423-441.
- Mückenberger, U. (1985a): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? In: Zeitschrift für Sozialreform 31: 415-34.
- Mückenberger, U. (1985b): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch Zukunft? In: Zeitschrift für Sozialreform 31: 457-75.
- OECD (1998): SOCX98 – Social Expenditure Database 1980–1996. CD-ROM. Paris: OECD.
- OECD (1999): Training of adult workers in OECD countries: Measurement and analysis. In: OECD Employment Outlook 1999 – Giving Youth a Better Start, Paris: OECD.
- OECD (2002): Women at work: Who are they and how are they faring? Employment Outlook, Paris: OECD, 61-125.
- OECD (2004): Employment Protection: The Costs and Benefits of Greater Job Security. OECD Policy Brief, September 2004, Paris: OECD.
- OECD [Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung] (2006): URL: www.oecd.org.
- Oppenheimer, V.K. (1988): A Theory of Marriage Timing. In: American Journal of Sociology 94: 563-591.
- Peuckert, R. (2006): Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Regini, M. (2000): Between Deregulation and Social Pacts: The Responses of European Economies to Globalization. Politics & Society 28: 5-33.
- Relikowski, I. und Zielonka, M. (2006): Labor Market Entry and Early Careers in the USA. First Results from PSID. flexCAREER Workshop 23. und 24. Oktober 2006. Bamberg.
- Robert Bosch Stiftung (2006): Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung: 1-87.
- Roller, E. (2000): Marktwirtschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeitsprinzipien in Deutschland und den USA. In: Jürgen Gerhards (Hg.): Die Vermessung kultureller Unterschiede. USA und Deutschland im Vergleich. Opladen: westdeutscher Verlag, 89-110.
- Saleth, St. (2005): Späte Mutterschaft – ein neuer Lebensentwurf? In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2005. Abzurufen unter:
http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag05_11_02.pdf

- Saraceno, C. (1994): The ambivalent familialism of the Italian welfare state. In: Social politics, 60-82.
- Scherer, S. (2005): Patterns of Labour Market Entry – Long Wait or Career Instability? An Empirical Comparison of Italy, Great Britain and West Germany. In: European Sociological Review 22: 1-14.
- Schmelzer, P. (2005): Increasing employment instability among young people? Labor market entries and early careers in Great Britain since the 1980s. flexCAREER Arbeitspapier Nr.5. Universität Bamberg: Bamberg: 1-38.
- Schneider, N. F., Hartmann, K. und Limmer, R. (2001): Berufsmobilität und Lebensform. Sind berufliche Mobilitätserfordernisse in Zeiten der Globalisierung noch mit Familie vereinbar? ifb-Materialien Nr. 8-2001, Bamberg – Staatsinstitut für Familienforschung.
- Schneider, N. F. (2005): Leben an zwei Orten. Die Folgen beruflicher Mobilität für Familie und Partnerschaft. In: Anina Mischau und Mechthild Oechsle (Hg.): Arbeitszeit-Familienzeit-Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? In: Sonderheft 5 der Zeitschrift für Familienforschung. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, 110-127.
- Schneider, N. F., Ruckdeschel, K., Limmer, R. (2002): Mobil, flexibel, gebunden. Beruf und Familie in der mobilen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Campus.
- Schneider, N./Limmer, R./Ruckdeschel, K. (2002): Mobil, flexibel, gebunden. Familie und Beruf in der mobilen Gesellschaft. Frankfurt: Campus.
- Schulte, B. (1998): Die Europäische Sozialpolitik und die Zukunft des Sozialstaats in Europa – Herausforderungen und Chancen. Bonn.
- Schulze Buschhoff, K. (2004): Neue Selbstständigkeit und wachsender Grenzbereich zwischen selbstständiger und abhängiger Erwerbsarbeit – europäische Trends vor dem Hintergrund sozialpolitischer und arbeitsrechtlicher Entwicklungen. WZB Discussion Paper 2004-108. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Schulze Buschhoff, K. und Schmidt, C. (2006): Own-Account Workers in Europe: Flexible, mobile, and often inadequately insured, WZB Discussion Paper 2006-122. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Sinn, St. (1992): The taming of Leviathan: Competition Among Governments. In: Constitutional Political Economy, Vol. 3, No. 2, 177-196.
- Statistisches Bundesamt (2003): Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Strohmeier, K. P. (1993): Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 17/93, 11–22.

- Überlegungen zu einem Erklärungsmodell für den Wandel der Beschäftigungsformen. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 31: 409-426.
- UNICEF (2000): A League Table of Child Poverty in Rich Nations. Innocenti Report Card No.1, Juni 2000. Florence: UNICEF Innocenti Research Centre.
- URL: <http://www.eafbayern.de/positionen/beratungspapier-auswirkungen-von-globalisierung-auf-die-familien-und-schlussfolgerungen-fuer-die-familienpolitik-maerz-2006.htm>
- Van de Kaa, D.J. (1987): Europe's Second Demographic Transition. *Population Bulletin* 42: 3-57.
- Vleeminckx, K. und Smeeding, T. M. (2001): *Child Well-Being, Child Poverty and Child Policy in Modern Nations: What Do We Know?* Bristol: The Policy Press.
- Voges, W. (1996): Konsequenzen neuer Familienformen und heterogener Armutslagen. In: Schönig, W. und L'Hoest, R. (Hrsg.): *Sozialstaat wohin? Umbau, Abbau oder Ausbau der sozialen Sicherung*. Darmstadt.
- Voß, G.G. und Pongratz, H.J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50: 131-158.
- Wagner, A. (2000): Krise des 'Normalarbeitsverhältnisses'? Über eine konfuse Debatte und ihre politische Instrumentalisierung. In: Schäfer, C. (Hg.): *Geringe Löhne – mehr Beschäftigung? Niedriglohn-Politik*. Hamburg: VSA-Verlag.